



Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Bevölkerungsschutz

2 | 2013

www.bbk.bund.de



Aktiv von Kindesbeinen an





Liebe Leserinnen und Leser,

aktuell gewinnt das Thema „Resilienz“ im Bevölkerungsschutz an Bedeutung. Resilienz meint in diesem Kontext die Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft gegenüber Katastrophenrisiken. Ein Kernelement einer resilienten Ge-



sellschaft ist neben den Kritischen Infrastrukturen die Bevölkerung, deren Widerstandsfähigkeit so hoch sein sollte, dass sie im Katastrophenfall nicht als schwächstes Kettenglied zum eigentlichen Risiko wird. Positiv ausgedrückt trägt eine resiliente Bevölkerung in Verbindung mit den anderen Kernelementen erheblich dazu bei, Risiken zu minimieren und Schadensereig-

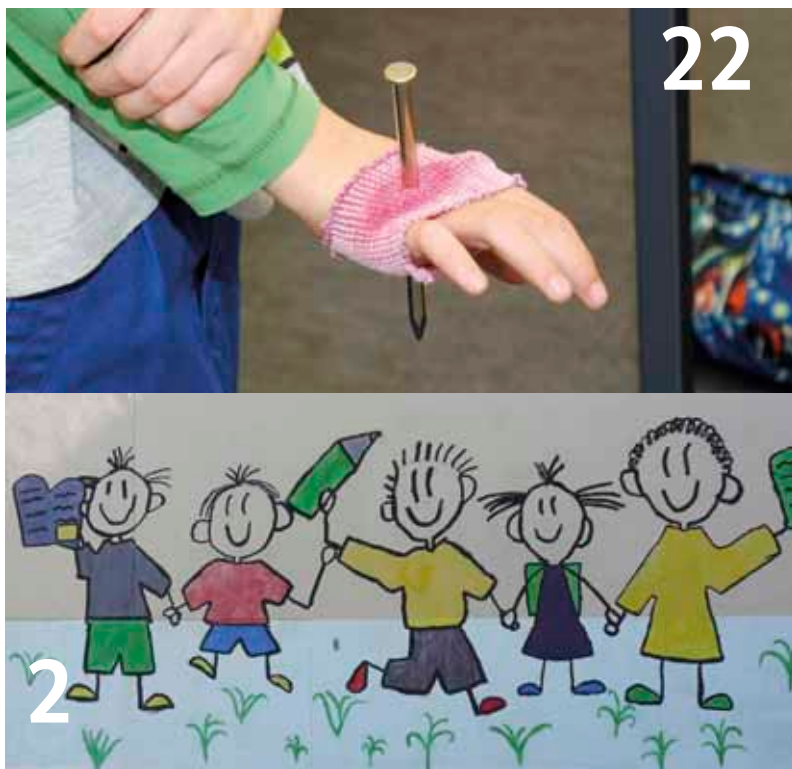
nisse erfolgreich zu meistern. Mit Blick auf Gefahren wie schwere Pandemien, einen lange anhaltenden Stromausfall oder aber aufgrund großflächiger CBRN-Lagen ist die Selbstschutz- oder Selbsthilfefähigkeit überlebenswichtig. Diese individuelle Notfallvorsorge, die Kenntnisse des Eigenschutzes ebenso umfasst wie der medizinischen Ersten Hilfe und der Notversorgung mit Lebensmitteln und Energie, kann das Überleben in Extremsituationen sichern, denn je komplexer eine Lage ist, desto länger kann es dauern, bis Hilfskräfte vor Ort sind. Neben der zeitlichen Überbrückung werden so auch wichtige Ressourcen der Profis für die dringlichsten Maßnahmen freigeschaufelt. Hilfeleistungsfähige Bürger können darüber hinaus aktiv für die Unterstützung des Katastrophenschutzes genutzt werden und ihn ergänzen.

Doch so einleuchtend Resilienz klingen mag, so schwierig scheint es, sie flächendeckend zu verankern. Die Hilfsorganisationen bedauern seit langem die geringe Bereitschaft der Bürger, sich freiwillig in Erster Hilfe aus- und fortbilden zu lassen. Auch bei der häuslichen Notfallvorsorge sieht es düster aus. Mehrheitlich antworteten befragte Bürger sogar nach dem Münsterland-Blackout, einen 14-tägigen Stromausfall ohne größere Probleme bewältigen zu können; und dies, obwohl kaum Vorratshaltung an Lebensmitteln betrieben wird und in der Regel privat keine Notversorgungskapazitäten zur Verfügung stehen. Doch was kann man tun, um diesen Status nachhaltig zu ändern? Katastrophen-

resilienz setzt eine gesellschaftlich verankerte Kultur voraus. Eine solche Kultur kann nicht übergestülpt werden: sie muss in gesteuerten Prozessen auf allen Ebenen implementiert werden und wachsen. Das wirksamste Mittel dafür ist die regelmäßige, bereits im Kindesalter erfolgte Beschäftigung mit diesen Themen. Dies bedeutet, dass Selbst- und Erste Hilfe bereits in die Vorschulen und in den frühen schulischen Unterricht aufgenommen werden müssen. Später wäre im Geografie- bzw. Sozialkundeunterricht die Beschäftigung mit Katastrophenrisiken bewusstseinsbildend. Parallel zu diesen Anstrengungen müssten Bildungsangebote für Erwachsene weiterentwickelt und obligatorisch werden; die pflichtmäßige Auffrischung der Ersten Hilfe für Führerscheininhaber wäre ein Anfang. Darüber hinaus könnte die Vernetzung selbsthilfefähiger Bürger mit den Katastrophenschutzorganisationen über die vielfältige Vereinslandschaft in den Kommunen fruchtbar sein. Wäre es nicht denkbar, dass die lokalen Katastrophenschutzorganisationen für die anderen örtlichen Vereine Informations- und Ausbildungsangebote rund um die Selbst- und Katastrophenhilfe etablieren? Wäre es nicht sinnvoll, in den Vereinen Multiplikatoren auszubilden und Ansprechpartner zu installieren? Darüber hinaus könnten Datenbanken für hilfswillige Bürger angelegt werden, so wie dies in Österreich bereits geschieht. Bei Ereignissen, in denen der Katastrophenschutz seine Leistungsgrenzen erreicht, stünde so eine zusätzliche Struktur von Freiwilligen zur Verfügung. Diese Struktur würde zu einem weiteren Element der resilienten Gesellschaft werden, in der der Bürger selbst aktiv wird, die Zivilgesellschaft stärkt und einen Beitrag zu seiner eigenen Sicherheit leistet. Allerdings ist die Politik gefragt, die nötigen Vorgaben und die erforderlichen Haushaltsmittel nachhaltig zur Verfügung zu stellen, meint

Ihr

Dr. Wolfram Geier



22

18



SELBSTHILFE

Aktive Bürger von Kindesbeinen an	2
Kinder, Krisen und Katastrophen Kindgerechte Notfallvorsorge- und Hilfeleistungsstrategien in Deutschland	6
Impulse zur bürgernahen Notfallvorsorge Good Practices aus Europa und Übersee	10
Mut machen zum Helfen Puppenfilm „Rettet die Retter“ kommt in Kindertagesstätten	14
Stärkung der Selbsthilfefähigkeit - kindgerecht mit Max und Flocke	18
Sollte es zu einem Notfall kommen, ist man vorbereitet DRK-Kreisverband Rhein-Sieg e.V. bietet bietet für Jugendliche Lehrgänge „Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeinhalten“ an	22
„Messer, Schere, Feuer, Licht...“ Brandschutzerziehung von Kindern im Kindergartenalter (3-6 Jahre) bei der Berliner Feuerwehr	26

KRISENMANAGEMENT

Personalplanung in operativ-taktischen Stäben	28
---	----

RISIKOMANAGEMENT

Neue Methoden und Werkzeuge für multiple Risiken	32
---	----

SOCIAL MEDIA

Nutzung von Social Media zur Entscheidungsunterstützung	36
--	----

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	39
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	40
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	42
Deutscher Feuerwehrverband	44
Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge	45
Deutsches Rotes Kreuz	46
Johanniter-Unfall-Hilfe	48
Malteser Hilfsdienst	50
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	51

RUBRIKEN

Nachrichten	53
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Aktive Bürger von Kindesbeinen an!

Der Bevölkerungsschutz hat in den letzten Jahren sein Bild vom Bürger verändert: er wird nicht mehr nur als Adressat gesehen, sondern als kluger, auch in Gefahrensituationen fürsorglich agierender Akteur. Partizipation, Risikomündigkeit, Resilienz sind die Schlagworte, mit denen seine Stärke(n) beschrieben werden, die zur Vorsorge, Vorbereitung und Bewältigung von Schadensereignissen beitragen. Mit der zunehmenden Berücksichtigung der Diversität der Bevölkerung rücken auch die Besonderheiten und Bedürfnisse der jungen und jüngsten Bürger in den Fokus. Aus der Sicht der (Angewandten) Entwicklungspsychologie sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- Was trägt im Laufe der Entwicklung dazu bei, dass Menschen zu aufgeschlossenen, aktiven, fürsorglichen und resilienten Bürgern heranwachsen?
- Welche Akteure und Netzwerke gilt es in den Bevölkerungsschutz einzubinden, um im Bereich der Risikobildung und -mündigkeit die Besonderheiten des Bürgers „Kind“ angemessen zu berücksichtigen sowie die Potenziale für Partizipation und Fürsorglichkeit stärken zu können.

Irmtraud Beerlage und Thomas Hartmann

Der aktive kleine Bürger und die gesunde Balance von Schutz- und Erkundungsverhalten

Kinder spielen bei ihrer Entwicklung von Anfang an eine aktive Rolle (Siegler, DeLoache, Eisenberg 2008)*. Die kindliche Aktivität wird u. a. durch die innere und äußere Regulation der Balance zwischen dem Schutzbedürfnis auf der einen und einer durchaus riskanten Exploration der Welt auf der anderen Seite beeinflusst.

Diese Balance wird bereits seit den 1950er Jahren als Einflussfaktor auf die gesunde kindliche Entwicklung diskutiert. Erikson (1959) sieht die Entwicklung des „*Urvertrauens*“ („basic trust“) im 1. Lebensjahr als Voraussetzung für den erfolgreichen nächsten Schritt an: die Herausbildung von Autonomie. Ein Kind, das erfahren hat, dass es sich auf sich selbst und die Welt verlassen kann, hat demnach für die Entwicklung von Selbstständigkeit beste Voraussetzungen (Erikson 1968).

Dieses zeitliche Nacheinander von Schutzbedürfnis und Welterkundung wird bei Bowlby (1958, 1969, 1973, 1988) und Ainsworth (1985) eher als ein Nebeneinander beschrieben: Kinder haben gleichzeitig sowohl das Grundbedürfnis nach Schutz und einer sicheren Basis („secure base“) als auch nach Exploration der Welt. Als entwicklungsfördernd gilt eine Erziehung, die dieser Aktivität und Neugier ausreichend „Spiel“-raum gibt, die Erfahrung mit Risiken

ermöglicht und den nötigen Schutz gewährt. Nimmt das Kind in seiner Welteroberung wahr, dass eine Situation brenzlich und gefährlich wird, so wird Bindungsverhalten ausgelöst, um sich der Nähe eines schützenden Menschen zu vergewissern. Von außen zeigt sich dies nicht nur als Blickkontakt, Rufen oder Bewegung hin zur Bezugsperson, sondern vor allem darin, dass das Spiel- und Erkundungsverhalten flacher, unkonzentrierter oder sogar eingestellt wird.

Aus den Erfahrungen mit dem Wechselspiel von Erkundungsfreude und -stress sowie mehr oder weniger verlässlicher Gewährung von Schutz durch die Bezugsperson entwickelt das Kind im ersten Lebensjahr innere Erwartungshaltungen gegenüber der Verlässlichkeit und Verfügbarkeit von Unterstützung durch die Bezugsperson (Bindungstyp / -muster) oder Menschen allgemein (Bindungsrepräsentationen / Innere Arbeitsmodelle) in stressreichen Situationen. Ainsworth et al. (1978) klassifizierten drei Bindungsmuster. Eine feinfühligke Mutter (oder andere Bezugsperson), die die Bedürfnisse ihres Kindes wahrnimmt,

* Die umfangreiche Literaturliste kann im Internet eingesehen werden: http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_einstieg.htm



entsprechend interpretiert und angemessenen Schutz gewährt, fördert in ihrem Kind ein *sicheres Bindungsmuster*. Es entwickelt die Erwartung, dass es sich in die Welt weit hinauswagen kann, im Ernstfall aber ein sicheres und verlässliches Basislager hat. Kinder, die keine konsistenten Erwartungen aufbauen können, ob oder ob nicht und mit wie viel Aufwand sie den Schutz aktivieren können, entwickeln eher ein *unsicher-ambivalentes Bindungsmuster*. Kinder, die sich oft Risiken ohne verlässlichen Schutz ausgesetzt sehen, entwickeln ein *unsicher-vermeidendes Bindungsmuster*: sie verlassen sich auf niemanden mehr. Die Kinder nehmen weder ihre eigenen „Selbsthilfe“-potenziale wahr noch die entsprechenden Angebote in ihrer (sozialen) Umgebung. Eine eigene Lösungssuche wird in Stresssituationen durch die hohe innere Not behindert.



Kinder spielen bei ihrer Entwicklung von Anfang an eine aktive Rolle
(Foto: Sabine Ullmann / pixelio.de)

Langfristige Bedeutung der Bindungsmuster für die Bewältigung von (Extrem)Stress

In nationalen und internationalen Längsschnittstudien erweist sich das am Ende des ersten Lebensjahres herausgebildete Bindungsmuster als aussagekräftiger Einflussfaktor auf spätere Eigenschaften und Verhaltensweisen. Dazu gehören Stressbewältigungsmuster, Fürsorglichkeit und soziale Kompetenzen sowie die Bereitschaft, Probleme zu offenbaren und Hilfesuchverhalten zu zeigen..

Kinder, die bis zum Ende des ersten Lebensjahres ein sicheres Bindungsmuster entwickelt haben, erweisen sich lebenslang als explorationsfreudiger; sie analysieren Problemsituationen gründlicher und gelangen zu konstruktiveren und flexibleren Lösungsversuchen. Sie können ihren Stresspegel vergleichsweise niedrig halten, haben mehr Selbstvertrauen, sind empathischer, fürsorglicher, hilfs-

bereiter, öffnen sich bei Problemen leichter und suchen aktiv nach Trost und sozialer Unterstützung (Grossmann & Grossmann 1995, Fremmer-Bombik & Grossmann 1994, Sroufe 1988, Main, Kaplan & Cassidy 1985) (auch Spangler & Zimmermann, 1995, Brisch 2009, Bengel, Meinders-Lücking & Rottmann 2009, Kißgen 2010).

Resilienz aus entwicklungspsychologischer Perspektive

Der Bevölkerungsschutz richtet in jüngster Zeit seinen Blick verstärkt auf die Ressourcen, die zum Schutz der Bevölkerung und zur Bewältigung von Notfallereignissen zur Verfügung stehen und damit zur Resilienz einer Gesellschaft beitragen. Dort, wo von der Resilienz der Bevölkerung die Rede ist, tritt die Frage nach der individuellen, biografisch herausgebildeten Widerstandsfähigkeit auf.

Die erste Phase entwicklungspsychologischer Resilienzforschung läutete Emmy Werner mit der Kauai-Studie ein (1993, 1999, 2000, 2009), die das Ziel hatte, die Schutzfaktoren zu identifizieren, die trotz widriger Lebensumstände (z. B. Armut, Gewalt, psychischen Störungen der Eltern) zu einer gesunden Entwicklung beitragen. Der komplette Geburtsjahrgang 1955 der Pazifikinsel Kauai wurde bis zum 40. Lebensjahr wissenschaftlich begleitet. In der Gruppe der „Resilienten“, die sich trotz einer erheblichen Zahl von Risikofaktoren gesund entwickelten, konnten Faktoren identifiziert werden, die sie von den ebenfalls hoch risikobehafteten Kindern unterscheiden, deren Entwicklung jedoch weniger günstig verlief. Kinder, die eine gesunde Entwicklung durchliefen, verfügten über oder entwickelten früh besondere Merkmale, u. a.

- Höhere Aktivität, Aufgewecktheit
- Aktives Sozialverhalten
- Hilfesuchverhalten in Stresssituationen
- Fähigkeit in Notsituationen schützende Ersatzbezugspersonen zu finden
- Ablenkendes Stress- und Schmerzmanagement
- Realistische Analyse von Stressereignissen und Lösungsmöglichkeiten
- Fürsorglichkeit.

Die resilienten Menschen erfuhren in ihrer familiären Erziehung ein hohes Vertrauen in ihre eigene Problemlösefähigkeit. Zugleich waren ihre sozialen Ressourcen außerhalb der Familie reichhaltiger und gaben ihnen das Gefühl, für andere hilfreich zu sein. Diese Ergebnisse werden auch in jüngeren entwicklungspsychologischen (Längsschnitt)Studien weitgehend repliziert, wobei auch der sicheren Bindung ein hoher Stellenwert für die Entwicklung von Resilienz zukommt (vgl. im Überblick Bengel, Meinders-Lücking & Rottmann 2009).

Betrachtet man die Ergebnisse der Bindungsforschung und der entwicklungspsychologischen Resilienzforschung, so zeigt sich in beiden Feldern, dass problematische Ein-

flüsse horizontal (durch andere (Bezugs-)Personen – Geschwister, Peers, Paten, Erzieherinnen, Lehrer) und vertikal (zu einem späteren Zeitpunkt) partiell kompensiert werden können. Dazu bedarf es jedoch intensiver und nachhaltiger Anstrengungen. Es zeigte sich auch, dass Maßnahmen, die hoch belastete Familien frühzeitig entlasten sowie Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken, langfristig resilienzstärkende Wirkungen zeigten (Sroufe 1988, Göppel 1997; Opp, Fingerle & Freytag 1999, Kißgen & Heinen 2010).

Fazit 1:

Individuelle Resilienz als Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz ist biographisch herausgebildete psychosoziale Resilienz. Sie entsteht in den frühesten familiären und informellen sozialen Kontexten. In (frühen) Bildungskontexten können Defizite jedoch in einem gewissen Maß kompensiert werden. Es bedarf dabei hoher und nachhaltiger Anstrengungen in den Familien und Bildungsinstitutionen.

Überlegungen im Kontext der Notfallpädagogik und Bevölkerungsschutzbildung (s. Karutz in diesem Heft S. 6 ff., Karutz 2011, Karutz 2012, Beerlage 2013) umfassen neben Wissen und Kompetenzen auch Haltungen, die bereits von Kindesbeinen an gestärkt werden sollten. Kaiser beschreibt – mit Blick auf die Fähigkeit Katastrophen zu bewältigen – die „Katastrophenkompetenz“, die „schon in frühen Jahren bei der Erziehung von Kindern zu entwickeln“ (2011, S. 184) sei. Dazu zählt sie die folgenden Merkmale: Ich-Stärke, Soziale Kompetenz, Caring-Orientierung (sich um andere sorgen), Flexibilität und Verantwortungsfähigkeit sowie historisches Denken, kritische Distanz, Orientierungswissen, Hoffnung, Liebe zur Natur und Glücksfähigkeit. Gerade bei den erstgenannten Merkmalen ist die konzeptionelle Überschneidung zur sicheren Bindung und Resilienz deutlich erkennbar.

Fazit 2:

Kinder sind von Anfang an aktive und zur Partizipation fähige Bürger mit eigenen Rechten und Interessen – wenn sie Entfaltungsmöglichkeiten erhalten und ihnen eine „sichere Basis“ geboten wird. Die Weichen für Vertrauen in die eigenen Kompetenzen, für Fürsorglichkeit und Stressbewältigung werden bereits im ersten Lebensjahr gestellt. Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, auf denen die Förderung notfall- oder katastrophen-spezifischer Kompetenzen und Haltungen aufbauen kann.

Akteure und Programme zur Förderung der Lebenskompetenz von Kindern und Jugendlichen

Instanzen der (frühen) Bildung und Entwicklungsförderung, die innerhalb und außerhalb der Familie wirken, kommt eine ergänzende oder kompensatorische Schnittstellenfunktion zwischen frühkindlicher Entwicklungsförderung, Bildung und spezifischer Bevölkerungsschutzbildung zu. Sie tragen damit zur gesamtgesellschaftlichen Resilienz auf der Ebene der Person bei. Es hat im letzten Jahrzehnt vielfältige Handlungsprogramme des Bundes gegeben (Keydel, Hartmann & Baumgarten 2012), um die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Aus-

kunft darüber geben der 13. und 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2009, 2013)

Rechtliche Grundlagen zur Stärkung von Kindern und Familien finden sich in den bundeseinheitlichen Sozialgesetzbüchern, wie dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem seit 1. Januar 2012 gültigen *Kinderschutzgesetz*. Besonders die im internationalen Rahmen rechtlich verbindliche UN-Kinderrechtskonvention hat den Blickwinkel auf Kinder und Jugendliche als gesellschaftlich eigenständige Personen nachhaltig verändert. Die gesetzlichen *Krankenkassen* investieren im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zur Prävention und Gesundheitsförderung neben dem Bund, den Ländern und den Kommunen erhebliche Beträge, um die Gesundheitschancen und Lebenskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Von welchen Akteuren und Programmen kann die Bildung zum Bevölkerungsschutz profitieren? In welche Programme könnte sie ihre spezifischen Inhalte einbringen?

1. Programme zur Stärkung der Erziehungskompetenz – Frühe Hilfen

Die Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ finanziert Hilfsangebote für Eltern und Kinder auf der Ebene der Länder, Städte und Gemeinden (www.fruehehilfen.de). Die Maßnahmen stellen den Aufbau einer sicheren Bindung ins Zentrum ihrer Bemühungen. Speziell ausgebildete Familienhebammen oder ehrenamtlich eingesetzte, speziell geschulte Bürgerinnen begleiten aufsuchend Familien in schwierigen Lebenslagen mit dem Ziel, möglichst bereits während der Schwangerschaft Risiken für die Entwicklung des Kindes zu erkennen und die Risiken durch ein Bündel von früh einsetzenden Maßnahmen wie Elternkurse, Informationsmaterialien, Früherkennungs- und Vorsorgeuntersuchungen sowie Beratungsangebote zu reduzieren. Karutz (2012) hat bereits verschiedene Vorschläge unterbreitet, wie die häusliche Lebenswelt zum Lernort für Fragen der Kindersicherheit und darüber hinausgehende Fragen zur Vorsorge im Bevölkerungsschutz genutzt werden kann. Diese Vorschläge bieten zugleich die Chance, auch lokale soziale (Peer- und Familien-)Netzwerke aufzubauen.

2. Programme zur Stärkung der Kompetenz von Erzieherinnen / Akademisierung der Frühen Bildung

Im letzten Jahrzehnt hat sich in (West-)Deutschland ein Paradigmenwechsel in der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung vollzogen, der aus ganz unterschiedlichen Motiven gespeist wurde, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll. Im Ergebnis hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Kinder keinesfalls bis zur Einschulung warten sollten, bis sie etwas „lernen dürfen“. Im Gegenteil: ihre Neugier und Wissbegierde soll auf qualifizierte Anregungen stoßen. Dem trägt zum einen der massive Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen Rechnung. Zum anderen wurden 16 unterschiedliche Bildungs-

pläne für Kindertageseinrichtungen in den Bundesländern entwickelt, die laufend fortgeschrieben werden. Erzieherinnen kommt somit verstärkt die Aufgabe zu, den Wissens- und Erkenntnisdrang der Kinder zu fördern und vorangegangene Fehlentwicklungen – wie z. B. Sprachdefizite und Folgen unsicherer Bindungsmuster – zu kompensieren.

Um diesen Aufgaben fachlich begegnen zu können, entstanden in den letzten Jahren an deutschen Hochschulen ca. 100 Studiengänge für dieses von der akademischen Forschung und Ausbildung lange gering geachtete Feld der Frühpädagogik (www.fruehpadaogik-studieren.de). Es erscheint zielführend, sich hier verstärkt mit den spezifischen Inhalten der Bevölkerungsschulbildung/Notfallpädagogik einzubringen. Vorstellbar ist dies beispielsweise in Studiengängen an Hochschulen sowie in der Weiterbildung, z. B. innerhalb von Berufsverbänden. Möglich sind Interventionen auch direkt auf der Ebene der Kindertageseinrichtungen, wie es vielfältige bundesweite Angebote der gesetzlichen Krankenkassen zeigen. Zudem werden Internetplattformen und serious games angeboten (www.max-und-flocke-helferland.de, www.questcity.eu).

3. Programme zur Stärkung der Lebenskompetenz

Das Bundesgesundheitsziel „Gesund aufwachsen“ wurde 2003 verabschiedet und 2010 neu aufgelegt (BMG 2010). Im Zentrum steht die Förderung von Ernährungs-, Bewegungs- und Lebenskompetenz in der Familie sowie in den Settings Kindertageseinrichtung und Schule. Das Teilziel *Lebenskompetenz* umfasst dabei neben der Partizipation, Kommunikation und Selbstbehauptung auch kritisches Denken als Voraussetzung der mündigen Mitwirkung sowie den Umgang mit Stress und negativen Emotionen. Die Bezüge zur „Katastrophenkompetenz“ (s. o.) sind erkennbar. Explizit werden jedoch (noch) keine spezifischen inhaltlichen Bezüge zu Themen der Bevölkerungsschulbildung hergestellt, jedoch wurden erste Überlegungen zu möglichen Synergieeffekten zwischen Bevölkerungsschutz und Gesundheitszieleprozess jüngst im Rahmen eines Workshops der Schutzkommission angestellt (www.schutzkommission.de). Wertvoll für den Bevölkerungsschutz könnte es sein, die seit über 10 Jahren gepflegten und konsolidierten strukturellen und prozessualen Ressourcen des Gesundheitszieleprozesses zu nutzen und sich zugleich mit spezifischen Themen (z. B. der Notfallpädagogik) in den Prozess einzubringen.

Spezifisch für dieses Programm ist der Settingansatz: die Lebenswelt der Kindertageseinrichtung oder der Schule und deren Mitglieder bilden das Zentrum der gemeinsamen Lern- und Veränderungsprozesse. In lokalen bzw. überregionalen Netzwerken findet der fachliche Austausch statt. Die langjährigen Erfahrungen und Plattformen der Vernetzung und Einbindung nicht staatlicher Akteure könnten für die Bevölkerungsschulbildung genutzt werden (s. a. Goersch & Werner 2011).

Netzwerk Kindersicherheit als zukünftige gemeinsame Plattform?

Die Themenfelder des Bundesgesundheitsziels zur Förderung der Kindergesundheit berücksichtigen allerdings einige spezifische Problemfelder nicht, wie z. B. die Unfallprävention von Kindern und Jugendlichen, Brandschutz-erziehung oder die spezifischen gesundheitsschützenden Faktoren von Kindern in Notfallsituationen. Dies ist um so erstaunlicher, da ein Unfall zu Hause oder in unmittelbarer Wohnumgebung für Säuglinge und Kleinkinder das höchste Risiko darstellt vorzeitig zu versterben (s. Karutz in diesem Heft, S. 6 ff.). Um die Prävention von Kinderunfällen in Deutschland voranzubringen, hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft Kindersicherheit (BAG) (www.kindersicherheit.de) Ende der 90iger Jahre als Nichtregierungsorganisation gegründet. Obwohl der Schwerpunkt bei den Heim- und Freizeitunfällen liegt, für die staatliche Stellen nicht unmittelbar zuständig sind, bearbeitet die BAG letztendlich alle Felder, die die Erhöhung der Kindersicherheit im Alltag betreffen. Die behandelten Gefahren weisen fließende Übergänge zwischen kleineren und größeren Unfall- bis hin zu Notfallereignissen auf. Die Sensibilisierungs- und Schutzmaßnahmen richten sich nicht nur an Erwachsene. Sie stärken in Abhängigkeit vom Alter auch das Risikobewusstsein der Kinder, ihre Achtsamkeit, Selbstverantwortung und Fürsorglichkeit im Umgang mit den kleinen, aber auch den großen Unfallgefahren in der Wohnung, auf dem Spielplatz, in der Kindertageseinrichtung sowie auf der Straße.

Für die Bildung im Bevölkerungsschutz könnte das „Netzwerk Kindersicherheit“ ein weiterer zu beteiligender Akteur sein. Dessen Erfahrungen und Netzwerkressourcen auf nationaler und internationaler Ebene könnten für die Umsetzung von Bildungsaktivitäten mit dem „Bürger Kind“ im Dienste der persönlichen Notfallvorsorge genutzt werden. Zugleich könnten auch Themen aus dem Bevölkerungsschutz dort einfließen.

Fazit 3:

Aktivitäten zur gezielten Bildung von Kindern im Bevölkerungsschutz treffen auf eine Akteurslandschaft, deren gesetzliche Legitimierung, Finanzierung, Motive, institutionellen und fachlichen Hintergründe sehr heterogen sind. Inhaltlich weisen sie zahlreiche Schnittstellen auf, deren Gestaltung für eine umfassende und integrierte früh ansetzende Bevölkerungsschulbildung erfolgversprechend erscheint.

Prof. Dr. Irmtraud Beerlage ist seit 1994 Hochschullehrerin für Entwicklungs-, Gesundheits- und Klinische Psychologie an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Leiterin der Forschungsprojekte „Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung“ und „Gesundheit und Engagement im Einsatzwesen“ im Auftrag des BMI/BBK.
Prof. Dr. Thomas Hartmann war bis 2012 an der Hochschule Magdeburg-Stendal, Standort Magdeburg im Studienbereich Gesundheitswissenschaften für das Fachgebiet umweltbezogener Gesundheitsschutz in Forschung und Lehre tätig. Ein Schwerpunkt bildete das Thema „Kinder, Umwelt und Gesundheit“.

Kinder, Krisen und Katastrophen

Kindgerechte Notfallvorsorge- und Hilfeleistungsstrategien in Deutschland

Harald Karutz

Unglücke, an denen Kinder beteiligt sind, rufen in der Öffentlichkeit stets eine besondere Anteilnahme hervor. Schulbusunfälle, Brandereignisse mit verletzten oder getöteten Kindern sowie weitere, ähnliche Notfallgeschehen lassen niemanden unberührt. Auch nach den Amokläufen bzw. School Shootings in den vergangenen Jahren ist dies eindrucksvoll deutlich geworden: Bundesweit konnte eine geradezu kollektive Betroffenheit beobachtet werden.

Wie häufig Kinder in Deutschland insgesamt von Notfällen betroffen sind und welche psychosozialen Folgen dies nach sich ziehen kann, wird nachfolgend in einem kurzen Überblick dargestellt. Darüber hinaus thematisiert der Beitrag kindgerechte Notfallvorsorge- und Hilfeleistungsstrategien, und schließlich werden einige Desiderate für die Weiterentwicklung des deutschen Bevölkerungsschutzsystems abgeleitet.

Die einzelnen Notfallsituationen, mit denen Kinder konfrontiert werden können, sind zunächst einmal außerordentlich heterogen. Zum Spektrum potenziell traumatischer Erfahrungen gehören Missbrauch und Verwahrlosung z. B. ebenso wie das unmittelbare Miterleben eines Verkehrsunfalls, einer Großschadenslage sowie eine indirekte Betroffenheit, etwa durch die Berichterstattung über ein Unglück in den Medien oder die Anwesenheit während eines Notfallgeschehens als Zuschauer (Purtscher 2006)¹. Die möglichen Konstellationen sind schlichtweg unbegrenzt. Vor diesem Hintergrund kann hier kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Stattdessen wird lediglich auf einige ausgewählte Aspekte fokussiert – die Vorbereitung von Kindern auf Notfälle einerseits sowie die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) von Kindern andererseits, und zwar ausschließlich im Kontext von Ereignissen, bei denen zur unmittelbaren Gefahrenabwehr auch Feuerwehren, Rettungsdienste oder andere Hilfsorganisationen zum Einsatz kommen.

Im Vorfeld soll außerdem nicht verschwiegen werden, dass das Aufwachsen der rund 11 Millionen Kinder in Deutschland – auch wenn in der Öffentlichkeit mitunter ein anderer Eindruck entstehen mag – zweifellos noch nie derart sicher und geschützt gewesen ist wie heute. So sind beispielsweise die Zahlen der im Straßenverkehr verunglückten Kinder insgesamt rückläufig, und auch in vielen anderen Lebensbereichen sind durchaus positive Effekte intensiver Präventionsbemühungen zu erkennen. Gleichwohl sind und bleiben Kinder eine besonders vulnerable Bevölkerungsgruppe, und nach wie vor sind Unglücke, von denen Kinder betroffen sind, keineswegs selten.

Um einen Gesamtüberblick zu gewinnen, muss allerdings auf viele verschiedene Quellen zurückgegriffen werden; eine einheitliche Datenerfassung zur Situation von

Kindern in Notfällen existiert in Deutschland bislang nicht (Elsässer 2006). Die Straßenverkehrsunfallstatistik, die Todesursachenstatistik, die polizeiliche Kriminalstatistik, Angaben von Unfallversicherungen und die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen beziehen sich immer nur auf einzelne Teilaspekte von Notfällen, bei denen Kinder betroffen sind.

In einer Untersuchung von Perkonig et al. (2000) äußerten beispielsweise 26% der befragten Jungen bzw. jungen Männer und 17,7% der befragten Mädchen bzw. jungen Frauen, sie hätten in ihrem bisherigen Leben schon mindestens einen Notfall oder ein „potenziell traumatisches Geschehen“ miterlebt. In der Bremer Jugendstudie (Essau et al. 1999) gaben 22,5% der befragten Jugendlichen an, bereits ein potenziell traumatisches Ereignis erlebt zu haben. Am häufigsten wurden dabei körperliche Angriffe, Verletzungen und Unfälle genannt.

Im Straßenverkehr verunglückten 2011 insgesamt 30.676 Kinder. Wesentlich mehr Unfälle von Kindern ereignen sich jedoch in anderen Bereichen, insbesondere in Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie dem Heim- und Freizeitbereich. Insgesamt mussten 2011 rund 1,7 Millionen Kinder aufgrund einer Verletzung ärztlich behandelt werden. 244 Kinder kamen im gleichen Jahr bei einem Unfall ums Leben, u. a. 95 bei einem „Transportmittelunfall“, 52 durch Erstickten, 30 durch Ertrinken, 21 durch einen Sturz sowie 17 durch einen Brand bzw. die Einwirkung von Feuer, Flammen oder Rauch (Statistisches Bun-

¹ Die umfangreiche Literaturliste kann im Internet eingesehen werden: http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_einstieg.htm



desamt 2012). Nach Angaben der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2011 sind 86.996 Kinder unter 18 Jahren Opfer einer Straftat geworden, 146 Kinder wurden bei einem Verbrechen getötet.

Wie viele Kinder die verschiedenen Notfälle als Zuschauer, Augenzeugen oder Geschwisterkinder eines direkt betroffenen Kindes miterleben, geht aus den verfügbaren Statistiken bedauerlicherweise nicht hervor. Auch gibt es keine übergreifenden Studien dazu, wie häufig Kinder in Deutschland von komplexen Gefahren- und Schadenslagen bzw. einer Katastrophe betroffen sind. Hier gibt es lediglich unverknüpfte Einzelerkenntnisse zu einigen speziellen Situationen. So kann davon ausgegangen werden, dass sich in Deutschland jeden Monat mindestens ein schweres Schulbusunglück und etwa alle zwei Monate ein Brand ereignet, bei dem mehrere Kinder verletzt oder getötet werden (Karutz 2013a). Zudem wird derzeit ein- bis zweimal pro Jahr der konkrete Versuch eines School Shootings unternommen (Scheithauer & Bondü 2011).

Statistische Angaben zu einer medial vermittelten Notfallbetroffenheit von Kindern in Deutschland fehlen ebenfalls. Nach einer Hochrechnung könnten Jugendliche bis zu ihrem 18. Geburtstag durchschnittlich 25.000 Stunden vor dem Fernseher verbracht und dabei etwa 32.000 Morde und 200.000 Gewaltakte mit angesehen haben (Waldrich 2007). Andere Notfallsituationen als die genannten kriminellen Akte wurden in dieser Hochrechnung zwar nicht berücksichtigt. Dass vor allem kleinere Kinder aber auch von Medienberichten über schwere Unfälle und Katastrophen schockiert und überfordert werden können, ist unstrittig. Psychische Folgen durch unangemessenen Medienkonsum wurden beispielsweise nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und während des Irakkrieges 2003 nachgewiesen (Gangloff 2002 und Hausmann 2006).

Psychisches Notfallerleben und psychosoziale Notfallfolgen

Zahlreiche Studien belegen, dass Kinder Notfälle grundsätzlich anders erleben als Erwachsene. Besondere Belastungsfaktoren ergeben sich u. a. aus der subjektiven Neuheit der Ereignisse, fehlenden Vorerfahrungen, der situationsbedingten Trennung von Bezugspersonen sowie magisch-mythischen Vorstellungen und Phantasien. Kinder können in Notfallsituationen auch ohne einen tatsächlich erkennbaren Anlass Schuldgefühle entwickeln oder den Eindruck gewinnen, mit einem Unglück würden sie für ein eventuelles Fehlverhalten bestraft. Je jünger ein notfallbetroffenes Kind ist, umso ausgeprägter ist in der Regel auch die psychische Belastung (ausführlich Karutz & Lasogga 2006).

Einigen Kindern gelingt es sicherlich, das Erlebte mit den eigenen Ressourcen oder allein durch die Unterstützung ihres sozialen bzw. familiären Umfeldes angemessen zu verarbeiten. Ein erheblicher Teil der von einem Unglück

betroffenen Kinder entwickelt jedoch mittel- oder langfristig anhaltende psychosoziale Notfallfolgen. So wurden in einer Studie der Akademie Bruderhilfe bei 38 % der Kinder, die eine Notfallsituation miterlebt hatten, auch nach vier Jahren noch verschiedenste Symptome beobachtet. 37 % dieser Kinder hatten noch immer Angst. Bei 30 % traten Schlafstörungen und bei 21 % Konzentrationsschwierigkeiten auf. Häufige Alpträume und Unruhe gaben jeweils 16 % der untersuchten Kinder an. Ein Absinken der schulischen Leistung konnte ebenfalls bei 16 % der Kinder registriert werden; Aggressionen und Wutausbrüche traten bei 12 % der Kinder auf (Akademie Bruderhilfe 2002).

Auch Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) sind bei Kindern, die ein Unglück miterlebt haben, weitaus häufiger als bei Erwachsenen. Abhängig von der Art des zugrunde liegenden Ereignisses, dem Expositionsgrad, dem Untersuchungszeitpunkt sowie der angewendeten Untersuchungsmethode variieren die Angaben zur Prävalenz in den einzelnen Studien allerdings zwischen fünf und 50 % (Landolt 2012, Steil & Rosner 2009).

Ferner bestehen Zusammenhänge von traumatischen Kindheitserfahrungen mit Entwicklungsverzögerungen, Essstörungen, Depressionen, Suizidversuchen, verschiedenen körperlichen Erkrankungen sowie der beruflichen Leistungsfähigkeit von Erwachsenen. Die Autoren der Studie zu „Adverse Childhood Experiences“ bezeichnen starke psychosoziale Belastungen in der Kindheit sogar als „den wichtigsten Faktor, der Gesundheit, Wohlbefinden und Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft bestimmt“ (Edwards et al. 2003, auch Schickedanz und Plassmann 2011).

Psychosoziale Notfallversorgung von Kindern

Diesen Erkenntnissen zu den durchaus erheblichen psychosozialen Notfallfolgen steht gegenüber, dass zur psychosozialen Notfallversorgung von Kindern in Notfallsituationen bislang nur wenige bzw. fast ausschließlich explorative Untersuchungen mit relativ kleinen Stichproben durchgeführt worden sind. Systematische Evaluationsstudien zur Effektivität einzelner Hilfeleistungskonzepte gibt es kaum (Zehnder et al. 2006, Landolt & Hensel 2008). Dieses Forschungsdefizit ist deshalb so besonders problematisch, weil „Untererforschung“ im Notfall immer auch eine Unterversorgung und Versorgungsfehler nach sich ziehen kann (Anderson 2005, Frühe et al. 2008).

Nur einige wenige Akteure der Psychosozialen Notfallversorgung in Deutschland haben sich auf die Begleitung von Kindern in Notfällen spezialisiert, u. a. ein Kriseninterventionsteam der Johanniter-Unfallhilfe in Hannover sowie ein weiteres, erst vor kurzem gegründetes Kriseninterventionsteam in Lüneburg. Auch bei Schulpsychologen und Schulseelsorgern ist vielerorts ein erhebliches Engagement zu beobachten: Für die Krisenintervention in Bildungseinrichtungen haben inzwischen fast alle Bundesländer entsprechende Notfallpläne aufgestellt. Die Umset-

zung der einzelnen Konzepte in die Praxis erfolgt allerdings sehr unterschiedlich.

Dabei sind gerade psychosoziale Akuthilfen für Kinder mit vielfältigen Herausforderungen verbunden: Die Vorgehensweise bei der Kontaktaufnahme, die altersgerechte Vermittlung von Informationen, Sicherheit und Geborgenheit, die Aktivierung kindlicher Ressourcen, die Reaktion auf spezifische Notfallfolgen wie z. B. das posttraumatische Spiel sowie die angemessene Unterstützung von Bezugspersonen setzen eine besonders fundierte Expertise voraus.

Gefahren- und Schadenslagen mit einer Vielzahl betroffener Kinder beinhalten zusätzliche Problemstellungen: So ist der Bedarf an psychosozialen Akuthelfern in derartigen Situationen mindestens doppelt so hoch wie bei anderen Ereignissen. Auch für erfahrene Helfer stellt die Begleitung größerer Kindergruppen eine außerordentlich komplexe und belastende Ausnahmesituation dar. Die Einrichtung von „child-friendly-spaces“, d. h. von multiprofessionell betriebenen Anlauf- und Betreuungseinrichtungen für Kinder nach Notfällen ist in Deutschland weitgehend unbekannt, während sie in der internationalen Katastrophenhilfe längst zum Standard gehört. Zudem besteht bei Einsätzen mit vielen beteiligten Kindern ein erheblicher Koordinationsaufwand, dem man mit den üblichen Führungs- und Organisationsstrukturen u. U. nicht gerecht werden kann (Karutz 2013b).



Foto: Notfallseelsorge Mülheim an der Ruhr

Weitere Schwierigkeiten sind mit der Schaffung von mittel- und langfristigen Versorgungsangeboten für die von einem Notfall betroffenen Kinder verbunden. Hier sind Finanzierungs- und Zuständigkeitsfragen ungeklärt. Auch die Gestaltung von Schnittstellen zwischen Einsatzorganisationen bzw. den Akteuren der psychosozialen Akuthilfe, dem Gesundheitsressort, dem Erziehungs- und Bildungswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe beinhaltet Optimierungspotenzial. Ressortübergreifende, interdisziplinär ausgerichtete Initiativen sind aktuell eher die Ausnahme. Traumaambulanzen, die auch akut-traumatisierte Kinder versorgen, gibt es nur vereinzelt, und Behandlungsplätze für traumatisierte Kinder fehlen (Fegert et al. 2010, Ziegenhain 2010). Innovative Projekte wie der „Runde Tisch“ in Hamburg (Krüger et al. 2006) oder das KITZ-Projekt des Arbeiter-Samariter-Bund in München (Zehentner 2009)

sind in diesem Zusammenhang positiv hervorzuheben, eine weitere (möglichst flächendeckende!) Verbreitung ähnlicher Konzepte wäre jedoch wünschenswert!

Kindgerechte Notfallvorsorge

Neben einer altersspezifisch differenzierten Psychosozialen Notfallversorgung während und nach einem Unglück könnten sicherlich auch kindgerecht gestaltete Notfallvorsorgestrategien bzw. eine möglichst frühzeitig beginnende „Bevölkerungsschutzbildung“ (Beerlage 2011) zu einer günstigen Erfahrungsverarbeitung beitragen: Die Entwicklung und Förderung von Selbsthilfekompetenzen wirkt Ohnmachts- und Hilflosigkeitsgefühlen entgegen und Kinder, denen bereits im Vorfeld entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt worden sind, können sich umso aktiver an der Bewältigung des Erlebten beteiligen. Die besonnene Reaktion der Bevölkerung nach dem Erdbeben in Japan 2011 dürfte z. B. sicherlich auch eine Folge davon gewesen sein, dass dort bereits in Kindergärten und Grundschulen mit der Vermittlung von Verhaltensregeln und Hilfeleistungsstrategien für Notfälle begonnen wird.

Im deutschen Erziehungs- und Bildungswesen sind Krisen, Katastrophen und das Thema „Tod“ jedoch weitgehend tabuisiert (Schäferjohann 2011). Erste-Hilfe-Maßnahmen werden hierzulande – anders als in vielen anderen Staaten – nach wie vor nicht flächendeckend verbindlich unterrichtet. „Floriansdörfer“ gibt es bundesweit lediglich an zwei Orten (in Aachen und Iserlohn), zudem sind sie in der breiten Öffentlichkeit nahezu unbekannt. Auch in der Erziehungswissenschaft werden bevölkerungsschutzbezogene Fragestellungen erst seit kurzem thematisiert (Karutz 2011).

Was insbesondere fehlt, ist eine spezielle Notfallpädagogik². Ihre Aufgabe müsste es sein, Kinder systematisch für die Bewältigung von Notfallsituationen zu stärken und zu rüsten. Dabei sollten bisherige Ansätze aus dem Bereich der Brandschutzerziehung, der Heranführung an die Erste Hilfe, der Gesundheitsförderung sowie der Kriminalprävention zu einem einheitlichen Notfallvorsorgeprogramm für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zusammengeführt werden. Erzieher, Lehrer, (Sozial-) Pädagogen, Brandschutz- und Verkehrserzieher, Erste-Hilfe-Ausbilder, Psychologen, Mediziner, Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen sowie Vertreter von Sozial-, Gesundheits- und Jugendämtern gehören dazu „an einen Tisch“!

Wichtig wäre es, Kindern und Jugendlichen ihrem Entwicklungsstand entsprechende Partizipationsmöglichkei-

² Ausdrücklich sei darauf hingewiesen, dass „Notfallpädagogik“ etwas anderes ist als „Traumapädagogik“: So bezieht sich der Terminus „Traumapädagogik“ auf die pädagogische Arbeit mit bereits traumatisierten Kindern und Jugendlichen, während „Notfallpädagogik“ bereits vor einer potenziell traumatischen Erfahrung einsetzt und dementsprechend auf die Förderung von Resilienz im Vorfeld abzielt (vgl. Karutz 2011).

³ Z. B. www.ready.gov/kids sowie www.max-und-flocke-helferland.de.

ten einzuräumen und sich nicht nur an gegebenen Gefahren und Risiken, sondern ebenso an individuellen und sozialen Ressourcen zu orientieren: Kinder können und möchten sich einbringen – wenn man sie nur lässt und die entsprechenden Gelegenheiten bzw. „Settings“ dafür schafft (Beerlage / Hartmann in diesem Heft, S. 2 ff.). Interaktive Informationsangebote im Internet könnten diesen Grundgedanken Rechnung tragen, möglicherweise auch das erlebnispädagogisch ausgerichtete Konzept von Kinder- bzw. Jugendsicherheitspartys mit „Eventcharakter“ (Karutz 2012).

Fazit und Ausblick

Sowohl im Bereich der kindgerechten Notfallvorsorge als auch bezüglich einer altersspezifisch differenzierten Psychosozialen Notfallversorgung bestehen aktuell Handlungs- und Forschungsbedarfe, die sich wechselseitig beeinflussen. Verschiedene Fachgremien bzw. -institutionen haben sich in der jüngeren Vergangenheit entsprechend geäußert. In der Abschlusspublikation des nationalen Konsensusprozesses zur Psychosozialen Notfallversorgung werden „Wirkfaktoren von psychischer Erster Hilfe und Trauerbegleitung bei Kindern“ beispielsweise als eine „offene Frage“ bezeichnet, die bei der Weiterentwicklung der PSNV in Deutschland nicht aus den Augen verloren werden dürfe (BBK 2011).

Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder, d.h. die sogenannte „Kinderkommission“ des Deutschen Bundestages, fordert, dass Kinder in Notfallsituationen, insbesondere trauernde Kinder, „die Hilfe und Unterstützung bekommen, die sie brauchen“. In diesem Zusammenhang wird u. a. darauf hingewiesen, dass bundesweite Kooperationen für die Unterstützung und Beratung von Kindern auf- und ausgebaut werden sollen. Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit in Schulen und Kindergärten soll verstärkt werden; speziell Trauer und deren Verarbeitung bei Kindern soll Bestandteil der Lehrpläne im Medizin- und Psychologiestudium werden (Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder 2012).

Ferner heißt es im 2009 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend herausgegebenen 13. Kinder- und Jugendbericht, dass Hilfsangebote für traumatisierte Kinder und Jugendliche „mehr Aufmerksamkeit erhalten müssen und die Sensibilität für die Situation von traumatisierten Kindern und Jugendlichen im Kompetenzprofil von Fachkräften einen höheren Stellenwert erhalten muss“ (BFSFJ 2009). Um die „Preparedness“ und die Psychosoziale Notfallversorgung von Kindern konkret weiterentwickeln zu können, sind derzeit jedoch mehrere Fragestellungen ungeklärt:

- Welche Konzepte und Strategien sind tatsächlich geeignet, um Kinder angemessen auf Notfälle vorzubereiten und ihnen die bestmögliche Psychosoziale Notfallversorgung zukommen zu lassen?

- Welche Konzepte und Strategien zur Notfallvorsorge sowie zur psychosozialen Notfallversorgung für Kinder werden international verfolgt, und inwiefern könnten diese möglicherweise auf die Situation in Deutschland übertragen werden?
- Wie kann kindgerechte „Bevölkerungsschutzbildung“ bzw. notfallpädagogisches Engagement mit bisherigen Angeboten im Bereich der Gesundheitsförderung, des Bildungswesens sowie der Kinder- und Jugendhilfe sinnvoll verknüpft werden (auch dazu Beerlage / Hartmann in diesem Heft, S. 2 ff.)?



Foto: Prof. Dr. Harald Karutz

- Inwiefern sind bei bestimmten Kindern und Jugendlichen, beispielsweise hinsichtlich des sozialen Status oder der kulturellen Zugehörigkeit, weiter differenzierte Ansätze erforderlich?
- Wie können Schnittstellen zwischen Einsatzorganisationen, dem Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der Kinder- und Jugendhilfe optimiert werden?
- Welche administrativen, organisatorischen und ggf. auch unmittelbar einsatzbezogenen Voraussetzungen sind zu schaffen, um die Praxisimplementierung geeigneter Konzepte und Strategien überhaupt gewährleisten zu können?

Nicht zuletzt wäre vor diesem Hintergrund der Aufbau eines bundesweiten, interdisziplinär ausgerichteten Netzwerkes von Experten und Institutionen wünschenswert, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit den einzelnen Facetten der Thematik befassen. In den USA existierte beispielsweise von 2008 bis 2011 eine „National Commission on Children and Disasters“³, deren vorrangige Aufgabe darin bestand, systematisch bestehende Versorgungsdefizite zu analysieren und darauf aufbauend Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung des US-amerikanischen Bevölkerungsschutzsystems abzuleiten. Möglicherweise könnte ein vergleichbares Gremium auch in Deutschland sinnvoll sein?

Prof. Dr. phil. Harald Karutz ist Diplom-Pädagoge und Lehrrettungsassistent. Er leitet das Notfallpädagogische Institut in Essen und ist Professor für Rescue Management an der MSH Medical School Hamburg.

Impulse zur bürgernahen Notfallvorsorge

Good Practices aus Europa und Übersee

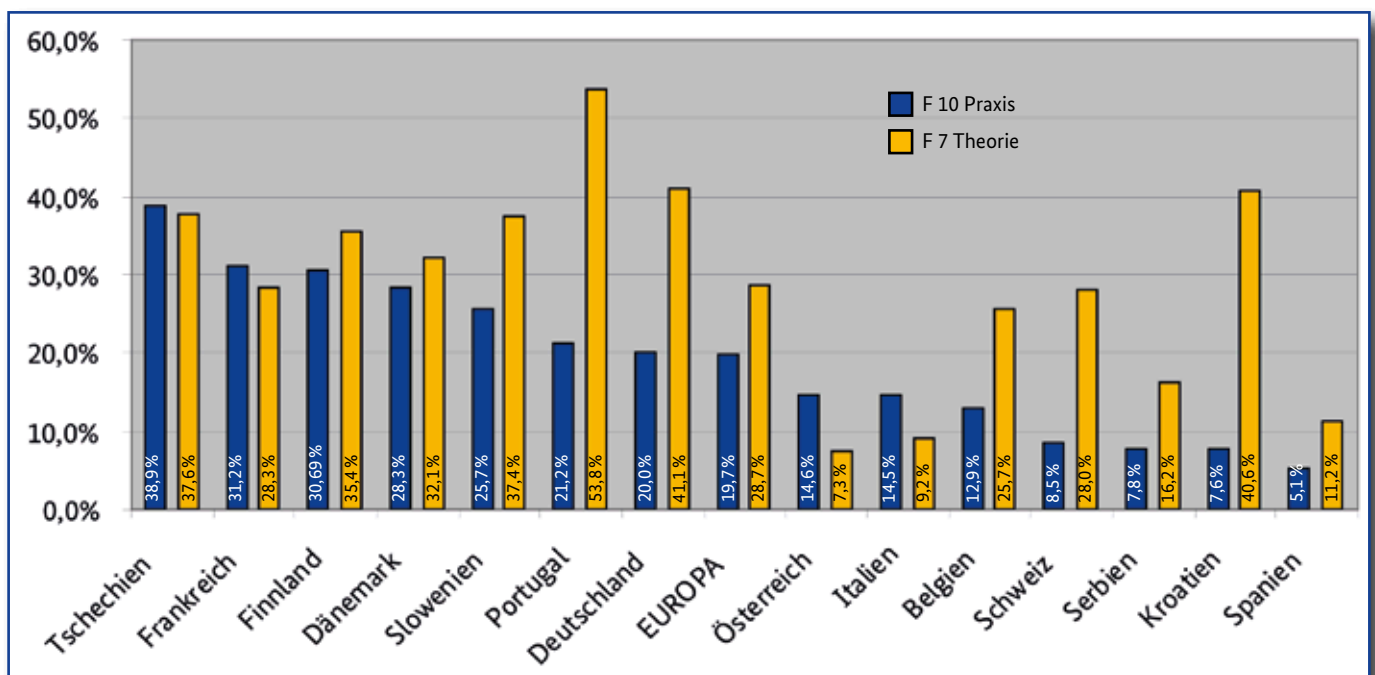
Die persönliche Notfallvorsorge ist spätestens seit Auflösung des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) vor 16 Jahren das schwächste Glied in der Kette des Zivilen Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Neue Europäische Trends weisen auf Defizite in der Wirksamkeit der Ersten-Hilfe-Ausbildung hin. In benachbarten Industrie- und entfernten Entwicklungsländern werden erfolgreich Modelle der individuellen und bürgernahen Notfallvorsorge eingesetzt, von denen wir in Deutschland lernen können.

Christoph Müller

Im vergangenen Jahr haben Europäische Automobil-Clubs in 14 Ländern mit Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften Bereitschaft und tatsächliche Kenntnisse von 2800 Verkehrsteilnehmern zur Ersten Hilfe untersucht. Am 19.4.2013 wurden die Ergebnisse von ADAC und Deutschem Roten Kreuz in Berlin vorgestellt. Demnach trauen sich 73% der befragten Deutschen zu, Erste Hilfe am Unfallort zu leisten (in Europa insgesamt 63%) und 91% kennen die Notrufnummer 112. 50% der Befragten kennen die Seitenlagerung und 41% die Atemspende theoretisch. 31% konnten eine korrekte Blutstillung demonstrieren. Nur 20% konnten eine Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) praktisch richtig durchführen. Bei 40% der Befragten lag der Erste-Hilfe-Kurs mehr als 10 Jahre zurück.

Die Verpflichtung für Führerscheinbewerber, an einer Schulung in Lebensrettenden Sofortmaßnahmen teilzunehmen, besteht seit 1968 und die Gültigkeit der Bescheinigungen ist unbegrenzt. Nach einer Studie der Universität Würzburg gehen bereits 1 Jahr nach dem Kursbesuch mehr als 50% und nach 2 Jahren 70% der Kenntnisse verloren (Sefrin et al). Verkehrsunfälle machen im Rettungsdienst nur 4,5% im Vergleich zu 44,5% der internisti-

trieren. Nur 20% konnten eine Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) praktisch richtig durchführen. Bei 40% der Befragten lag der Erste-Hilfe-Kurs mehr als 10 Jahre zurück.



In der ADAC-RK Umfrage zeigen die Fragen 10 zur Theorie und Frage 7 zur Praxis der HLW signifikante Unterschiede in den realen Kenntnissen. (Quelle: ADAC München Testzentrum - Erste Hilfe Studie 2012)

schen Notfälle aus. Bei jedem 2. Herz-Kreislauf-Stillstand ist ein Zeuge dabei und es erfolgt trotzdem nur bei 12 % der Fälle nach Deutschem Reanimationsregister eine notwendige Wiederbelebung.

Laut der Universität Würzburg hätten 10 % der im Jahr 2012 im Straßenverkehr tödlich verunfallten 3606 Personen gerettet werden können, wenn in den ersten Minuten wirksame Erste Hilfe geleistet worden wäre. Die Angst vor medizinischen Fehlern, rechtlichen Konsequenzen, der Reaktion anderer Unfallzeugen und Angehöriger, sowie vor dem eigenen Stress, hält viele potenzielle Helfer davon ab, mutig einzugreifen. Diese psychologischen Aspekte der Ersten Hilfe werden bisher nur marginal oder gar nicht in der Ausbildung angesprochen. Das Thema Hilfsbereitschaft kann wirksamer durch den Einbezug persönlicher Notfallerfahrungen der Teilnehmer in den Unterricht als durch ethische Appelle bearbeitet werden. Der Lebens- und Alltagsbezug in der Erste-Hilfe-Ausbildung wird zu häufig durch die Fülle des Lernstoffes, den Zeitdruck, veraltete dozentenorientierte Lernmethoden und didaktische Schwächen der Lehrkräfte reduziert.

Es ist an der Zeit, mit den Zuwendungsgebern über eine inhaltliche Entschlackung der Ausbildungskataloge zu diskutieren und dafür erziehungswissenschaftliche Wirkungsforschung zu betreiben. Das DRK hat zu diesem Zweck eine medizinpädagogische Kooperation mit der Humboldt-Universität Berlin gestartet, um die Wahrnehmung der Lernwirksamkeit der Ersten-Hilfe-Ausbildung von Ausbildern, Organisatoren und Teilnehmern zu vergleichen.

Das First Aid Education European Network (FAEEN) der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften in Paris fordert eine Wiederholungspflicht für Erste-Hilfe-Kurse alle 5 Jahre in allen 52 Mitgliedsländern und hat ein Europäisches Erste-Hilfe-Zertifikat (EFAC) eingeführt, in dem die Erste-Hilfe-Ausbildung 12 Stunden umfasst. In zahlreichen Europäischen Ländern werden bereits E-Learning-Programme zur Ersten Hilfe angeboten, die den Face-to-face-Unterricht zeitlich verkürzen. Die Teilnehmer müssen Nachweise erfolgreicher elektronischer Tests zur Zulassung zu den Präsenzkursen vorlegen, die für das Erste-Hilfe-Zertifikat als Teilleistung anerkannt werden (firstaid.refcentre@croix.rouge.fr).

Jährlich sterben ca. 127.000 Menschen auf Europas Straßen und 2,4 Millionen werden verletzt. Eine gemeinsame Lobbyarbeit gegenüber dem Europäischen Parlament und gegenüber nationalen Regierungen zur Einrichtung einer Wiederholungspflicht der Ersten-Hilfe-Ausbildung als Element der Notfallvorsorge ist mehr als begründet. Erste-Hilfe-Kenntnisse sind universell in allen Kulturen und Lebenssituationen einsetzbar.



Erste Hilfe Schulung altersgerecht für Grundschüler.
(Foto: DRK Archiv)

Erste Hilfe und Notfallvorsorge im Schulunterricht ausbauen

Seit 2005 fördert das BBK Lehrgänge in medizinischer Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten für Jugendliche im Alter von 10 bis 16 Jahren (s. in diesem Heft S.22 ff.). Die Ausbildungsmaßnahmen erreichen jährlich ca. 100.000 Teilnehmer durch eine Bietergemeinschaft der Hilfsorganisationen. Die Ausbildung umfasst 12 Stunden und enthält neben medizinischen Themen der Ersten Hilfe Inhalte zu Selbsthilfe in Notfällen, wie Stromausfälle, Hochwasser, Unwetter, zur Lebensmittel Bevorratung und Dokumentensicherung. Dieses Wissen soll an Freunde und Angehörige weiter gegeben werden. Über die beabsichtigten Wirkungen besteht allerdings noch bundesweiter pädagogischer Evaluationsbedarf. In einer internen Umfrage erhielt das DRK positive Rückmeldungen aus den Landesverbänden zum freiwilligen Engagement von Kursteilnehmern der Lehrgänge zur Medizinischen Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten für Schüler im Aufbau und dem Betrieb von Schulsanitätsdiensten. Ein Teil der Jugendlichen engagiert sich in den Jugendverbänden der Hilfsorganisationen ehrenamtlich weiter.

2013 startet das Deutsche Jugendrotkreuz (JRK) in Kooperation mit der Arbeiter Samariter Jugend (ASJ) eine bundesweite Initiative „Erste Hilfe für den Bildungsplan“ der Grundschulen. In mehreren Pilot-Landesverbänden werden dieses Jahr Konzepte für die Lobbyarbeit mit den Bildungsbehörden und Kultusministerien entwickelt, um Themen der Ersten Hilfe altersgerecht in allen deutschen Grundschulen zu vermitteln. Dazu werden Lehrer durch die DRK-Kreisverbände in vorhandenes Lehrmaterial zur Ersten Hilfe für Kinder durch erfahrenen DRK-Ausbilder eingewiesen.

Diskutiert wird zurzeit das Thema der Herz-Lungen-Wiederbelebung mit dem German Resuscitation Council (GRC) in dieser Initiative. Dieses neue Projekt zur Veran-

Risikominderung“ zur Erarbeitung und Verbreitung von Notfallplänen für Familien und Unternehmen ein. In einem von der EU geförderten Projekt wurde ein Notfallrucksack „Catakit“ für die Selbsthilfe in den ersten 48-72 Stunden nach einem Unglück entwickelt. Durch Quizfragen, große Bilderrätsel und Rollenspiele reflektieren Teilnehmer zu Beginn von Erste-Hilfe-Kursen ihre Gefahrenwahrnehmung und ihr Risikovorsorgeverhalten. Die folgende Webseite enthält praktische Checklisten und Tipps zur Notfallvorsorge in Betrieben und Familien: www.citizenselfprotection.eu

Das Britische Rote Kreuz hat behinderte Menschen als wichtige gesellschaftliche Zielgruppe für Notfallvorsorgetrainings identifiziert und 5000 körperlich und geistig

Behinderte über 3 Jahre in Unfallverhütung, Erster Hilfe und Notfallvorsorge geschult. Durch spezielle „First Aid Educators“, die eine intensivere pädagogische Ausbildung als „First Aid Instructors“ erhalten, werden lokale Gefahrenanalysen in Wohngebieten und an Arbeitsstätten mit den Mitarbeitern und Bewohnern durchgeführt. Auf dieser Grundlage werden maßgeschneiderte „kunden-nahe“ Angebote zur Ersten-Hilfe-Schulung und Notfallvorsorgeausbildung erstellt und das Alltagswissen der Zielgruppen systematisch einbezogen. Hohe Motivation, bessere „Ownership“ und gesteigerte Nachhaltigkeit der Trainings sind das Er-



Community Based First Aid Training in Nord-Somalia für Mädchen- und Frauengruppen.
(Foto: Christoph Müller)

kerung der frühen Ersten-Hilfe-Erziehung entspricht den Forderungen der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin. Es bietet gute pädagogische Chancen zur Verknüpfung spielerischen Lernens zur Notfallvorsorge und Risikowahrnehmung von Kindern in Schule, Freizeit, zu Hause und auf Transportwegen, sowie zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements durch die Übernahme von Selbst- und Mitverantwortung.

Community Based First Aid (CBFA) – ein Integrationsmodell nachbarschaftlicher Notfallvorsorge und Erster-Hilfe-Ausbildung

Seit 2007 setzt das Französische Rote Kreuz ein ein-stündiges Lernmodul unter dem Titel: „Einführung in die

gebnis. In Irland wird CBFA erfolgreich in Gefängnissen mit Strafgefangenen eingesetzt, in dem Erste-Hilfe-Training mit Gewaltprävention, Umweltschutz, Gesundheits-erziehung und Unfallverhütung verknüpft wird.

Im Jahre 1990 wurde der CBFA Ansatz, der sich in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung bewährt hat, überarbeitet und für Industrieländer angepasst. Er baut auf dem Hyogo Framework 2005-2015 mit dem Ziel auf, durch Katastrophenvorsorge die Resilienz von Gemeinden und Nationen zu stärken. Die Nutzung lokalen Wissens, von Innovation und Erziehung zum Aufbau einer Kultur und Resilienz auf allen Ebenen gehört zu den Prioritäten dieser globalen Strategie, die in der Bundesrepublik vor allem durch das Deutsche Komitee zur Katastrophenvorsorge (DKKV) verbreitet wird (www.dkkv.org und www.unisdr.org).

Community Based First Aid integriert Themen der Katastrophenvorsorge, der Gesundheitserziehung und Hygiene, der Trinkwasserversorgung, der Ersten Hilfe, der HIV-AIDS Prävention und Seuchenkontrolle, sowie der Gesundheit von Müttern und Kindern. Weltweit engagieren sich heute in der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung 23.500 Freiwillige und 872 CBFA Trainer, die 2.300.000 Menschen mit diesem ganzheitlichen Modell der Notfallvorsorge erreichen, weitere Informationen unter: www.ifrc.org/cbfa

Das Deutsche Rote Kreuz unterstützt CBFA-Programme in Afrika, Asien und Lateinamerika und konnte umfangreiche Erfahrungen in dieser Methodik während des Wiederaufbaues nach dem Indian Ocean Tsunami 2005-2010 sammeln. Überlebende Bewohner in der vom Tsunami betroffenen Provinz Aceh an der Nordspitze der Insel Sumatra in Indonesien wurden durch partizipative Vulnerabilitäts- und Kapazitätsanalysen (VCA) in die Planung und das Monitoring des Wiederaufbaues ihrer Dörfer einbezogen. In Schulen und Gemeinden wurden „Community Based Action Teams – CBAT“ zur Katastrophenvorsorge gebildet. Dabei handelt es sich nicht um uniformierte Einheiten professioneller Hilfsorganisationen, sondern um Bürgerinitiativen und Nachbarschaftsgruppen. Sie wurden in Frühwarnung, Evakuierung, Errichtung von Behelfsnotunterkünften in Schulen und Notverpflegung für extreme Wetterereignisse und häufige Erdbeben in Indonesien trainiert.

Diese CBAT werden von örtlichen Katastrophenschutz- und Rotkreuz-Strukturen beraten und unterstützt. Ein wichtiger Partner des DRK in diesem historischen K-Vorsorge- und Wiederaufbauprogramm war auch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Indonesien. Methoden und Prinzipien der CBFA werden in den nächsten Jahren in Europa eine weitere Verbreitung erfahren.

Strategische Planung zur Stärkung der Notfallvorsorge in Deutschland überfällig

Als wichtiges Element der komplexen Hilfeleistungssysteme im Zivilen Bevölkerungsschutz Deutschlands gewinnt die persönliche Notfallvorsorge angesichts neuer Risikoszenarien zunehmend an Bedeutung. Extreme Wetterereignisse in Verbindung mit dem Klimawandel, die Ausbreitung tropischer und infektiöser Krankheiten wie der Vogelgrippe über Ländergrenzen hinweg sowie die Gewalt extremistischer Gruppen sind der Bevölkerung ebenso bewusst wie den Experten der Inneren Sicherheit und durch die Medienberichterstattung in Realzeit ständig präsent. Dieses wachsende öffentliche Risikoempfinden muss positiv durch Aufklärung und Mobilisierung zur Notfallvorsorge-Pädagogik genutzt werden. Dazu ist eine Revision der herkömmlichen Didaktik klassischer Notfallvorsorge-Konzepte, die zum Teil noch aus Zeiten des Kalten Krieges stammen, notwendig.

Ein organisierter Dialog von Sicherheitsforschern, Praktikern aus der Breitenausbildung in Hilfsorganisationen, Wissenschaftlern aus Pädagogik, Medizin und Technik, sowie Medienvertretern und Kommunalbehörden als verantwortlichen Akteuren in Gemeinden mit Planungs-



Open Space Forum für Erste Hilfe Ausbilder des DRK in Hannover. (Foto: Ch. Müller)

verantwortung ist dazu ein strategischer Schritt. Im Oktober 2013 plant das BBK mit dem Deutschen Roten Kreuz an der AKNZ eine Zukunftswerkstatt zur Förderung der persönlichen Notfallvorsorge. Dort wird nach einer Bestandsaufnahme aktueller Praxis, ein Arbeitsplan und Vorschläge für lokale Pilotvorhaben zur Erprobung innovativer Modelle der Notfallvorsorge erarbeitet. Experten aus Europäischen Nachbarländern werden dazu eingeladen. Ein wichtiges Thema wird auch die Interaktion zwischen Hilfsorganisationen und Bürgern in Selbsthilfesituationen und -prozessen nach Notlagen sein. Wir werden über die Ergebnisse dieser Zukunftswerkstatt in **Bevölkerungsschutz** berichten.

Christoph Müller (56) ist Erziehungswissenschaftler und leitet das Sachgebiet Erste Hilfe Ausbildung im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin seit 2011. Er war 14 Jahre in der humanitären Hilfe und Katastrophenvorsorge in Ostafrika und Südostasien, als Berater der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit für Jugendpolitik und als Abteilungsleiter für Organisationsentwicklung und Freiwilligenarbeit der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften in Genf tätig.

Mut machen zum Helfen

Puppenfilm „Rettet die Retter“ kommt in Kindertagesstätten

Günter Gsottberger und Raphael Doderer

Messer, Gabel, Schere, Licht... Kinder lernen früh die Gefahren des Alltags kennen. Doch erhalten sie von ihren Eltern und Erziehern auch die Kompetenz, anderen in Not-situationen zu helfen? Füreinander da sein, miteinander

„Sani“, ganz in Weiß, hat immer einen Erste-Hilfe-Kasten in seinem Bächlein dabei. Gemeinsam erleben sie zahlreiche Abenteuer im Land der Helfer. Wenn „Tini“, „Marti“, „Garda“ und „Sani“ so bekannt werden wie „Jim Knopf“,

„Urmel aus dem Eis“ oder andere Klassiker der Augsburger Puppenkiste, wird das Projekt „Rettet die Retter“ ein voller Erfolg.



Garda, Tini, Sani und Marti (v. li.).

aus Mitmenschlichkeit heraus Hilfe anbieten und konkret über ein Ehrenamt bei den Hilfsorganisationen, der Feuerwehr oder dem Technischen Hilfswerk nachdenken, dafür sollen Jugendliche gewonnen werden. Doch oft ist dies schon zu spät, wenn nicht bereits in der Kindheit eine Wertevermittlung zur Zivilcourage ansetzt. Um nachhaltig gesellschaftliches Engagement zu sichern, wurde das Puppenspiel „Rettet die Retter“ in Augsburg konzipiert und umgesetzt. Im Januar feierte der Film in Augsburg mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich seine Premiere. Jetzt kommen die Helden mit ihren Geschichten in die Kindertagesstätten im gesamten Bundesgebiet.

Die Hauptfigur des 20-minütigen Films „Rettet die Retter“ ist der kleine „Tini“ aus dem hilfsbereiten „Volk der Nobbel“, der erst noch lernen muss, ein richtiger Retter zu werden: Gut, dass er treue Freunde hat, die auf ihn aufpassen und auf die er sich verlassen kann. Da ist zum Beispiel „Garda“, die jeden aus dem Wasser retten kann, oder „Marti“, der seinen Schwanz zum Löschen benutzt. Und

Gemeinsam verfolgen die Augsburger Hilfsorganisationen die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Ehrenamt. Deshalb bilden der Arbeiter-Samariter-Bund, die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Bayerische Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe sowie der Malteser Hilfsdienst seit 2008 in Augsburg eine in ihrer Form einmalige Arbeitsgemeinschaft. Die vertraglich geregelte Gesellschaft dient dem Zweck des Zusammenschlusses der großen Augsburger Hilfsorganisationen, um nach außen hin – da wo immer möglich und sinnvoll – „mit einer Stimme“ zu sprechen und geschlossen aufzutreten. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen einen gewählten Sprecher, der alle Aktivitäten koordiniert und die Außenvertretung wahrnimmt. Die Kooperation umfasst vielfältige Angelegenheiten, welche im gemeinsamen Interesse aller beteiligten Hilfsorganisationen sind, ohne jedoch die jeweiligen Verbandsinteressen im Einzelfall zu tangieren. Die fünf Mitgliedsverbände können sich in Augsburg auf das En-

Wer war beteiligt?

Der Film „Rettet die Retter – Abenteuerinsatz im Land der Helfer“ ist ein Gemeinschaftsprojekt des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit der Augsburger Puppenkiste.

gagement von rund 1.200 Ehrenamtlichen verlassen und erfahren Unterstützung von über 40.000 Mitgliedern. Dennoch sehen die Hilfsorganisationen an der Basis mit großer Sorge, wie sich der ehrenamtliche Einsatz in Zukunft verändern kann.

Der Film wurde mit Unterstützung der Mediengruppe Presse-Druck (Augsburg) aufgezeichnet und produziert. Primär wird die DVD über das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kostenlos abgegeben (E-Mail: rettet-die-rettet@bbk.bund.de). Kindertagesstätten können den Film aber auch über die Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen (E-Mail: rettet-die-rettet@augsb-rg-hilft.org) kostenfrei beziehen. Des Weiteren soll aktuell – auch unter Beteiligung verschiedener Einrichtungen – umfangreiches pädagogisches und gestalterisches Begleitmaterial für die Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen entwickelt werden, um Kindern die Bedeutung von Hilfe und Engagement zu vermitteln. Diese erwachsenen Multiplikatoren sollen die Kernaussage „Wenn man helfen kann, macht das anderen Spaß. Doch Hilfe kommt nicht automatisch“ in ihrer Erziehungsarbeit verbreiten. Dabei wird auch deutlich, dass Helfen nicht nur Kopf-, sondern vor allem auch Herzenssache ist.

Was steckt dahinter?

Die Aussetzung der Wehrpflicht, aber auch gesellschaftliche Veränderungen im Basispotenzial der freiwilligen Helfer, so zum Beispiel durch die Folgen einer veränderten Alterspyramide und sich zunehmend ändernder Rahmenbedingungen, beeinflussen die Verfügbarkeit freiwilliger Helferinnen und Helfer. Diese Faktoren führen in regional unterschiedlicher Weise, vermehrt aber in ländlichen Regionen zu einer heute schon quantitativ und qualitativ suboptimalen Versorgung der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund erhält die nachhaltige Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ebenso wie in anderen Diensten der Daseinsfürsorge eine besondere Bedeutung.

Dazu kommt, dass unsere Gesellschaft einem rasanten Wandel unterliegt: Anforderungen im Arbeitsalltag und an die Flexibilität des Einzelnen, im Studium oder in der Berufsausbildung, steigen zunehmend. Schulunterricht und Kinderbetreuung weiten sich zunehmend in den Nachmittagsbereich aus. Ein hohes Maß an Mobilität wird vorausgesetzt. Der Alltag verdichtet sich zunehmend und alles scheint sich zu beschleunigen. Die Zeit für ehrenamtliches Engagement ist knapper geworden, vielleicht damit auch die Zeit und die Bereitschaft für die eigentlich selbstverständliche und alltägliche Hilfsbereitschaft untereinander. Gerade deshalb ist es wichtig, den Wert und die Bedeutung von Hilfsbereitschaft und Engagement für andere mit Spaß am Helfen schon sehr früh zu vermitteln und hierbei eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und Hilfsorganisationen mit den Kindergärten und Schulen zu fördern.

Auch in Augsburg gibt es im Ehrenamt Nachwuchsorganisationen rund um Rettungs- und Sanitätsdienst, Katastrophenschutz sowie viele weitere soziale Dienste der etablierten Hilfsorganisationen. Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen spielt die frühe Gewinnung von Ehrenamtlichen bereits im Jugendalter eine große Rolle – insbesondere müssen freiwillig Engagierte auch langfristig gebunden werden, wenn sie beispielsweise aufwändige Ausbildungen wie zum Rettungssanitäter oder Zugführer absolviert haben. Wesentlich ist für die Bindung auch der Aspekt, dass Ehrenamtliche eine „innere Überzeugung zum Helfen“ mitbringen.



Günter Gsottberger bei der Kick-Off-Veranstaltung.

Wer hatte die Idee?

Die ursprüngliche Idee, die aus der Arbeit einer Projektgruppe „Ehrenamt“ der Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz (SKK) von der Bundesebene nach Augsburg gebracht werden konnte, befasst sich daher damit, möglichst frühzeitig Kinder in ihrer Prägungsphase auf die Bedeutung des Helfens im Kontext der Hilfsorganisationen, Feuerwehr sowie des Technischen Hilfswerkes aufmerksam zu machen.

Der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen war langjähriges Mitglied in dieser Projektgruppe und vertrat dort die Malteser. Im Rahmen vielfältiger Überlegungen zum Thema „Gewinnung, Bindung und Motivation von Freiwilligen und Ehrenamtlichen“ wurde auch der Aspekt der immens wichtigen frühkindlichen Prägung zum Thema „Helfen“ aufgegriffen: „Jungen Menschen eine Kultur des Helfens nahe zu bringen, ist der Beginn für eine Kultur des gelebten Miteinanders und des für uns alle unverzichtbaren ehrenamtlichen Engagements“, so die Grundaussage aller am Projekt Beteiligten.

Aus der SKK heraus wurde die Augsburger Arbeitsgemeinschaft mit der Produktion eines Kurzfilms beauftragt, der Kindern gesellschaftliche Werte vermitteln soll: „Für andere da sein“, „Andere sind für mich da“ und „Helfen

macht Spaß“. Damit soll den Kindern Mut zum Engagement gemacht werden. Von der ersten Idee bis zur tatsächlichen Umsetzung sind einige Jahre vergangen. In Anbetracht der vielfältigen Ideen und im Detail unterschiedlicher Interessenslagen aller beteiligten Organisationen und Verbände auf Bundesebene mussten viele Menschen und Institutionen überzeugt und „mitgenommen“ werden. Wesentlicher Erfolgsfaktor war es, betroffenen Institutionen zu beteiligten Projekt-Partnern zu machen. Nicht zuletzt war die Produktion des Kurzfilms auch in die facetten- und umfangreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen sinnvoll einzubinden. Das wiederum bedeutete viele persönliche Gespräche mit wichtigen Entscheidern und die Koordinierung all derer, die zur Realisierung beigetragen haben. Auch Partner für den gesamten Produktionsablauf mussten vor Ort gewonnen werden. Diese „logistischen“ Aufgaben rund um „Rettet die Retter“ wurden durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen und deren Sprecher ehrenamtlich und „neben dem Job“ erledigt. Aktiv unterstützt wurde das Projekt durch das beteiligte Bundesministerium des Innern und das Bundesamt für



Mit Vergnügen beim Kick-off (v. li.): Oberbürgermeister Kurt Gribl, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, Puppenkistenchef Klaus Marschall, Szeneidol Kasperle.

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. Nachdem das Ehrenamt ein Markenzeichen unserer Gesellschaft ist, jedoch durch Entwicklungen des zunehmenden Individualismus bedroht erscheint, war den Augsburger Hilfsorganisationen eine sympathische Vermittlung der Idee des Helfens wichtig. Mit der Augsburger Puppenkiste wurde ein bestens geeigneter Partner und generationsübergreifender Sympathieträger gefunden. Die Figuren der Augsburger Puppenkiste sind bundesweit bekannt und beliebt. Aus ihrer Tradition heraus und mit ihrer langjährigen Erfahrung kann die Puppenkiste die Zielsetzung optimal kindgerecht vermitteln.

Wie geht es weiter?

Alle am Projekt Beteiligten sind sich darüber einig, dass in der Gesellschaft freiwillige Dienste am Nächsten als ehrenamtliche Tätigkeit heute und in der Zukunft nicht mehr wegzudenken sind. Überall leisten Ehrenamtliche wertvolle Arbeit und werden gerade auch zukünftig schon aufgrund der gesellschaftsstrukturellen Veränderungen gebraucht, ja unverzichtbar werden. Das gilt für viele Bereiche bürgerschaftlichen Engagements, ganz besonders aber für das deutsche Hilfeleistungssystem. In Deutschland sind es etwa 1,7 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die den Bevölkerungsschutz zu einem wichtigen und stabilen Eckpfeiler in der deutschen Sicherheitsarchitektur machen.

In den bundesweit mehr als 50.000 Kindergärten und anderen Betreuungseinrichtungen soll daher der Film „Rettet die Retter“ vorgeführt werden. Über ein umfangreiches, mehrstufiges Distributionskonzept wird mit Hilfe von Multiplikatoren versucht, den für die Verteilung notwendigen logistischen Aufwand möglichst gering zu halten, gleichzeitig jedoch eine hohe Durchdringung zu erreichen. Gerade der Unterstützung dieses Projektes durch die Hilfsorganisationen, die nahezu alle auch Träger von örtlichen Kinderbetreuungseinrichtungen sind, kommt hierbei eine große Bedeutung zu. Weitere Vertriebswege werden über die kommunalen und kirchlichen Träger dieser Einrichtungen führen. Weitere Multiplikatoren könnten auch regionale und überregionale Bildungssender und die breite Unterstützung von Medien sein. Die bereits angesprochene Problematik des Ganztagesbetriebes in Kindertageseinrichtungen und Schulen steigert die Notwendigkeit, Kinder bereits in frühen Entwicklungsstufen mit den Grundlagen der Hilfeleistungskultur vertraut zu machen, immens. Und damit einher geht auch das Grundverständnis für die Notwendigkeit von Selbstschutz- und Selbsthilfefähigkeiten.

Der Film „Rettet die Retter“ wendet sich zwar in erster Linie an die Kinder im Vorschulalter (etwa vier bis sechs Jahre), andererseits wird der Medienkonsum von Kindern dieser Altersstufe in der Regel von den Erwachsenen bestimmt. Und damit sind auch die Eltern und Großeltern der Kinder „Empfänger“ der Kernbotschaft. Ein Effekt davon ist sicher auch, dass über die verschiedenen Einrichtungen, die Pädagogen, Erzieherinnen und Erzieher und eben auch durch die Erziehungsberechtigten und die Geschwister der Kinder ein Multiplikationseffekt erreicht wird. Und damit kann das Thema „Helfen und Engagement für andere“ letztendlich in die gesamten Bevölkerung getragen werden.

Daher wird das Projekt „Rettet die Retter“ natürlich vor Ort und auf Wunsch auch durch die Hilfsorganisationen unterstützt. So kann man sich vorstellen, dass ehrenamtliche Helfer der Verbände vor Ort für Fragen zur Verfügung stehen, Rettungswagen gezeigt werden und vieles mehr. Auch in die verschiedenen Ausbildungsangebote für diese Altersschicht soll der Film mit eingebunden werden.

Um dabei eine gute Praxisorientierung zu bieten und für den Einsatz des Mediums gute Startbedingungen zu schaffen, sollen ein methodisch-didaktischer Kommentar und umfangreiches Begleitmaterial zu „Rettet die Retter“ im Rahmen eines Pilotprojektes mit verschiedenen Ausbildungseinrichtungen für Erzieherinnen und Erzieher (wie Fachakademien für Sozialpädagogik) sowie mit Professoren und Studenten der Hochschule in Augsburg entwickelt werden. In einem sich an den Erfahrungen weiterentwickelnden Prozess soll so eine optimale Handreichung erstellt werden, mit der die angestrebten Ziele auch erreicht und möglichst nachhaltig verankert werden können. Das Projekt soll schließlich über das reine Ansehen des Films hinaus auch noch weitere, vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten mit dem Thema mit sich bringen und Anregungen für Gespräche sein. Spaß und Freude bei der Hinführung zum Thema „Helfen“ soll für die Kinder dabei im Vordergrund stehen. Wenn dann Kinder Mut haben zum Helfen, gewinnen alle – und helfende Hände schlagen nicht!

Zwischenzeitlich wurde die Idee von „Rettet die Retter“ auch an den Arbeitskreis V (AK V) „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder herangetragen, der das Projekt positiv zur Kenntnis genommen hat. Der AK V sieht in dem Vorhaben eine Möglichkeit, schon jungen Menschen eine Kultur des Helfens nahezubringen und somit bereits in einem frühen Stadium für ein Engagement in Hilfsorganisationen, Freiwilligen Feuerwehren und dem Technischen Hilfswerk zu werben. Nun gilt es das Projekt auch in der Sozialministerkonferenz und der Kultusministerkonferenz bekanntzumachen. Ziel kann es nur sein, ein möglichst enges Geflecht und einen möglichst von vielen gemeinsam getragenen Konsens in der Sache herzustellen. Damit die Idee zum Erfolg führt, ist neben den engagierten Bemühungen der Hilfsorganisationen auch die zielorientierte und spürbare Unterstützung aller politischen Ebenen zwingend erforderlich.

Und dann könnte nicht nur „Rettet die Retter“ zu einem Erfolgsmodell werden, sondern auch die bereits beste-

hende Idee einer Fortsetzung für die „nächste Generation“ (von sieben bis zehn Jahren) zur Realität werden.

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sagte bei der Film Premiere im Januar 2013 in Augsburg: „Es ist gut und wichtig, dass wir unseren Kindern rechtzeitig und spielerisch die vielen Herausforderungen näher bringen, die mit der Arbeit gerade im Katastrophenschutz verbunden sind.“ Er betont: „Die vielen Helferinnen und Helfer in Deutschland leisten einen wichtigen Beitrag für unseren



Im Vordergrund v. li.: Dr. Kurt Gribl, Oberbürgermeister Augsburg; Dr. Hans-Peter Friedrich, Bundesinnenminister; Theo Gandenheimer, Bgm a.D., Stadtrat und Schirmherr der ARGE HiOrg Augsburg; Günter Gsottberger, Sprecher der ARGE HiOrg Augsburg, Geschäftsführer Malteser Augsburg; Christoph Unger, Präsident des BBK; Dr. Fritz Helge Voß, stellv. THW-Landesbeauftragter von Bayern.
(Fotos: Christina Bleier)

gesellschaftlichen Zusammenhalt – sie sind unsere Alltagshelden.“

Wir alle sollten – so wie in der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen – auf allen Ebenen tatkräftig dazu beitragen, dass Helfen wieder etwas Selbstverständliches wird und damit letztendlich auch spürbare Nähe vermittelt wird.

Weitere Informationen über die Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen gibt es im Internet auf www.augsburg-hilft.org sowie bei Facebook: www.facebook.com/augsburg.hilft

Günter Gsottberger, gewählter ehrenamtlicher Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen, Geschäftsführer des Malteser Hilfsdienst e.V. in Stadt- und Landkreis Augsburg
Raphael Doderer, ehrenamtlicher Medienbeauftragter der Arbeitsgemeinschaft der Augsburger Hilfsorganisationen, Leiter der Stabsstelle Unternehmenskommunikation und Marketing am Klinikum Augsburg

Stärkung der Selbsthilfefähigkeit – kindgerecht mit Max & Flocke

Backnang in Baden-Württemberg im März 2013: Eine Stadt trauert um sieben Kinder und ihre Mutter, die bei einem Großbrand ums Leben gekommen sind. Saarbrücken Ende August 2012: Die erschütternde Nachricht von vier toten Kindern, die während eines Dachgeschossbrandes sterben, geht durch die deutschen Medien. Die Gesamtstatistiken sind noch bestürzender: Allein im Jahr 2011 gab es rund 400 Brandtote, jedes dritte Opfer davon ein Kind.

Claudia Eiselt und Steffen Dieker

Jährlich verunglücken mehr als 500.000 Kinder so schwer, dass ärztliche Hilfe notwendig ist (Quelle: Deutsches Grünes Kreuz). Die Ursachen hierfür sind vielfältig, angefangen von Verbrennungen über Stromunfälle bis hin zu Vergiftungen. Die kindliche

Umge-
gehend zu verbes-
sern, dass sie sicherer wird, ist ein erster Schritt. Weit-
aus sinn-
voller ist es je-

tenziellen Gefahren zu schützen. Durch entsprechende Prävention könnten wohl die meisten Unfälle vermieden werden. Es existieren zahlreiche Maßnahmen, die ein Mensch in Notsituationen zu seinem eigenen Schutz sowie zum Schutz seiner Umgebung treffen kann. Überaus wichtig ist es, vorbereitet zu sein und helfen zu können. Erlerntes Sachwissen und gezielte Vorsorge können maßgeblich dazu beitragen, dass Unfälle oder Katastrophen bis zum Eintreffen der organisierten Hilfe ohne zusätzlichen Schaden überstanden werden.

Das Stichwort in diesem Kontext lautet *Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung*. Dem Bürger sollen im Rahmen von Risiko- und Krisenkommunikation alle hilfreichen Informationen zum Umgang mit möglichen Risiken zur Verfügung gestellt werden, damit dieser bei einem möglichen Schadenseintritt nicht von den komplexen Ereignissen überrascht wird. Dies soll durch eine offensive Risiko- und Krisenkommunikation auf allen Ebenen gewährleistet werden. Kinder stehen dabei im Mittelpunkt, denn sie müssen vollkommen anders angesprochen werden als Erwachsene. Vor allem geht es darum, ihnen keine Angst zu machen, sondern die Furcht vor Unfällen und Katastrophen zu nehmen. In einer Notsituation einen klaren Kopf zu behalten, ist für Erwachsene schon schwer genug; für Kinder erst recht. Gerade deshalb ist es besonders wichtig, Ängste durch die Vermittlung von Wissen zu nehmen.

Seit September 2011 bietet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), mit Blick auf die Stärkung der Selbsthilfefähigkeit von Kindern, die Internetseite www.max-und-flocke-helferland.de an. Anhand des anschaulichen Online-Auftrittes sollen Kinder über diverse Gefahren im Alltag spielerisch aufgeklärt werden. So können sie beispielsweise erfahren, wie wichtig Erste Hilfe und die Versorgung im Notfall sind oder wie durch



doch,
das Kind selbst für
mögliche Gefahren im Alltag zu sensibilisieren. Dadurch lernt es schnellstmöglich, sich vor po-

korrektes Verhalten Unglücke verhindert werden können. Beim Start von „Max&Flocke-Helferland“ werden die wissbegierigen User durch den bekannten KiKa-Moderator Juri Tetzlaff begrüßt. Er erklärt ihnen nicht nur, was es alles auf der Seite zu entdecken gibt, sondern steht den Kindern darüber hinaus auch in diversen Videosequenzen mit Rat und Tat zur Seite. Wert wurde vor allem auf die Aufmachung der Seite gelegt, so dass bewusst auf die sonst klassische Navigationsstruktur einer Internetseite verzichtet wurde. Intention bei diesem Ansatz ist es, die Kinder in ihrer eigenen Welt abzuholen. Sie befinden sich beim Aufruf des Online-Auftrittes am Schreibtisch eines Kinderzimmers. Einige der dort vorhandenen Gegenstände, wie etwa ein Schreibblock, führen mittels Mausclick direkt zu anderen Bereichen der Internetseite. Das Quiz des „Helferlandes“ lässt sich so beispielsweise schnell und unkompliziert erreichen. Der Aufruf der Seite wird deshalb auch nicht über die sonst übliche Internetadresse des BBK www.bbk.bund.de vorgenommen, sondern die Kinder haben mit www.max-und-flocke-helferland.de ihren komplett eigenen Zugang in ihre eigene Welt.

meinsam mit Hund Flocke macht sich der Spieler nun auf, um benötigte Gegenstände zu sammeln und Aufgaben in



Postkarte Max und Flocke.



Max und Flocke bei der Hundestaffel.

Herzstück der Internetseite ist ein Abenteuerspiel. Nach Eingabe eines Spitznamens gelangt der Spieler zunächst in den Eingangsbereich eines Hauses. Dort erwartet ihn bereits der sprechende Hund Flocke, der ihm das Spiel erklärt: Max, das Herrchen von Flocke, ist verschwunden und es zischt und kracht ganz verdächtig im Haus. Ge-

den insgesamt acht verschiedenen Räumen und Bereichen des Spiels zu lösen. Dabei muss zum Beispiel ein feuchtes T-Shirt von einer Lampe genommen werden, um den Rauchmelder auszustellen oder eine Leiter anstelle eines Drehstuhles benutzt werden. Nur auf diesem Wege ist es nämlich möglich, den benötigten Schlüssel vom Schrank zu holen. „Helferlands“ erklärtes Ziel ist es, fernab vom erhobenen Zeigefinger, Wissen spielerisch zu vermitteln sowie alle vom Spieler durchgeführten Aktionen detailliert zu erklären.

Zusätzlich zu dem Spiel und den Videoclips mit Juri Tetzlaff können Kinder das erworbene Wissen in einem unterhaltsamen Quiz testen. Der Ausdruck einer Urkunde und die Aufnahme in die Bestenliste gehören natürlich zum Angebot mit dazu. Außerdem stehen Malvorlagen, Hintergrundbilder, Bildschirmschoner, Memoryspiele und Klingeltöne zum Herunterladen bereit. Darüber hinaus sind andere interessante Kinderinternetseiten auf „Helferland“ verlinkt. Ein Lexikon und nützliche Wissenstipps werden ebenfalls angeboten. Unter der Rubrik „Mach mit“ können Kinder ihre eigenen Erfahrungen aus einer Unglückssituation schildern und, gegebenenfalls mit Fotos, einsenden. Abgerundet wird das attraktive Angebot mit Printprodukten, wie etwa dem Geschichtenheft „Bevölkerungsschutz für Jung und Alt mit Max & Flocke“, Stundenplänen und einem Malbuch.

Im Juni 2013 wird mit der Broschüre „An alles gedacht mit Max & Flocke“ eine neue Publikation in attraktiver Rucksackform erscheinen. Der Inhalt des Rucksackes gibt unter anderem Antworten auf folgende Fragen: Was ist eine Katastrophe? Wie verhalte ich mich bei einem lang andauernden Stromausfall? Wie wird die Bevölkerung bei Unglücken und Katastrophen gewarnt? Was hat es mit einem Notfallrucksack und der Notfallvorsorge auf sich?

Der Aspekt der sozialen Kompetenz wird darüber hinaus in der Geschichte „Für andere einstehen“ angesprochen. Ein großes Anliegen von „Helferland“ ist es nämlich, Kinder auf ihre Möglichkeiten des persönlichen Engagements hinzuweisen und für das Ehrenamt zu begeistern. Freiwillig helfen können Kinder nämlich auf unterschiedliche Art und Weise, zum Beispiel bei den freiwilligen Feuerwehren oder als Schulsanitäter. Wo finden die Kinder die Organisationen, bei denen sie sich ehrenamtlich engagieren könnten? Warum ist ehrenamtliches Helfen in der menschlichen Gesellschaft wichtig? Was hat der Helfer persönlich davon? Mit zwei vorliegenden Arbeitsblättern zu den Themen „Ehrenamt“ und „Soziales Miteinander“ sollen diese und ähnliche Fragen mit den Kindern gemeinsam erarbeitet werden. Dadurch können die Inhalte auch in den Unterricht transportiert werden. Seitdem der Nachwuchs für das ehrenamtliche Engagement im Bevölkerungsschutz weniger wird, muss mit neuen Ideen an der Werbung in diesem Bereich gearbeitet werden.

Zusätzlich zu den zwei schon genannten Arbeitsblättern stehen auch noch folgende Arbeitsblätter zur Verfügung:

- **Feuereifer** – Baustein zur Brandschutzerziehung: Was tun, wenn es doch einmal zu einem Brand zu Hause oder in der Schule kommt? Wie lautet der Notruf der Feuerwehr, was sind die fünf Ws?
- **Blitzgescheit** – Baustein zum richtigen Verhalten bei Gewitter: Im Sommer mit dem Fahrrad unterwegs und



Max versorgt seinen Freund Florian nach einem Fahrradunfall.

plötzlich gibt es ein Gewitter. Was ist zu tun? Schnell nach Hause radeln oder doch lieber unterstellen? Und wenn ja, wo? Unter einem Baum?

- **Hilfreich** – Baustein zum richtigen Verhalten im Notfall: Ein Schüler beobachtet, wie ein Mitschüler mit dem Fahrrad stürzt und sich den Arm bricht. Was ist zu tun? Wie lautet die Notrufnummer des Rettungsdienstes, wie lauten die fünf W-Fragen? Was kann ich tun, bis der Rettungsdienst kommt?

Die Kinder können sich mit Hilfe der Arbeitsblätter aktiv durch Geschichten, Bilder und Spiele mit den Themen auseinandersetzen und dadurch lernen, wie man sich richtig in Gefahrensituationen verhält. Daher profitieren auch Eltern, Lehrkräfte und Ausbilder der Hilfsorganisationen von dem anschaulichen Webauftritt. Zu jedem



Max und Flocke entdecken einen Brand.

Arbeitsblatt sind außerdem methodisch-didaktische Kommentare verfügbar, die Vorschläge für den Einsatz der Arbeitsblätter enthalten. Die Arbeitsblätter können direkt von der Internetseite heruntergeladen oder in benötigter Auflage beim BBK in ausgedruckter Form bezogen werden. Der Einsatz dieser Arbeitsblätter kann daher zu Hause, im Unterricht oder bei Schulprojekten, aber auch in der Jugendarbeit der Hilfsorganisationen erfolgen.

Für interessierte Eltern und Lehrer bietet ein Flyer weitere Informationen zum Portal. Dieser kann als Printversion direkt beim BBK bezogen werden. Zusätzlich hat das BBK zusammen mit dem Westermann-Verlag eine achtseitige Sonderthemenbeilage erarbeitet. Darin enthalten ist ein Vorschlag für einen Projekttag mit Schülern unter dem Motto „Ein Tag im Helferland“, der ebenfalls vom BBK bezogen werden kann.

Über das Jahr verteilt werden den Kindern unter der Rubrik „Neues“ aktuelle Informationen zu verschiedenen,

jahreszeitlich bedingten Risiken angeboten. Im Sommer geht es zum Beispiel um das richtige Verhalten bei Hitze, Sommergewittern und Baden. Im Winter werden die Kinder auf die Gefahren durch Eis, Schnee und Hochwasser hingewiesen. Mit freundlicher Genehmigung des WDR dürfen passende Themenbeiträge der „Sendung mit der Maus“ verlinkt werden. Zum Beispiel: „Richtiger Umgang mit Sonnenmilch“ oder „Eisrettung mit der Maus“. In der Weihnachtszeit wird auf die Gefahren durch von Kerzen ausgelöste Brände hingewiesen, denn Unglücke dieser Art häufen sich. Ebenso ist der richtige Umgang mit Feuerwerks-



Max und Flocke flüchten vor einem Gewitter.
(Illustrationen: M. Hüter)

körpern zu Silvester ein Thema. In den Specials finden sich themenbezogenen Hinweise darauf, wie und wo ehrenamtliches Engagement für Kinder möglich ist. Das Sommerspecial etwa stellt den Junior Wasserretter der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) vor; die freiwilligen Feuerwehren sind Gegenstand des Weihnachtspecials.

In diesem Jahr werden außerdem Specials zum Sozialen Miteinander sowie zu den Themen Katastrophe, Stromausfall und Notgepäck veröffentlicht. Ein Special zu Viren und Grippe folgt im Herbst. Weiter ausgebaut wird zudem das ständige Angebot der „Helferland“-Internetseite. So sollen in diesem Jahr beispielsweise, neben dem eigentlichen Abenteuerspiel, Geschicklichkeitsspiele für die jungen Internetnutzer angeboten werden.

Das Internetangebot richtet sich an Kinder zwischen sieben und zwölf Jahren. Damit spricht „Max&Flocke-Helferland“ bei der derzeitigen Bevölkerungsstruktur insgesamt gut 4,6 Mio. Kinder an (Quelle: Statistisches Bundesamt). Die Altersgruppe ist dabei nicht zufällig gewählt: Die Lehrpläne der verschiedenen Bundesländer sehen die Beschäftigung mit diesem Themenbereich im 3. oder 4. Schuljahr der Grundschule bzw. der 5. oder 6. Klasse der weiterführenden Schulen vor. Bei der Erstellung der gesam-

ten Seite wurde daher großer Wert auf die pädagogische Qualität gelegt. Es verwundert also nicht, dass die komplette Einrichtungsphase der Seite von einer Pädagogin begleitet wurde. Weiterhin wurden die Arbeitsblätter in Kooperation mit einem Schulbuchverlag erstellt, so dass auch hier der hohe pädagogische Anspruch gewährleistet wurde. Bemühungen, die sich ausgezahlt haben: „Max&Flocke-Helferland“ wurde mit dem begehrten Comenius EduMedia Siegel der Gesellschaft für Pädagogik und Information e.V. (GPI) für hervorragende didaktische Multimedia-Produktionen in der Kategorie „Computerspiel mit kompetenzförderlichen Potenzialen“ ausgezeichnet. Gleich nach der Freischaltung erhielt die Seite die gecheckt!-Plakette von FragFINN – einer Kindersuchmaschine für den sicheren Surfraum von Kindern.

Der einfachste Weg, sich als Leser einen Eindruck von der Seite zu verschaffen, ist, sie zu besuchen und sich vom Angebot selbst zu überzeugen. Die Systemvoraussetzungen sind einfach, da es sich beim Spiel selbst um ein browserfähiges, flashplayerbasiertes Spiel handelt. Ein Computer mit Internetzugang, ein gängiger Browser (zum Beispiel Internetexplorer oder Firefox) und Flashplayer sind dabei schon alles, was man an Voraussetzungen benötigt,



um „Max&Flocke-Helferland“ zu erkunden. Weil diese Mittel in zahlreichen Haushalten und Schulen ebenfalls den Kindern zur Verfügung stehen, ist der Zugang zum Portal schnell gefunden. Aber Achtung: Das Spiel ist für die Altersgruppe sieben bis zwölf Jahre konzipiert und Sie wären nicht der erste Erwachsene, der mit der Lösung aller Aufgaben im Spiel ein Problem hätte – lassen Sie sich einfach von einem Kind helfen!

Claudia Eiselt ist Mitarbeiterin im Referat „Information der Bevölkerung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ im BBK.
Steffen Dieker ist Volontär im Referat „Information der Bevölkerung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ im BBK.

„Sollte es zu einem Notfall kommen, ist man vorbereitet“

DRK Kreisverband Rhein-Sieg e.V. bietet für Jugendliche Lehrgänge „Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten“ an

Steffen Dieker

Schürfwunden, Augenverletzungen, aufgeschlagene Knie. Es gibt wohl kaum ein Körperteil bei der Jugendfeuerwehr



Nur eine Attrappe, aber die Erstversorgung ist gekonnt.



Lohmar, das nicht in Mitleidenschaft gezogen ist. Von schmerzverzerrten Gesichtern jedoch keine Spur, im Ge-

genteil: Mit sichtlicher Freude verbinden die „Opfer“ gegenseitig ihre Wunden mit Kompressen, Verbandstüchern und Fixierbinden. Sogar eine Hand mit einem mittig darin steckenden Nagel wird fachgerecht versorgt. Das Szenario spielt sich nicht etwa an einer Unfallstelle ab, sondern in den Räumen der Freiwilligen Feuerwehr Lohmar. Hier führt der DRK Kreisverband Rhein-Sieg e.V. Lehrgänge für Jugendliche „Medizinische Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten“, kurz MESI, durch. Diese Lehrgänge werden seit 2005 neben dem DRK auch von den anderen Hilfsorganisationen durchgeführt. Dazu gehören der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) sowie der Malteser Hilfsdienst (MHD). Da das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) im Auftrag des Bundesministeriums des Innern die Kurse finanziell fördert, sind sie für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenfrei. So wurden im Jahr 2012 insgesamt 102.613 Jugendliche in Deutschland von ASB, JUH, DLRG, DRK und MHD ausgebildet.

MESI Kurse für Jugendfeuerwehren, Kirchen und Schulen

Im Rahmen der Wundversorgung lernen die Jugendlichen bspw., mit vorhandenen Verbandmitteln eine Wunde richtig zu versorgen. Vermittelt wird den 10- bis 16-jährigen das nötige Fachwissen von Breitenausbilder Clemens Gregor. Der gelernte Rettungsassistent gibt Erste Hilfe- und MESI-Kurse insbesondere an Schulen, aber auch für Jugendfeuerwehren und Kirchen. Gregor: „Seit Sommer 2010 hat der Kreisverband Rhein-Sieg e.V. insgesamt 50 bis 60 Kurse dieser Art durchgeführt. Pro Jahr schulen wir über 500 Jugendliche.“ Dass die Kurse zur „Medizinischen Erstversorgung mit Selbsthilfeeinheiten“ für Jugendliche in den vergangenen zwei Jahren verstärkt nachgefragt wurden, wissen Judith und Holger Hammer. Sie unterstützen Gregor in den MESI-Kursen. Gerade an Schulen, so Jugendreferentin Judith Hammer, die bereits über einen Sani-

tätsdienst verfügten oder die einen solchen etablieren wollten, habe sich das Angebot der Hilfsorganisationen schnell herumgesprochen. „Vor allem die Mund-zu-Mund-Propaganda sorgt für eine zunehmende Nachfrage der MESI-Kurse“, ergänzt der Leiter der Servicestelle Ehrenamt des DRK Kreisverbandes Rhein-Sieg, Holger Hammer. In den Schulen werden die MESI-Kurse als doppelstündige Unterrichtseinheiten angeboten. Ob die Ausbil-



Die Jugendlichen sind konzentriert und einsatzfreudig bei der Sache.



der den Jugendlichen die Inhalte in separaten Unterrichtseinheiten vermitteln oder im Rahmen von Projekttagen, bleibt den Schulen selbst überlassen. Die reine Unterrichtszeit beträgt insgesamt 540 Minuten.

Für den Ernstfall gewappnet sein

Die MESI-Kurse vermitteln Jugendlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten für Notsituationen, in denen sie zunächst auf sich alleine gestellt sind. Sie sollen Qualifikationen entwickeln und daraus folgend kompetentes Verhalten in entsprechenden Situationen umsetzen. Denn bis bei einem Notfall Hilfe eintritt, vergeht oft wertvolle Zeit. In solchen Fällen, in denen Minuten über Leben und Tod entscheiden können und in denen es für Vorsorgemaßnahmen zu spät ist, kann die eigene Selbsthilfefähigkeit entscheidend sein.

Auf Brände, Unfälle oder Katastrophen muss man vorbereitet sein – diese Erkenntnis zählt! Wenn bspw. die



öffentliche Wasserversorgung ausgefallen ist, lassen sich keine Trinkwasservorräte mehr anlegen. Bei einem Stromausfall etwa ist der für uns oftmals selbstverständliche Zugang zu Lebensmitteln nicht immer gewährleistet. Die Türen der meisten Supermärkte funktionieren nämlich mit elektrischen Schließmechanismen – ohne Strom kein Einlass. Nur wer sich vor solchen Ereignissen bereits mit dem Thema Selbsthilfefähigkeit auseinandergesetzt hat, wird für den Ernstfall gewappnet sein und richtig reagieren können. In den meisten Fällen ist der erforderliche Aufwand gering, um für seine Familie und sich selbst eine solide Basis für mögliche Notfälle zu schaffen. Ein einfaches Beispiel: Das Erlernen der Ersten Hilfe.

Mischung aus Theorie und Praxis

Ziel des BBK ist es, mit Hilfe der MESI-Kurse die Selbsthilfefähigkeit von Jugendlichen im Alter zwischen 10 und 16 Jahren zu stärken. Jugendliche wie Leonie Schneider. „Was ich in den MESI-Kursen gelernt habe, finde ich überaus sinnvoll. Es ist beruhigend zu wissen, dass man im Notfall Erste Hilfe leisten könnte“, sagt die Jugendfeuerwehrauchfrau. Auch der 14-jährige Jan Nießer ist vom Nutzen der „Medizinischen Erstversorgung mit Selbsthilfefähigkeiten“

für Jugendliche überzeugt: „Nach dem Kurs geht man definitiv sicherer durch den Alltag. Sollte es zu einem Notfall kommen, ist man vorbereitet.“

„Dass die Jugendlichen das erlernte Wissen in der Praxis erproben, ist fester Bestandteil der MESI Kurse“, sagt Clemens Gregor. „Das Aufstellen eines Warndreiecks zur korrekten Absicherung einer Unfallstelle zählt dabei ebenso zu den Lerninhalten wie die stabile Seitenlage oder die Helmabnahme bei einem Motorradunfall.“ Den Betreuerinnen und Betreuern ist es wichtig, dass im Rahmen der MESI-Kurse eine gesunde Balance zwischen Theorie und Praxis herrscht.

Besichtigung eines Rettungswagens zur Auflockerung

Obwohl die Besichtigung eines Rettungswagens eigentlich nicht Bestandteil der MESI-Kurse ist, nimmt das DRK diesen Punkt zur Auflockerung ins Programm mit auf. So versammeln sich die Jugendlichen an diesem Nachmittag neugierig um Daniel Otto vom Löschzug Lohmar. „Das hier ist eine HWS-Schiene – auch Stifneck genannt. Mit dieser Kunststoffmanschette wird die Halswirbelsäule (HWS) ruhig gestellt“, erklärt Otto. Der Anschaulichkeit wegen legt der hauptberufliche Rettungssanitäter den Stifneck gleich einem Teilnehmer an. Wie bewegungsunfähig der Kopf des Jugendlichen durch die HWS-Schiene auf einmal wird, demonstriert der Praxistest deutlich. „Der Stifneck ersetzt die Stützfunktion der Halswirbelsäule. Wie ihr seht, ruht der Kopf auf der Schiene, die wiederum auf den Schultern aufsitzt“, so Otto. Nach einem Verkehrs-

zung der Knochen ausgeschlossen ist. Dadurch soll verhindert werden, dass eine mögliche bestehende Verletzung durch Bewegung des betroffenen Wirbels verschlimmert wird.



Großes Interesse fand der Defibrillator.

Daniel Otto bittet die Jugendlichen in den Innenraum des Rettungswagens. Was der Rettungssanitäter hier zeigt, ist den meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem Fernsehen bekannt: Ein Defibrillator. Allerdings stellen sie schnell fest, dass die Funktionsweise des medizinischen Gerätes ganz anders ist, als sie bisher dachten. „Ein Defibrillator wird nicht etwa bei einem Herzstillstand eingesetzt, sondern bei Kammerflimmern. Weil dieses Gerät mittels Strom ein unregelmäßig schlagendes Herz wieder ins Gleichgewicht bringen soll, verwendet man Gel als Kontakt. Dadurch soll der Widerstand der Haut aufgehoben werden“, erklärt Daniel Otto.

Der Theorie folgt daraufhin die Praxis. Nicht am Defibrillator, sondern an der Rettungstrage. Es gilt eine „Verletzte“ aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den Transport im Rettungswagen richtig zu vergurten. Gar nicht so einfach, wie sich schnell herausstellt. Zum Glück ist Fachmann Daniel Otto zur Stelle und zeigt, worauf es beim Krankentransport ankommt.

Durch MESI-Kurse Ehrenamt stärken?

Die zwölfstündige Ausbildung in „Medizinischer Erstversorgung mit Selbsthilfefähigkeiten“ wird vorwiegend an



Mitglieder der Jugendfeuerwehr Lohmar im MESI-Lehrgang.

unfall wird die HWS-Schiene bereits vor der Rettung am Unfallort angelegt und solange belassen, bis eine Verlet-

Schulen durchgeführt. Als Multiplikatoren sollen die Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer ihr Wissen in die Familien hineinbringen und auf diesem Weg auch den Selbsthilfegedanken in der Bevölkerung verbreiten. „Wie weit die Jugendlichen den Selbsthilfegedanken in ihre Familie und ihren Freundeskreis tragen, können wir nicht genau beurteilen. Allerdings haben wir in Schulen festgestellt, dass die Schülerinnen und Schüler ihren Lehrerinnen und Lehrern nach den MESI-Kursen häufig kritische Fragen stellen. Die Jugendlichen wollen wissen, ‚was wäre, wenn...‘ im Hinblick auf verschiedene Notsituationen. Durch die Kurse setzen sie sich intensiv mit dem Selbsthilfegedanken auseinander“, sagt Clemens Gregor. Darüber hinaus würden die MESI-Kurse eine Chance bieten, für das Ehrenamt zu werben, so Gregor. Der Jugendnachwuchs schwinde nämlich nicht nur im DRK, sondern bei allen Hilfsorganisationen. Das sei ein riesiges Problem. Die MESI-Kurse seien daher eine gute Möglichkeit, das Problem transparent zu machen, auch wenn sich nur wenige Jugendliche nach dem Absolvieren der Kurse für ein Ehrenamt entscheiden würden. Trotzdem: „Wenn wir es durch einen MESI-Kurs schaffen, in einer Schule einen Sanitätsdienst zu etablieren, hat sich die Mühe schon gelohnt“, sagt Judith Hammer über die zwölfstündige Ausbildung.

Vorsorge für Notfälle als Schwerpunkt

Im Gegensatz zu den „klassischen“ Lehrgängen in lebensrettenden Sofortmaßnahmen und Erster Hilfe werden die medizinischen Themen ergänzt durch eine Reihe von „Selbsthilfepunkten“, wie z. B. Verhaltensregeln und Hinweise bei Ausfall von Strom, für Notfallvorrat oder Verhaltensregeln bei Hochwasser oder Unwetter. Im Rahmen der MESI-Kurse lernen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lebensbedrohliche Zustände zu erkennen. Nach dem Lehrgang sind sie dazu befähigt, entsprechende Hilfsmaßnahmen durchzuführen, um Leben retten zu können. Hierzu gehören bspw. die stabile Seitenlage, die Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW), die Versorgung von Wunden sowie die Helmabnahme bei einem bewusstlosen Motorradfahrer. Darüber hinaus werden den Jugendlichen Kenntnisse des Bevölkerungsschutzes u. a. über den Rettungsdienst und Katastrophenschutz vermittelt. Schwerpunkt ist dabei die Vorsorge für Notfälle aller Art.

Alle Lehrgangsteilnehmerinnen und -teilnehmer erhalten außerdem die vom BBK herausgegebene Broschüre „Für den Notfall vorgesorgt“. Als Ergänzung zum Lehrgang bietet die Broschüre – inklusive Checkliste – eine Übersicht der Selbsthilfemaßnahmen bei Notfällen. Die Broschüre umfasst Informationen zu Vorsorge und Eigenhilfe, Katastrophenschutz, Hochwasser, Unwetter und Selbstschutz im Haus. „Warum eignen sich Dosenprodukte besonders gut zum Mitnehmen?“ oder „Was funktioniert noch alles nicht ohne Strom?“ sind z. B. Fragen, die in den MESI-Kursen behandelt werden. Die Jugendlichen lernen

durch Theorie, aber auch durch aktives Brainstorming u. a., worauf es beim Packen von Notgepäck ankommt oder welche Dokumente im Ernstfall griffbereit sein sollten.



Auch die stabile Seitenlage gehört zur Erstversorgung.

Modul „Brandschutz“ könnte MESI-Kurse künftig ergänzen

Weitere Selbstschutzhemen sollen künftig den Lehrgang ergänzen, wie z. B. ein zusätzliches vierstündiges Modul „Brandschutz“. Ein entsprechendes Curriculum dazu gibt es seit Kurzem. Ein Pilotprojekt zur Erprobung wurde



Betreuen für das DRK die MESI-Lehrgänge im Rhein-Sieg-Kreis (v.li.): Clemens Gregor, Holger Hammer und Judith Hammer im Gespräch mit dem Autor. (Fotos: Stein / BBK)

in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Feuerwehrverband gerade in Hessen und Thüringen abgeschlossen.

Steffen Dieker ist Volontär im Referat „Information der Bevölkerung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“ im BBK.

„Messer, Schere, Feuer, Licht...“

Brandschutzerziehung von Kindern im Kindergartenalter (3-6 Jahre) bei der Berliner Feuerwehr

Peter Seidel

„Messer, Schere, Feuer, Licht sind für kleine Kinder nicht.“ Mit diesen Worten wird schon in der frühen Kindheit von vielen Erwachsenen verdeutlicht, dass das Element Feuer gefährlich ist und nichts in Kinderhänden zu suchen hat. Ob es sich um ein Streichholz oder um das lodernde Lagerfeuer zu Ostern handelt, das Element Feuer soll für Kinder ein Tabuthema sein. Ist das aber der richtige Weg, Kinder in der persönlichen Entwicklung und der Stärkung der Selbsthilfefähigkeit zu unterstützen?

Bei vielen Kindern besteht eine große Faszination am Element Feuer und zugleich an der Feuerwehr. Für viele Kinder besteht im Laufe der Kindheit mindestens einmal der Berufswunsch: „Ich werde Feuerwehrmann!“. Jedoch bringt das ausgeprägte Neugierverhalten sowie die Faszination des Feuers Kinder oftmals dazu, mit Zündmitteln zu experimentieren. Durch die Unerfahrenheit und leicht entstehende Angst verlieren Kinder oft die Kontrolle über das Geschehen, reagieren falsch und ein Brand ist entstanden.



Wesentliche Voraussetzung für die Brandschutzerziehung ist die Zusammenarbeit mit den Pädagogen.

Wenn Kindern schon früh ein sicherer und respektvoller Umgang mit Feuer vermittelt wird, ist eine Basis für die richtige Handhabung von Feuer gelegt. Das Ver-

trauen in die Kinder, das durch Aufklärung entstehen soll, kann dazu beitragen, eine Vielzahl von Bränden zu minimieren bzw. im Fall eines Brandes das Kind zu einem verantwortungsvollen, angstarmen und umsichtigen Handeln zu befähigen.

Daraus ergeben sich für die Brandschutzerziehung drei zentrale Hauptziele:

1. Reduzierung von Bränden und Unfällen
2. Beseitigung von Ängsten
3. Schaffen von Vertrauen

Um diese drei zentralen Ziele erreichen zu können, müssen die wesentlichen Themen, wie

- Aufgaben der Feuerwehr
- Erkennen von Brandgefahren
- Branderkennung
- Verhalten im Brandfall
- Absetzen eines Notrufs
- Vorstellung Schutzkleidung und Rettungsmittel

bei der Durchführung einer Brandschutzerziehung mit den Kindern zusammen besprochen und bearbeitet werden. Bei der Berliner Feuerwehr werden diese Themen als Pflichtbausteine der Brandschutzerziehung bezeichnet.

Wesentliche Voraussetzung für die Brandschutzerziehung ist die Zusammenarbeit mit den Pädagogen. Die Feuerwehren haben meist nicht die Kapazitäten, das Thema allumfassend mit den Kindern zu erarbeiten. Außerdem sind Feuerwehrleute keine pädagogisch ausgebildeten Fachleute. Vielmehr sind wir speziell ausgebildete und vor allem authentische Experten, die das von den Erziehern vermittelte Wissen vertiefen und fachlich fundierte praktische Anleitungen geben können.

Vor dem Beginn einer Brandschutzerziehung in einer Kindertagesstätte / Kindergarten ist es unumgänglich, mit den Pädagogen ein Informations- bzw. Beratungsgespräch zu führen. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen wird bei diesem Gespräch besprochen, wie der Pädagoge den Besuch der Feuerwehr vorbereiten kann. Weiterhin wird entsprechendes Informationsmaterial überreicht. Gleich-

zeitig werden auch den Brandschutzerziehern Hinweise auf die zu erwartende Gruppe (Art der Einrichtung, Vorbildung, Anzahl, Alter, ggf. gesundheitliche / soziale / kulturelle Besonderheiten usw.) gegeben. So sind die Pädagogen sowohl auf den Besuch des Experten der Feuerwehr in der Einrichtung als auch auf den abschließenden Besuch der Kindergruppe in der Feuerwache vorbereitet. Dieses Gespräch findet im Idealfall in der Feuerwache statt. Die Brandschutzerziehung von Kindern bei der Berliner Feuerwehr hat konzeptionell drei Teile:

1. Informations-, bzw. Beratungsgespräch mit dem Pädagogen in den Räumen der Feuerwache
2. Besuch des Brandschutzerziehers(in) der Feuerwache in der Institution
3. Besuch der Kindergruppe in der Feuerwache

Ein reiner Besuch der Kinder einer Feuerwache ist in Hinblick auf die Erreichung der Hauptziele nicht zielführend. Viel Überzeugungsarbeit ist oft bei den Erzieherinnen und Erziehern erforderlich, dass der Besuch bei der Feuerwehr mehr ist als ein gewöhnlicher Kita-Ausflug und dem sicherheitspädagogischen Anspruch der Feuerwehr gerecht werden sollte.

Nebenstehende Tabelle zeigt den Ablauf, der für die Brandschutzerziehung bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren vorgesehen ist (kursiv dargestellte Themen sind sogenannte Wahlbausteine, die hinzugefügt werden können, wenn es der Pädagoge, die Zeit und die Gruppe zulassen).

Ein weiterer Vorteil bei der Unterrichtung der Kinder ist es, dass indirekt auch die Eltern erreicht werden. Durch die Verteilung von entsprechendem Informationsmaterial über Brandgefahren, Branderkennung (Rauchmelder) und Verhalten im Brandfall (verbunden mit der „Hausaufgabe“ diese mit ihren Eltern zu lesen), werden sicherheitsrelevante Informationen über die Kinder an die Eltern weitertransportiert.

Auf die Brandschutzerziehung von Kindern im Kindergartenalter folgt in der Regel ein darauf aufbauendes Konzept von Kindern im Schulalter (3. bis 4. Klasse).

Die Ziele, der Ablauf und die Pflichtbausteine sind identisch, jedoch wird das Niveau des Unterrichtes dem Alter der Kinder entsprechend angepasst. Ebenfalls können verschiedene Wahlbausteine individuell hinzugefügt werden.

Durch dieses einheitliche Konzept zur Brandschutzerziehung der Berliner Feuerwehr und mit speziell ausgebildeten Feuerwehrleuten, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Pädagogen der Einrichtung, werden Kindern und Jugendlichen in der Entwicklung ihrer Selbsthilfefähigkeiten unterstützt.

Weitere Informationen: Publikationen der Berliner Feuerwehr (<http://www.berliner-feuerwehr.de/2700.html>), selbstgestaltetes Handout für Pädagogen, Kinderbuch über Rauchmelder „Philipp und sein Rauchengel“, Bastelbogen Rettungswagen / Löschfahrzeug, Comic-Aufkleber „Verhalten im Brandfall“



In der Feuerwache: Informations-, bzw. Beratungsgespräch des Pädagogen	ca. 1 Stunde
In der Institution: <ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung des / der Brandschutzerzieher • Vorwissen über die Feuerwehr • <i>Allgemeine Informationen über die Feuerwehr / speziell Berliner Feuerwehr (Anzahl der FW, Einsatzzahlen, BF / FF / JF u. ä.)</i> • Aufgaben der Feuerwehr • Brandgefahren • Branderkennung, Rauchmelder • Verhalten im Brandfall • Notrufnummer • Hausaufgaben 	ca. ½ bis 1 Stunde
Kleine Pause	ca. ½ Stunde
<ul style="list-style-type: none"> • Vorstellung und Anlegen der Schutzkleidung • Anlegen des Atemschutzgerätes mit Maske • Anlegen der Fluchthauben / Respihood • <i>Feuerwehrrfahrzeuge</i> • Zusammenfassung des Erarbeiteten 	ca. ½ bis 1 Stunde
An einem der darauffolgenden Tage	
Besuch einer Feuerwache: <ul style="list-style-type: none"> • Verhalten in der Feuerwache • Abfragen der „Hausaufgaben“ • kurze Wiederholungen der Pflichtbausteine • Vorstellung der Fahrzeuge und Geräte • <i>Praktische „Übungen“</i> • ggf. Drehleiter oder andere Besonderheiten der FW • <i>Urkundenvergabe</i> 	ca. 1½ bis 2 Stunden

BA Dipl.-Ing.(FH) Peter Seidel ist Stellvertretender Wachleiter und Wachabteilungsleiter bei der Berliner Feuerwehr, Feuerwache Tiergarten.

Personalplanung in operativ-taktischen Stäben

Andreas Karsten

1. Zusammenfassung

Der operativ-taktische Stab ist neben dem Verwaltungsstab das höchste Führungsgremium in einem Stadt- bzw. Landkreis. Ihm sind in der Regel mehrere Technische Einsatzleitungen unterstellt. Eine wesentliche Aufgabe von operativ-taktischen Stäben ist entsprechend der FwDV/DV 100 die Ordnung der Kräfte. Dabei haben die Personalverantwortlichen zu beachten, dass ihnen neben den Einheiten in ihren eigenen Bereitstellungsräumen eventuell noch die Einheiten des Grundschutzes unterstehen. Nur auf diese Einheiten haben sie entsprechend der Auftragstaktik direkten Zugriff, da die eingesetzten Einheiten und die Einsatzkräfte in den Bereitstellungsräumen der TEL in diesen Führungsebenen unterstehen. Die Führung der Einsatzkräfte der operativ-taktischen Ebene wird von mehreren Stabsfunktionen unterstützt:

S1: Einheiten, die für die Ablösung aller zurzeit eingesetzten Einheiten notwendig sind,

S3: Einheiten, die für die derzeitige Einsatzplanung (das heißt für unmittelbar bevorstehende Einsatzaufgaben) benötigt werden,

S4: Einheiten für den Eigenschutz,

Einsatzleitung: Einheiten, die für den Grundschutz und als Führungsreserve benötigt werden

Der S1 muss nach Anforderungen durch die einzelnen Stabsfunktionen diese Einsatzkräfte zur Verfügung stellen. Ein Führungsfehler wäre es, wenn ein Sachgebiet ohne Absprache bzw. ohne Weisung der Einsatzleitung Einheiten, die einem anderen Sachgebiet unterstehen, Aufträge erteilt. Un-

terstellt die Einsatzleitung Einheiten eines Sachgebietes einem anderen, so ist dies ersterem unverzüglich mitzuteilen, damit dieses neu planen kann.

Welche Einheiten nach Fähigkeiten und Anzahl notwendig sind, ergibt sich aus der Gesamteinsatzplanung des Stabes. Die Personalsituation kann als Gesamtes mittels eines Kiviat-Diagrammes (Spinnennetzdiagrammes) anschaulich visualisiert werden (Abb. 1). Dabei hat jeder Funktionsträger seine Personalsituation zu beurteilen und zu skalieren:

- Bewertung 5: alle benötigten Einheiten, auch die für die absehbare Zeit vorgeplanten, befinden sich einsatz-

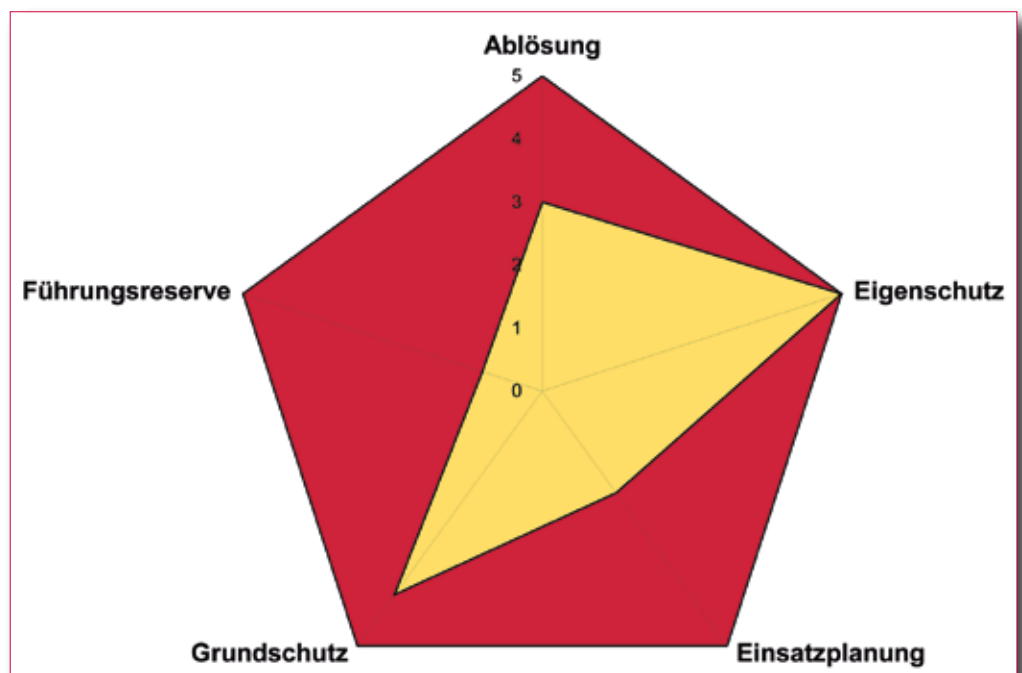


Abb. 1: Gesamteinsatzplanung des Stabes.

bereit vor Ort (personell und entsprechend der benötigten Fähigkeiten).

- Bewertung 4: alle Einheiten, die derzeit vor Ort benötigt werden, befinden sich auch vor Ort und die zukünftig eingeplanten werden rechtzeitig einsatzbereit an der Einsatzstelle erwartet.
- Bewertung 3: alle Einheiten, die derzeit vor Ort benötigt werden, befinden sich vor Ort und die zukünftig

eingepplant sind angefordert, werden aber nicht rechtzeitig einsatzbereit an der Einsatzstelle erwartet.

- Bewertung 2: alle Einheiten, die derzeit vor Ort benötigt werden, befinden sich vor Ort und die zukünftig eingepplant sind noch nicht angefordert.
- Bewertung 1: an der Einsatzstelle stehen für die derzeitigen Aufgaben nicht genügend Einsatzkräfte zur Verfügung, sind aber angefordert.
- Bewertung 0: an der Einsatzstelle stehen für die derzeitigen Aufgaben nicht genügend Einsatzkräfte zur Verfügung, sind noch nicht angefordert oder deren Zuteilung wurde von der vorgesetzten Führungsebene abgelehnt.

2. Gesamteinsatzplanung

Für die Gesamteinsatzplanung ist das Sachgebiet S3 verantwortlich, das dafür auf die Unterstützung weiterer Stabsfunktionen angewiesen ist. Die Gesamteinsatzplanung hat am Anfang eines Einsatzes und bei wesentlichen Lageveränderungen zu erfolgen. Wesentlich ist, die Zuständigkeit des operativ-taktischen Stabes zu beachten; das heißt, nicht ins Mikromanagement zu verfallen, sondern stets das „Große Bild“ im Auge zu behalten. Am Beginn stehen die Auswertung des Auftrages und die Analyse der Lageinformationen. Das Sachgebiet S3 hat erste grobe Einsatzoptionen zu erarbeiten, die später durch einen Lagevortrag zur Entscheidung der Einsatzleitung vorgestellt werden. Diese entscheidet dann, welche Einsatzoption umgesetzt wird. Der S3 hat dabei nur solche Einsatzoptionen vorzustellen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit erfolgreich umgesetzt werden können. Dabei sind neben der Verfügbarkeit der erforderlichen Ressourcen die einsatztaktischen Fähigkeiten der benötigten Einsatzkräfte und die Finanzierbarkeit ihres Einsatzes zu berücksichtigen. Die Frage der Ressourcen müssen die Sachgebiete S1 (Personal) und S4 (Logistik) beantworten, die einsatztaktischen Fähigkeiten sind durch die entsprechenden Fachberater zu beurteilen. Welches Budget dem Stab ohne separate Zustimmung durch die politisch Gesamtverantwortlichen zur Verfügung steht, sollte in der Stabsdienstordnung festgelegt sein.

Damit die Einsatzleitung eine fundierte Entscheidung treffen kann, hat der S3 die Vor- und Nachteile der einzelnen Optionen aufzuzeigen. Nachdem die Einsatzleitung sich für eine Einsatzoption entschieden hat, müssen die einzelnen Sachgebiete in die Detailplanung einsteigen und danach diese umsetzen.

3. Detailplanung S1

3.1 Reserven zur Ablösung der Einsatzkräfte

Grundlage der Planung für die Ablösung der Einsatzkräfte ist die planerische Einsatzdauer, die die Einsatzleitung festzulegen hat. Dabei sollte planerisch die tägliche Maximalarbeitszeit entsprechend der europäischen Arbeitsschutzverordnung nicht überschritten werden. Können nicht ausreichend viele Reserveeinheiten nach Personalstärke und Fähigkeiten nachgeführt werden, ist die Einsatzdauer zu verlängern. Dies ist den unterstellten Führungsebenen unbedingt und sofort mitzuteilen, damit sie entsprechende Ruhepause einplanen können. In der Regel ist es besser, mit verringerter Arbeitsleistung kontinuierlich weiterzuarbeiten, als die Hilfeleistung einstellen zu müssen, weil alle Einsatzkräfte erschöpft sind. Die Entscheidung zur Reduzierung der Hilfeleistung ist bei der Menschenrettung schwierig, aber notwendig. Auch hier brauchen die Führungskräfte Weitblick und dürfen sich nicht von der Dramatik des Augenblickes gefangen nehmen lassen.

Neben den Einsatzkräften vor Ort müssen auch die Angehörigen der Führungsebenen (Stab, TEL) abgelöst werden. Auch hier gilt es, eine planerische maximale Arbeitszeit festzulegen. Ob in der zwölften Stunde Stabsarbeit bei einer hochdynamischen und komplexen Lage, in der viele Informationen zu verarbeiten und Entscheidungen zu treffen sind, die Leistungsfähigkeit der Stabsmitglieder für sachgerechtes Agieren noch vorhanden ist, kann zumindest bezweifelt werden.

3.2 Nachforderungsplanung

Bei der konkreten Nachforderungsplanung muss der S1 mehrere Zeitintervalle berücksichtigen (Abb. 2):

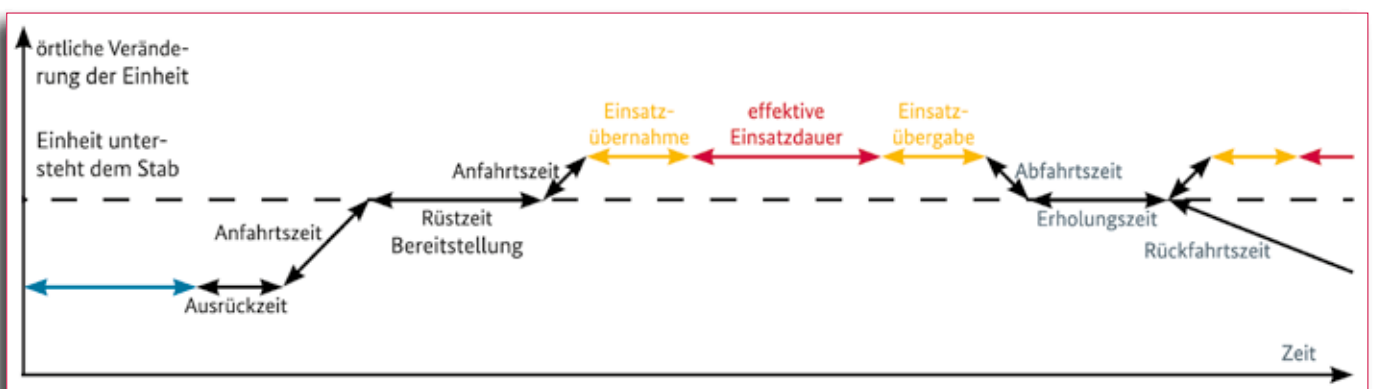


Abb. 2: Zeitintervalle der Nachforderungsplanung.

- Zeit zwischen der Anforderung der Einheiten und deren Alarmierung
- Zeit zwischen Alarmierung und Ausrücken
- Zeit zwischen Ausrücken und Eintreffen im Schadensgebiet
- Zeit zwischen Eintreffen im Schadensgebiet und der Einsatzbereitschaft
- Zeit zum Anfahren der Einsatzstelle
- Zeit für die Einsatzübernahme
- Zeit für die Hilfeleistung
- Zeit für die Einsatzübergabe
- Zeit bis zum Erreichen des Erholungsraumes bzw. des Standortes

Bei großen Einsatzlagen (vgl. Elbehochwasser 2002) muss auf Einheiten anderer Bundesländer zurückgegriffen werden. Im Worst Case befinden sich die angeforderten Einheiten noch an ihren Standorten. Um sie zu alarmieren, muss eine Anforderung des operativ-taktischen Stabes in manchen Bundesländern über die Mittelbehörde an das Landesinnenministerium erfolgen. Letzteres bittet über das GMLZ des BBK oder direkt bei einem anderen Landesinnenministerium um die entsprechenden Einheiten. Dieses muss nun wieder teilweise über die Mittelbehörden die Kreisleitstellen beauftragen, die Einheiten zu alarmieren.



Personalplanung im Stab.

Bevor die Einheiten ausrücken, müssen sie sich – anders als bei der täglichen Gefahrenabwehr – auf einen mehrtägigen Einsatz vorbereiten. Die Einheiten müssen die ersten Tage autonom im Schadensgebiet überleben können, damit sie nicht gleich die örtlichen Einsatzkräfte mit zusätzlicher Arbeit belasten. Aufgrund der Vorbereitung wird die Ausrückzeit deutlich über der üblichen liegen.

Die Anfahrtszeiten sollten in Deutschland nur selten eine Übernachtung unterwegs notwendig machen. Aber es ist zu beachten, die die Einheiten oft erschöpft im Schadensgebiet eintreffen und deshalb erst einmal dem Bereitstellungsraum zuzuführen sind. Dort können sie sich erholen, Ressourcen (z. B. Kraftstoff) aufnehmen und in die allgemeine Lage eingewiesen werden. Sobald sie einsatzbereit sind, können sie ihre Einsatzaufgabe übernehmen, dazu müssen sie vom Be-

reitstellungsraum zum Einsatzstelle fahren und den Einsatz dort von der abzulösenden Einheit übernehmen. Nach der Übernahme beginnt die effektive Hilfeleistung, bis die nächste Ablösung eintrifft. Nun muss der Einsatz wieder übergeben werden. Danach wird die Einheit einem Erholungsraum zugewiesen, wo Ressourcen aufgefüllt werden und die Mannschaften sich erholen können. Erst mit dem Beginn der Erholungsphase, das heißt nach dem Wiederaufrüsten der Fahrzeuge und Geräte, endet die Einsatzzeit.

Wird eine Einheit nach Hause entlassen, so hat der S1 darauf zu achten, dass die Einheit – vor allem die Fahrer – ausgeruht sind. Dies ist nicht nur der Fürsorgepflicht, sondern auch der Sicherheit Dritter geschuldet.

Um die Einsatzkräfte nicht zu lange in Bereitstellungsräumen verharren zu lassen, sollte eine Nachforderung immer angeben, zu welchem Zeitpunkt die Einheiten einsatzbereit das Einsatzgebiet erreichen sollen. Kommen sie zu früh, müssen sie nicht nur im Einsatzgebiet unnötigerweise versorgt werden, sondern es kann auch passieren, dass die Untätigkeit zur Demotivation führt. Im Idealfall erreichen die nachgeforderten Einsatzkräfte genau zu dem Zeitpunkt einsatzbereit und ausgeruht das Einsatzgebiet, wenn sie auch eingesetzt werden sollen. Da aber jede Planung fehlerhaft ist, müssen die Einheiten in Bereitstellungsräumen „zwischengespeichert“ werden. Die Aufenthaltsdauer im Bereitstellungsraum sollte dabei auf das Notwendigste beschränkt werden.

4. Detailplanung S4

Die Einheiten des Eigenschutzes werden eingesetzt, wenn Einsatzkräfte in Gefahr geraten oder verunglücken. Deshalb müssen sie so zusammengestellt werden, dass sie auch in einem Ernstfall geeignet sind, den Einsatzkräften Hilfe leisten zu können. Sanitäts- bzw. Rettungsdienstkräfte gehören bei jedem Einsatz dazu; aber auch Bergungseinheiten oder ABC-Dekontaminationseinheiten können je nach der Lage notwendig sein. Außerdem müssen diese Einheiten bei einem Notfall so schnell wie möglich einsetzbar sein. Das heißt, sie sind so dicht wie möglich bei den Einsatzkräften, aber außerhalb der Gefahrenbereiche vorzuhalten. Deshalb sind die Einheiten des Eigenschutzes möglichst den unterstellten Führungsebenen (z. B. den TEL) zu unterstellen. Nur wenn nicht genügend Einheiten zur Verfügung stehen, um sie entsprechend der Notwendigkeiten aller unterstellten Führungsebenen einzeln zur Verfügung zu stellen, muss der Stab sie konzentriert sich selber unterstellen.

5. Detailplanung S3

Bei der Erstellung eines neuen Einsatzplanes muss der S3 abschätzen, welche Einheiten wann, wo und mit welchen Fähigkeiten zur Verfügung stehen müssen. Bei der Bewertung, ob die bisher eingesetzten Einsatzkräfte ausreichen, sind

deren derzeitige taktische Fähigkeiten zu berücksichtigen. Das bedeutet, der S3 muss abschätzen, in welcher physischen und psychischen Verfassung sich die Einsatzkräfte befinden und inwieweit Einsatzmittel aufgebraucht sind. Sollte der taktische Einsatzwert dieser Einheiten für die neuen Aufgaben nicht ausreichen, müssen dem S3 neue Einheiten unterstellt werden.

6. Detailplanung Einsatzleitung

6.1 Grundschatz

Die Qualität des Grundschatzes in den Bereichen Brandschutz, Technische Rettung und Rettungsdienst sind je nach Bundesland gesetzlich oder in Bedarfsplänen durch die Legislative festgeschrieben. Eine längerfristige Unterschreitung dieser Mindeststandards zum Beispiel bei langandauernden Katastrophen bedarf einer besonderen Entscheidung. Diese sollte der Einsatzleitung bzw. politisch Gesamtverantwortlichen vorbehalten sein. Dabei ist nicht nur die Anzahl an Einsatzkräften und -mittel, sondern auch deren Belastungen durch einen evtl. vorherigen Einsatz in der Katastrophenlage zu berücksichtigen. Ob eine freiwillige Feuerwehr nach zehn Stunden Einsatz in der Katastrophe den Grundbrandschutz übernehmen kann, ist zumindest anzuzweifeln. Hier liegt eine wesentliche Fürsorgepflicht der Vorgesetzten vor.

Beim Grundschatz muss die Bewertung für das Kiviat-Diagramm gegenüber dem Vorschlag in der Zusammenfassung angepasst werden:

- Bewertung 5: die Mindeststandards können eingehalten werden
- Bewertung 4: die Mindeststandards können zu 50% eingehalten werden und Einheiten, die das Defizit ausgleichen, stehen innerhalb von zwei Stunden zur Verfügung
- Bewertung 3: die Mindeststandards können zu weniger als 50% eingehalten werden, Einheiten, die das Defizit ausgleichen, stehen innerhalb von zwei Stunden zur Verfügung
- Bewertung 2: die Mindeststandards können zu weniger als 50% eingehalten werden, Einheiten, die das Defizit ausgleichen, stehen nicht innerhalb von zwei Stunden zur Verfügung
- Bewertung 1: die Mindeststandards können nicht eingehalten werden, es stehen in einer absehbaren Zeit nur sehr wenige Einheiten zur Verfügung
- Bewertung 0: für den Grundschatz stehen keine Einheiten zur Verfügung

6.2 Führungsreserve

Nur in besonderen Einsatzlagen wird sich die Einsatzleitung den „Luxus“ leisten, sich eine Führungsreserve vorzuhalten. Die Führungsreserve steht der Einsatzleitung für wei-

tere nicht vorhergesehene neue Einsatzaufträge zur Verfügung. Die Reserven des S3 dagegen stehen für bereits beabsichtigte neue Einsatzaufgaben bereit. Dieses taktische Mittel, das im militärischen Bereich üblich ist (vgl. Kaiserliche Garde Napoleons), kann aber bei Terrorlagen mit Mehr-



Aufgabe: zur richtigen Zeit am richtigen Ort.
(Fotos: BBK)

schlagtaktik (siehe die Anschläge auf den Londoner oder Madrider Personennahverkehr) entscheidend für einen Einsatzerfolg sein. Das Risiko bei der Vorhaltung von Einheiten der Führungsreserve besteht natürlich immer darin, dass keine unvorhergesehenen neuen Einsatzaufgaben zu bewältigen sind und dass Kräfte daher nicht eingesetzt werden, obwohl die eingesetzten Einsatzkräfte für die derzeitigen Aufgaben Unterstützung benötigen (siehe z. B. die Kaiserliche Garde Napoleons bei der Schlacht von Austerlitz).

7. Fazit

Die Personalplanung in einem operativ-taktischen Stab ist von mehreren Stabsfunktionen durchzuführen. Dabei ist entsprechend den Aufgaben und der Verfügbarkeit bzw. der Nachforderungszeitdauer von benötigten Einheiten langfristig zu planen. Gegenseitige Abhängigkeiten der einzelnen Planungsvorgänge untereinander und zur Gesamteinsatzplanung führen dazu, dass die Stabsfunktionen miteinander intensiv zusammenarbeiten müssen. Nur so ist ein Einsatzerfolg sicherzustellen.

Andreas Karsten ist Leiter des Fachbereiches „operative Führung und Leitung“ an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



Neue Methoden und Werkzeuge für multiple Risiken

Roger Mrzyglocki und Arnaud Mignan

Seit einigen Jahren sind sogenannte multiple Risiken verstärkt in den wissenschaftlichen Fokus gerückt. Der Begriff Multi-Risiko kann unterschiedliche Konzepte beinhalten: Einerseits kann sich Multi-Risiko auf Naturgefahren oder andere Ereignisse beziehen, die sich parallel ereignen ohne sich gegenseitig zu bedingen. Beispielsweise können ein Erdbeben und eine davon völlig unabhängige Überschwemmung gleichzeitig auftreten und in Kombination viel höhere Schäden hervorrufen als zwei zeitlich getrennte Ereignisse. Andererseits kann ein Ereignis eine Serie von weiteren negativen Ereignissen auslösen, die sowohl zeitlich als auch räumlich verknüpft sind. In diesem Falle spricht man von einer Verkettung der Naturgefahren oder auch von kaskadierenden Effekten und Ereignissen. Eines der markantesten Beispiele der jüngsten Vergangenheit ist das schwere Erdbeben, das sich im März 2011 vor der Küste Japans ereignete und einen Tsunami auslöste, der weite Teile der Ostküste zerstörte und die nukleare Krise des Atomkraftwerks in Fukushima zur Folge hatte. Aber auch das Hochwasser in Pakistan im Jahre 2010 führte zu Ernteausfällen im Punjab, die wiederum eine schwere Nahrungsmittelkrise zur Folge hatte. Multi-Risiko ist nicht auf bestimmte Regionen begrenzt. Die Überschwemmung des Atomkraftwerks Blayais während des Wintersturmes Lothar in der Region Aquitanien in Frankreich zeigen, dass auch Europa immer wieder von Multi-Risiko-Ereignissen betroffen werden kann. Der Begriff des Multi-Risikos beschränkt sich allerdings nicht nur auf Naturgefahren als Auslöser, sondern beinhaltet auch anthropogene Auslöser wie z. B. einen Industrieunfall mit negativen Effekten auf die Umwelt, die wiederum gesundheitliche Gefährdungen für die Bevölkerung nach sich ziehen können (EC 2010 1626 final, S. 23).

Einen ersten und wichtigen Schritt für einen adäquaten Umgang mit kaskadierenden Multi-Risiken stellt deren Abschätzung dar. Projekte, die sich dem Thema der Abschätzung von Multi-Risiko widmen, haben nicht notwendigerweise kaskadierende Ereignisse berücksichtigt.

So wurden z. B. während des Projektes „Cities“ in Australien (Granger, 1999) eine Reihe von urbanen Räumen auf ihr Risiko gegenüber einer Vielzahl von Naturgefahren untersucht. Abhängig vom Ort wurden Erdbeben, Überschwemmungen, Tsunamis und Stürme analysiert. Allerdings wurden sowohl die Verkettung dieser Ereignisse als auch die Tatsache, dass durch ein Ereignis die Vulnerabilität des betroffenen Gebietes gegenüber einem weiteren Ereignis steigt, nicht berücksichtigt. Ähnliches gilt für das Projekt „Deutsches Forschungsnetz Natur Katastrophen“ (DFNK) bei dem Gefahren getrennt voneinander betrachtet und mögliche Interaktionen zwischen den unterschiedlichen Gefahrentypen nicht untersucht wurden (Grünthal et al., 2006).

Der Multi-Risiko Ansatz, bei dem kaskadierende Ereignisse und Effekte berücksichtigt werden, bietet das Potenzial einer genaueren Abschätzung des Risikos, da mögliche Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Naturgefahren und anthropogenen Strukturen berücksichtigt werden. Ein Ziel von MATRIX ist es, dieses Potenzial zu erforschen. Die Entwicklung von Methoden zur Abschätzung von Multi-Risiken ist ein relativ neues Feld, das bis auf kaskadierende und gleichzeitig auftretende Ereignisse auch Aspekte einer sich mit der Zeit verändernden Vulnerabilität berücksichtigt.

MATRIX

MATRIX steht für „New Multi-Hazard and Multi-Risk Assessment Methods for Europe“ und ist ein Verbundforschungsprojekt, das vom Deutschen GeoForschungsZentrum Potsdam koordiniert wird. Finanziert wird MATRIX innerhalb des 7. Rahmenprogramms (FP7) mit einem Gesamtbudget von 4,3 Mio. €. Die Europäische Kommission beteiligt sich an dem Projekt mit 3,3 Mio. €.

Das Projekt startete im Oktober 2010 mit einer Laufzeit von drei Jahren. Es handelt sich um ein Forschungs-

vorhaben, das sich mit multiplen Naturgefahren auseinandersetzt. Dabei werden sowohl Ereignisse berücksichtigt, die zeitnah nebeneinander auftreten, als auch Ereignisse, die von anderen Naturgefahren ausgelöst werden. Wechselwirkungen werden im Rahmen von MATRIX nicht nur für Naturgefahren untersucht, sondern auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Umwelt. Z. B. kann die Vulnerabilität einer Region nach einem Ereignis bereits deutlich erhöht sein und dementsprechend auch das Risiko gegenüber einem zeitnahen Folgeereignis. Ebenso kann eine Verkettung von Ereignissen zu unerwarteten Szenarien und Schäden führen, die durch ein einzelnes Ereignis nicht hervorgerufen werden könnten.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich MATRIX von anderen Projekten, die sich mit Multi-Risiken beschäftigen. Im Rahmen des Projektes werden explizit räumliche und zeitliche Interaktionen und die dazugehörigen Vulnerabilitäten und Risiken erforscht. Darüber hinaus legt das Forschungsteam großen Wert darauf, Unsicherheiten bei der Berechnung von Gefahren und Risiken zu quantifizieren und Möglichkeiten zu eruieren Unsicherheiten im Bereich des Multi-Risikos adäquat einzubeziehen.

Das Hauptziel von MATRIX ist es, Methoden und Werkzeuge für die Quantifizierung von Gefahren und Risiken zu entwickeln, die es erlauben, multiple Naturgefahren in einem abgestimmten Ansatz zu analysieren und abzuschätzen sowie unterschiedliche Gefahren vergleichbar zu machen. Zu den weiteren Schwerpunkten von MATRIX gehören aber auch:

- Kaskadierende Gefahren und zeitabhängige Vulnerabilität
- Die Entwicklung einer Informationstechnologie für Multi-Risiko Fallstudien
- Möglichkeiten zur Bestimmung von direkten und indirekten Schäden
- Die Verbreitung der Ergebnisse und die Interaktion mit Nationalen Plattformen für Katastrophenvorsorge

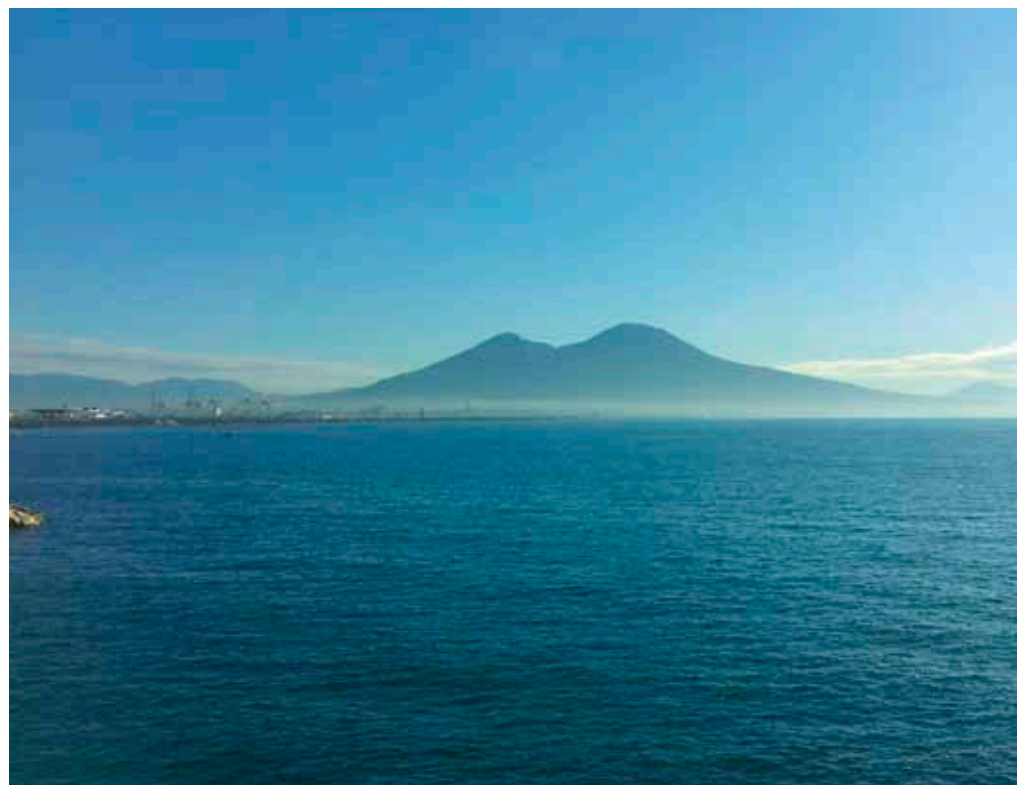
MATRIX befasst sich mit Naturgefahren, die für Europa von Bedeutung sind. Dazu gehören Erdbeben, Vulkanausbrüche, Tsunamis, Waldbrände, Hangrutschungen, Stürme

und Überschwemmungen. Technologische Katastrophen in Folge von Naturgefahren stehen nicht im Fokus des Forschungsvorhabens.

Das MATRIX-Konsortium (<http://matrix.gpi.kit.edu/Consortium.php>) besteht aus renommierten internationalen wissenschaftlichen Einrichtungen und dem Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV), das als die Schnittstelle zwischen MATRIX und den Nationalen Plattformen / dem Zivilschutz fungiert.

Köln, Neapel und Guadeloupe – die Fallstudien in MATRIX

Innerhalb von MATRIX wird das Thema Multi-Risiko auch anhand von konkreten Fallstudien erforscht. Insgesamt wurden drei Fallstudien mit unterschiedlichen Szenarien untersucht. Diese beinhalten unterschiedliche Naturgefahren und Kombinationen von Ereignissen. Die Fallstudie Köln beschäftigt sich mit Erdbeben, Überschwemmungen und Winterstürmen. Im Fokus der Untersuchung stehen das Überschwemmungsrisiko und die Auswirkungen auf die Stadt und die Umgebung für den Fall,



Der Vesuv – Wahrzeichen und potenzieller Auslöser von kaskadierenden Effekten.
(Foto: Roger Mrzyglocki, DKKV)

dass durch ein Erdbeben der Hochwasserschutz durch Beschädigung im Deichsystem beeinträchtigt ist. Die Fallstudie Guadeloupe deckt Vulkanausbrüche, Erdbeben, Tropische Wirbelstürme, Überschwemmungen, Hangrutschungen, Tsunamis und ihre Auswirkungen auf die



Straßenansicht in Köln aufgenommen mit einem omnidirektionalen Kamerasystem. Solche Aufnahmen ermöglichen zusammen mit Produkten der Fernerkundung und Expertenwissen eine schnelle Abschätzung der Vulnerabilität des Gebäudebestandes. (Aufnahme: Marc Wieland, GFZ)

Funktionalität unterschiedlicher kritischer Infrastruktur ab. In Neapel werden die kombinierten Auswirkungen durch Vulkanausbruch und Erdbeben untersucht.

MATRIX-CITY und Entscheidungsunterstützungssystem

MATRIX-City stellt das allgemeine MATRIX IT System dar. Es handelt sich dabei um eine Simulationsplattform zur Quantifizierung von Interaktionen auf der Ebene der Naturgefahren, der Exposition, der Vulnerabilität und des Risikos. Hierbei ist die Verfügbarkeit von Daten ein wichtiger Faktor, daher beinhaltet MATRIX-City eine Datenbank allgemeiner Daten und Definitionen, die auf dem Konzept des Virtual City / Virtual Region basiert. Basierend auf diesem Konzept können allgemeine Regeln für multiple Gefahren und Risiken aufgestellt werden, die sich auf reale Fälle anwenden lassen. Dieses betrifft z. B. mögliche Auswirkungen multipler Gefahren und Risiken. MATRIX-CITY basiert auf neuester Software-Technologie und beinhaltet eine flexible Architektur, die eine spätere Integration von neuen Gefahren und Modellen ermöglicht (Mignan, 2012).

Um Expertenwissen in Entscheidungsprozesse einbinden zu können entwickelt MATRIX ein Entscheidungsunterstützungssystem. Das System unterstützt die Entwicklung von Szenarien und wird für die Erstellung einer Risikomatrix benutzt. Im Rahmen eines partizipativen Prozesses, an dem Entscheidungsträger verschiedener fachlicher und administrativer Bereiche teilnehmen, kann die Gewichtung der Bedeutung einzelner Schadenskategorien (z. B. Mensch, Wirtschaft, Umwelt, Infrastruktur) transparent festgelegt werden und ein Risikoranking als Konsensergebnis gewonnen werden.

Interaktionen mit Nationalen Plattformen für Katastrophenvorsorge

Um das Bewusstsein für das Thema Multi-Risiko auf europäischer Ebene unter den Vertretern des Zivilschutzes und der Nationalen Plattformen für Katastrophenvorsorge zu wecken und zu erfahren, welche Bedürfnisse und Erwartungen an die Risikoforschung gestellt werden, wurden ausgewählte Nationale Plattformen zu Beginn des Projekts als sogenannte Kooperationspartner in das Projekt involviert. Nationale Plattformen für Katastrophenvorsorge und Organisationen des Zivilschutzes aus Österreich, der Tschechischen Republik, Kroatien, Frankreich, Deutschland – vertreten durch das BBK –, Italien, Norwegen, Polen, Schweden, England und UN-ISDR Europa beteiligen sich aktiv an dem Prozess und arbeiten auf freiwilliger Basis. Die Sichtweisen und Rückmeldungen der Kooperationspartner fließen nicht nur in die Entwicklung der MATRIX IT Systeme ein, sie sind auch für die Weiterentwicklung von MATRIX und der zukünftigen Forschung von hohem Stellenwert und gleichzeitig ein wichtiger Beitrag im Sinne einer angewandten Methodik.

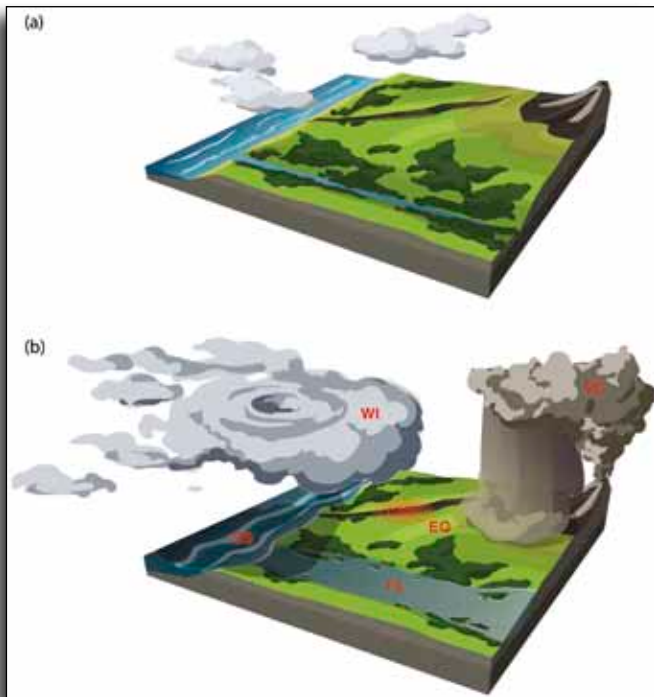
MATRIX-Stakeholder Workshop 2012

Am 5./6. Juli 2012 fand in Bonn beim Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) ein gemeinsamer „MATRIX – Stakeholder Workshop“ zusammen mit Vertretern der Nationalen Plattformen und UN-ISDR statt. Zuvor wurde ein umfangreicher Fragebogen an die Partner versendet, um den aktuellen Stand im Bereich der Gefahren- und Risikoabschätzungen in Europa zu erhalten. Mit dem Fragebogen konnten auch Informationen über die Anforderungen an Multi-Risiko Methoden und Werkzeuge ge-

sammelt werden und die Integrationsfähigkeit von MATRIX-Methoden eingeschätzt werden. Die Ergebnisse der Umfrage vermittelten ebenfalls einen ersten Eindruck über das allgemeine Verständnis zum Begriff Multi-Risiko.

Zielsetzung des Workshops war es, einen Überblick über unterschiedliche Ansätze und notwendige Komponenten im Multi-Risiko Kontext zu erhalten und die Anforderungen seitens der Nutzer zur Informationstechnologie zu klären.

Die Teilnehmer, u. a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), kamen zum Schluss, dass sich die Anwendungsgebiete von Gefahrenabschätz-



Künstlerische Darstellung der Virtual Region wo Erdbeben (EQ), Vulkanausbrüche (VE), Überschwemmungen (FL), Stürme (WI) und Absenkungen (SS) gleichzeitig auftreten können (durch Zufall oder durch Interaktionsprozesses, z. B., EQ/EQ oder WI/SS Kopplung). Virtual city (nicht dargestellt) kann überall innerhalb der Virtuellen Region platziert werden.
(Quelle: Mignan, 2012)

zungen und Risikoabschätzungen deutlich unterscheiden. Während Gefahrenkarten z. B. im Rahmen der Planung und Vorsorge genutzt werden könnten, würde der Mehrwert der Risikokarten hauptsächlich im Bereich der Bewusstseins-schaffung liegen, wobei allerdings allgemeine Standards zur Risikoabschätzung fehlen. Kaskadierende Phänomene wären ein wichtiges Themenfeld, so das Fazit des Workshops, das einfacher im Rahmen von Szenarien als im Rahmen von Wahrscheinlichkeitsanalysen behandelt werden könnte. Einige Vertreter waren aber auch an Informationen zu Wahrscheinlichkeiten von kaskadierenden und gleichzeitig auftretenden Ereignissen interessiert. Die Teilnehmer zeigten ein hohes Interesse an den im Rahmen von MATRIX entwickelten IT-Werkzeugen. Sie ermutigten zur Weiterentwicklung der IT-Werkzeuge und zeigten ein hohes Interesse an weiteren Interaktionen.

Literatur

- EC (2010) 1626 final: STAFF WORKING PAPER SEC - Risk Assessment and Mapping Guidelines for Disaster Management
Granger, K. (1999): Developing an understanding of urban geohazard risk, *Australian Journal of Emergency Management*, 13(4), pp. 13-17.
Grünthal, G., Thieken, A.H., Schwarz, J., Radtke, K.S., Smolka, A. and Merz, B. (2006): Comparative risk assessments for the City of Cologne - Storms, Floods, Earthquakes, *Natural Hazards*, 38, pp 21-44
Mignan, A. (2012): D7.2 MATRIX-CITY User Manual, FP7 MATRIX project report, 78 pp.

MATRIX folgt diesem Wunsch und plant einen zweiten „MATRIX – Stakeholder Workshop“, der voraussichtlich Ende Juni 2013 in Bonn stattfinden wird. Wichtige Elemente des Workshops werden Beiträge, Diskussionen und Arbeitsgruppen rund um vergangene multiple Ereignisse sein. Ziel des Workshops ist es, im Rahmen eines Dialoges mit Vertretern des Zivilschutzes, der Nationalen Plattformen für Katastrophenvorsorge, der Betreiber Kritischer Strukturen und der Versicherungswirtschaft vergangene und zukünftige Herausforderungen im Bereich des Multi-Risikos herauszuarbeiten und Empfehlungen für den Forschungsbedarf zu identifizieren. Durch die Identifikation von Wissenslücken und positiven Erfahrungen können wichtige Hinweise für die Entwicklung der Risikoabschätzungsmethoden erarbeitet werden.

Fazit

MATRIX ist ein facettenreiches Projekt, das in einer einzigartigen Form die theoretischen Grundlagen der neuesten Multi-Risiko Forschung mit angewandter Wissenschaft im Rahmen der Fallstudien verbindet, und gleichzeitig durch die Interaktionen mit den Experten der Nationalen Plattformen und des Zivilschutzes wichtige Impulse für die Weiterentwicklung der Methoden und Werkzeuge erhält. Die Einbindung Nationaler Plattformen in diesen Prozess ist ein wichtiger Schritt für eine engere Verzahnung von Wissenschaft und Praxis im Bereich der Naturgefahrenforschung und kann als ein Modell für zukünftige Forschungsprojekte genutzt werden. Die Vorteile der Zusammenarbeit liegen in der Entwicklung von anwendbaren Produkten, diese leisten einen Beitrag zur Entwicklung von realistischen Multi-Risiko Szenarien. Der für Juni 2013 geplante Workshop wird weitere wichtige Hinweise für die Multi-Risiko Forschung offenlegen und einen wichtigen Beitrag für die Feinjustierung der MATRIX Methoden und Werkzeuge leisten.

Dipl.-Geogr. Roger Mrzygłocki ist Referent bei DKKV.
Dr. Arnaud Mignan ist Senior Researcher beim Schweizerischen Erdbebedienst der ETH Zürich.

Nutzung von Social Media zur Entscheidungsunterstützung

Andreas Karsten

Anhand der letzten Katastrophen können zwei Effekte festgestellt werden, die das heutige Führungssystem des Katastrophenschutzes nur unzureichend berücksichtigt:

- die Spontanhelfer (betroffene Personen und „unorganisierte Freiwillige“), die vor Ort, ohne die zuständigen Behörden zu fragen, helfen und
- die Nutzung der Social Media auch oder gerade in Katastrophenfällen.

Beide sind stark miteinander verwoben, da sich die Spontanhelfer über die Social Media vernetzen. Deren Tätigkeiten sind durch die Katastrophenschutzbehörden in deren eigene Einsatzplanung einzubinden, um eine effiziente und effektive Schadensabwehr zu ermöglichen. Hierzu ist es unabdingbar, dass die Social Media oder allgemeiner das Internet als Kommunikations- und Koordinierungsmittel durch die Katastrophenschutzstäbe genutzt werden.

Grundlage der folgenden Überlegungen sind Erfahrungsberichte von Katastrophen der letzten Jahre aus Ländern, in denen die Nutzung von Smartphones und deren automatische Geolokation verbreiteter sind als in Deutschland:

- Erdbeben Haiti 2010
- Erdbeben in Chile 2010
- Überflutungen Queensland und Viktoria, Australien 2011
- Zyklon Yasi, Australien 2011
- Erdbeben in Christchurch 2011
- The Great East Japan Erdbeben 2011
- Hurrikan Sandy 2012

Zwei wesentliche Erkenntnisse lassen sich aus den Beispielen (CNN, McLean et. al.)* lernen:

- Die betroffene Bevölkerung und immer mehr Menschen, die nicht Mitglied in „Relief-Organisationen“ (Feuerwehren, Hilfsorganisationen, THW, Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen,...) sind, beteiligen sich aktiv an den Rettungsmaßnahmen und bringen ihre besonderen Kompetenzen ein. Dabei handeln sie oftmals sehr erfolgreich unabhängig von der stattdessen organisierten Hilfe.
- Das Internet, speziell die Social Media, spielen eine immer größer werdenden Rolle in Hilfsoperationen. Es bietet nicht nur eine nahezu unerschöpfliche Informationsquelle, sondern es dient auch den Spontanhelfern zur gegenseitigen Vernetzung und Kommunikation. (Stelter&Preston)

Ansätze dieser beiden Effekte wurden bereits bei der Elbflut 2002 in Deutschland festgestellt.

In Stabsübungen wird immer wieder die Forderung gestellt, der Stab muss vor die Lage kommen. Lassen Sie uns deshalb einmal überlegen, welche analogen Folgerungen eine solche Entwicklung in Deutschland für den Katastrophenschutz haben würde.

Die Fragen des Persönlichkeits- und Datenschutzes sollen in diesem Artikel nicht behandelt werden. Wer sich näher damit beschäftigen möchte, sei auf die Arbeiten von Roßnagel verwiesen. Es soll auch angemerkt werden, dass analoge Überlegungen zur Operationsführung derzeit auch im militärischen Bereich stattfinden (C2COE).

Zeitliche Struktur von Katastrophen

Der Verlauf einer Katastrophe kann in sechs Phasen eingeteilt werden:

1. Ereigniseintritt
2. Einsatzkräfte sind noch nicht an der Einsatzstelle eingetroffen
3. Die Einsatzkräfte vor Ort sind noch nicht ausreichend
4. Die Einsatzkräfte vor Ort sind ausreichend
5. An der Einsatzstelle befinden sich zu viele Einsatzkräfte
6. Die Einsatzkräfte verlassen die Einsatzstelle

Im Folgenden werden besonders die Phasen 2 und 3 betrachtet. In der Phase 2 werden Betroffene und „Vorbei-

* Die umfangreiche Literaturliste kann im Internet eingesehen werden: http://www.bbk.bund.de/DE/Service/Publikationen/BS-Magazin/Ergaenzungen/Ergaenzung_einstieg.htm



kommende“ mit der Schadensbekämpfung beginnen. Scanlon nennt diese Helfer zu Recht die wahren „First Responder“. Sie werden sich selbst organisieren und eine natürliche Führungsstruktur etablieren. In der Phase 3 werden weiterhin wesentliche Aufgaben durch diese Spontanhelfer wahrgenommen. Kunst der staatlichen Helfer in dieser Phase ist es, die Bereiche zu identifizieren, in denen trotz der Spontanhelfer Defizite bestehen. Auf diese Defizite haben sie sich zu konzentrieren und nicht die Spontanhelfer zu verdrängen. Gleichzeitig sind die von außerhalb anreisenden Spontanhelfer möglichst „aufzunehmen“ und ihnen Aufgaben zuzuordnen, für die bisher keine Ressourcen zur Verfügung standen.

Nutzung von Social Media in Katastrophen

In folgenden 6 Bereichen werden Social Media durch die staatlichen Behörden oder durch Private eingesetzt:

1. Information und Warnung der Bevölkerung
2. Absetzen von Hilfeersuchen bei Überlastung der Notrufleitungen (BBC)
3. Informationsgewinnung durch „Menschliche Sensoren“
4. Organisation der Spontanhilfe
5. Monitoring der Bevölkerungsreaktionen
6. Post Disaster Assessment

Führungsvorgang

Der Führungsvorgang nach der FwDV/DV 100 unterscheidet drei Aktionen, die nacheinander in einem Kreisprozess absolviert werden müssen: Lagefeststellung – Lagebeurteilung – Entschluss. Sowohl für die Lagefeststellung wie für die Lagebeurteilung bieten die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vielfältige Möglichkeiten, das Ergebnis des Führungsvorganges zu verbessern. Nur beim Entschluss kann und darf die Technik den Menschen nicht ersetzen. Letztendlich ist es Aufgabe der Einsatzleiterin / des Einsatzleiters einen Entschluss zu fällen. Sie / er trägt weiterhin die volle Verantwortung. Ein Abschieben dieser Verantwortung auf die Technik ist nicht möglich.

Entscheidungsfindung

Idealerweise fußt eine Entscheidungsfindung auf einem richtigen Situationsbewusstsein. Um ein solches zu erreichen, müssen nicht nur Informationen vorliegen, sondern sie müssen auch richtig interpretiert werden. Die Situation, die entscheidend ist, ist die Situation zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der gewählten Maßnahmen vor Ort. Dabei besteht die Schwierigkeit, aus Informationen, die in der Vergangenheit im Schadensgebiet abge-

setzt wurden, eine Prognose für die Zukunft zu erstellen. Liegt diese Prognose vor, sind die Einsatzoptionen grob zu entwickeln. Jede Einsatzoption ist auf ihre Vor- und Nachteile zu untersuchen. Dieses Ergebnis ist der Entscheiderin / dem Entscheider vorzulegen. Letztere / letzterer entscheidet schließlich. Die Entscheidung ist in Befehle oder Aufträge umzusetzen, welche dann an die Ausführenden übermittelt werden müssen.



Foto: F. Gopp / pixelio.de

Social Media zur Gewinnung eines adäquaten Situationsbewusstseins

Moderne Smartphones können auf vielfältige Weise als Informationsquelle genutzt werden (Stone). Neben der Nutzung als mobiles Telefon zur Übermittlung von sprachlichen Informationen durch Personen im Schadensgebiet bestehen weitere Möglichkeiten:

- Übertragung von schriftlichen Informationen mittels SMS
- Übertragung von schriftlichen Informationen durch das Internet. Dabei können Internetplattformen der Behörden, Wikis oder Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook genutzt werden
- Übertragung von Fotos
- Übermittlung von Daten der im Smartphone integrierten bzw. angeschlossenen Sensoren, z. B. des genauen Ortes des Smartphones mittels automatischer Geolokation

Gerade die automatische Geolokation bietet vollkommen neue Möglichkeiten der Informationsgewinnung, da der genaue Ort des Smartphones übermittel wird und auf eine Lagekarte angezeigt werden kann.

Die Möglichkeiten der modernen IKT führen sehr schnell zu einem Overflow an Informationen (Crowley & Chan). Das BBK arbeitet an einigen Forschungsprojekten (VASA, INSIGHT) mit, in denen versucht wird, die große Menge an Daten zu analysieren und so zu visualisieren, dass die Entscheidungsträger sie nutzen können.

Die Nutzung moderner IKT konnte schon sehr erfolgreich eingesetzt (Bruns et. al., Chan, Appleby) werden.

Die Gefahr, dass Falschmeldungen zu einem falschen Situationsbewusstsein führen, ist zu beachten. Aber wir nutzen heute auch trotz Unfuganrufe den telefonischen Notruf. Erste wissenschaftliche Untersuchungen (Thomson et. al., Bird et. al. und Mendoza et. al.) deuten an, dass sich die „Crowd“ so gar selbst reguliert.

Crowdsourcing zur Lagebeurteilung

Die Lagebeurteilung, die Prognose der zukünftigen Situation und die Analyse der Vor- und Nachteile einer jeden Einsatzoption ist die entscheidende intellektuelle Leistung während des Führungsvorganges. Derzeit erfolgt sie durch den S3 im Stab ggf. unter Beteiligung von Fachberatern und externen Führungsgremien (z. B. der Polizei). Häufig werden dazu auch externe Quellen (von Gefahrgutdatenbanken bis zum Internet) verwendet. Hier ist die Frage zu stellen, ob die Gefahrenabwehrbehörde nicht offensiv die neuen IKT nutzen sollte. Warum stellt sie die Lagefeststellung im Netz nicht „zur Diskussion“? Somit können Experten weltweit Lösungsvorschläge erarbeiten und im Netz zur offenen Diskussion stellen. Eine Analyse dieser Diskussionen würde die eigene Lagebeurteilung unterstützen.

Social Media zur Befehls- Auftragsübermittlung

Werden die Spontanhelfer als Teil der Gefahrenabwehrorganisation anerkannt, müssen die modernen IKT zur Übermittlung der Aufträge an diese genutzt werden. Aufgrund der Beschränkung der Mobiltelefonnetze wird man häufig auf andere Kommunikationskanäle als das Telefonieren zurückgreifen müssen (SMS, E-Mail,...). Zusätzlich können den Spontanhelfern für ihre Arbeit wertvolle Informationen, wie Verhaltensregeln oder Lagekarten, im Anhang an E-Mails übermittelt werden. Dazu ist es aber wichtig, die Informations- und Interpretationshoheit zu besitzen. Dazu ist es notwendig, sich frühzeitig im Netz an Diskussionen zu beteiligen. Nur so wird die Behörde als Quelle wichtiger Informationen anerkannt.

Monitoring der Bevölkerungsreaktionen

Nachdem die Befehle und Aufträge an unterstellte Führungsebenen erteilt sind, müssen die angeordneten Maßnahmen evaluiert werden. Führen sie zum Einsatzerfolg oder müssen neue Anordnungen erlassen werden? Neben den üblichen Lagemeldungen können dafür auch die Kommentare in den einschlägigen Social Media (Twitter, Facebook) genutzt werden. Es kann in Echtzeit verfolgt werden, ob Anweisungen von der Bevölkerung (z. B. Räumung eines Gebietes) befolgt werden. Zusätzlich ist es möglich zu überprüfen, inwieweit die Bevölkerung den Behörden vertraut. Gerade dieser zweite Punkt ist mitentscheidend

für die weitere Einsatzplanung und -durchführung und wird heute vielfach nicht beachtet. Da aber mehr „Experten“ sich mit Empfehlungen zu Wort melden, ist es entscheidend, wer die Glaubwürdigkeitshoheit genießt. Wenn die Empfehlung der Behörden „im Haus zu bleiben und Fenster und Türen zuschließen“ erst dann über die Radiosender verbreitet wird, wenn die Masse aufgrund einer „Social Media Warnung“ bereits versucht, die Stadt zu verlassen und in Staus gefangen ist, wird der „beste“ Einsatzplan zum Scheitern verurteilt sein.

Die Herausforderung „Echtheit“

Katastrophen zeichnen sich häufig durch hochdynamische Lageänderungen aus. Diese werden induziert durch das Schadensereignis selbst und durch die Reaktionen der Spontan- und behördlichen Helfer. Daraus leitet sich die Forderung ab, in Echtheit reagieren zu können. Derzeit liegt die Reaktionszeit je nach Führungsebene bei Minuten bis Stunden für Lagemeldungen und bis zu Monaten bei der Evaluierung der Maßnahmen aus Sicht der Bevölkerung. Diese Zeiten zu reduzieren, ist ein weiteres Forschungsziel von VASA und INSIGHT. Dabei wird versucht, möglichst viele Arbeitsschritte zu automatisieren. Die Schlagworte sind hierfür: Real-Time-Assessment, Real-Time-Learning und Real-Time-Optimization. Ziel ist es, den Einsatzplan möglichst schnell, an die sich verändernde Situation anzupassen.

Fazit

Grundvoraussetzung für die obigen Überlegungen ist Vertrauen. Die Behörden müssen den Nutzern Social Media vertrauen. Erste Untersuchungen zeigen, dass die Masse der Nutzer einen regulierenden Einfluss ausübt. Zusätzlich können die Behörden einen positiven Einfluss ausüben, wenn sie aktiv die Social Media nutzen. Trotz der Gefahren der Manipulation durch die Social Media ist deren Nutzung durch die Gefahrenabwehrbehörden unabdingbar. Wichtig ist, dass man die Social Media und die Interaktionen mit ihnen versteht, um die Qualität der aus ihnen gewonnenen Informationen abschätzen zu können.

Es ist aber nicht nur die Frage zu stellen, wie wir die Social Media zukünftig nutzen. Vielmehr ist auch die Frage zu stellen, wie wir die Spontanhelfer in unser Führungssystem integrieren können (Burns). Was wiederum zur Frage führt, ob mittels der FwDV/DV 100 die heutigen und die zukünftigen Herausforderungen an den Bevölkerungsschutz gemeistert werden können. Wird es nicht Zeit, ein neues „intelligentes Führungssystem“ zu entwickeln?

Andreas Karsten ist Leiter des Fachbereiches „Operative Führung und Leitung“ an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.



Gemeinsam stark im Einsatz

Wie sich der ASB am Katastrophenschutz beteiligt

Nach einem Großbrand, einem Massenunfall oder einer Naturkatastrophe kann schnelle Hilfe Leben retten. Um sie zu gewährleisten, hält jedes Bundesland einen strukturierten Katastrophenschutz vor. Ob Zugführer, Sanitäter oder Techniker: Jeder muss genau wissen, was er zu tun hat. Um das leisten zu können, trainieren Katastrophenschützer regelmäßig – so auch beim ASB Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld.



Zugführer Philipp Mausbach erklärt, was zu tun ist und die Übung beginnt.
(Foto: ASB / Fulvio Zanettini)

„Acht Mann vor!“ Mit diesem Kommando von Zugführer Philipp Mausbach (33) beginnt die Übung der Einsatz Einheit NRW beim ASB OWL. Vor ihm stehen sieben Männer und eine Frau in kompletter Dienstkleidung.

Weitere zehn folgen später. Es ist ein kalter und feuchter Samstagnachmittag im Januar – typisch ostwestfälisch. Aber die Stimmung ist gut bei den freiwilligen Katastrophenschutz Helfern, die diese Trainingseinheiten ausschließlich in ihrer Freizeit leisten.

Für Einsatzfälle müssen sie sich von ihren Arbeitgebern freistellen lassen. Die Helfer sollen ein Sanitätszelt mit der kompletten medizinischen Ausrüstung und eine Verpflegungsstelle für die Betroffenen und die Helfer auf-

bauen. Mausbach gibt Anweisungen. Was fast militärisch wirkt, ist eine klare Aufgabenteilung, die effektive Hilfe sichert. „Einer muss den Überblick haben“, erklärt Philipp Mausbach, der selbst als Rettungsassistent ausgebildet ist. „Nur so kann sich jeder der Helfer auf seine Arbeit konzentrieren und muss nicht auch noch für andere mitdenken.“



Gegenseitige Unterstützung spart Zeit und Kraft:
Gemeinsam wird das Stromaggregat gestartet.
(Foto: ASB / Fulvio Zanettini)

Philipp Mausbach ist stolz auf seine Kollegen der Einsatz Einheit, die – wie er selbst auch – die Übungen und Trainingseinheiten ehrenamtlich in ihrer Freizeit leisten: „Ohne dieses freiwillige Engagement würde der Bevölkerungsschutz zusammenbrechen. Es ist extrem personal- und zeitaufwendig, jederzeit einsatzbereit zu sein.“

Beim ASB in Bielefeld ist eine Einsatz Einheit des Landes Nordrhein-Westfalen stationiert, zu der insgesamt 66 Männer und Frauen gehören, davon die Hälfte als Erstbesetzung. Bund und Land stellen einen Teil der Fahrzeuge und der Ausrüstung zur Verfügung. Der ASB stellt weiteres Material und Fahrzeuge und vor allem die ausschließlich ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

„Das gemeinsame Training macht Spaß“, erzählt Tobias Iseler (22). „Wir müssen uns gegenseitig unterstützen und aufeinander verlassen können.“ Der angehende Bauingenieur ist mit anderen für die Geräte und die Ausrüstung zuständig. „Hier kann ich was bewirken, denn im Ernstfall sind wir auf die Ausrüstung angewiesen.“ Das Zelt steht inzwischen, der „Behandlungsplatz“ ist bereit, die Verletzten können kommen.

Insgesamt sind in Deutschland rund 1,8 Millionen Männer und Frauen als freiwillige Katastrophenschutz Helfer engagiert. Die Struktur, die den Nachwuchs für den Bevölkerungsschutz sicherte, ist mit der Aussetzung des Zivildienstes weggebrochen. Für Hilfsorganisationen wie den ASB ist es unabdingbar, auch in Zukunft Freiwillige

zu finden, denn nur so kann der Katastrophenschutz in Deutschland weiterhin gewährleistet bleiben.

Die Übungen finden meist an Wochenenden statt. Die freiwilligen Helfer trainieren dabei unterschiedliche Einsatzszenarios bei verschiedenen Wetterbedingungen. Das sichert die Einsatzbereitschaft der Helfer samt Ausrüstung.



Keinesfalls mehr eine Männerdomäne: Jeder Nachwuchs ist eine wichtige Voraussetzung für den Fortbestand des Katastrophenschutzes. (Foto: ASB / Fulvio Zanettini)

Aber auch die Praxis, also ein realer Einsatz, hilft dabei, Erfahrungen zu sammeln und Fähigkeiten zu verbessern. So zum Beispiel nach der Explosion eines Wohnhauses im Juni 2012 in Bielefeld. Zwölf Menschen wurden dabei verletzt. Oder die große Zahl von Asylbewerbern, die im Oktober 2012, auch in Bielefeld, untergebracht und versorgt werden musste. Philipp Mausbach erinnert sich: „Das waren zwei sehr unterschiedliche Einsätze, die uns aber auch halfen, den Ablauf unserer gemeinsamen Arbeit für die Zukunft weiter zu verbessern.“

Draußen dämmt es bereits und es ist empfindlich kalt. Die Helfer trinken heißen Tee aus der kleinen Feldküche, einige stehen im beheizten Sanitätszelt und wärmen sich auf. „Das hat doch alles super geklappt“, freut sich Phillip Mausbach und lacht. „Das Sanitätszelt ist nicht ein-

gestürzt und alle Verletzten haben überlebt.“ Was scherzhaft gemeint ist, heißt: Die Zusammenarbeit hat gut funktioniert und im Ernstfall hätten Unfallopfer optimal versorgt und betreut werden können.

Gemeinsam verstauen alle die Ausrüstung: Zelt samt Ausstattung, Warnschilder, Lampen und Tische verschwinden in den Spezialfahrzeugen. Im Katastrophenfall im Stadtgebiet wäre alles – Geräte, Maschinen, medizinisches Material – innerhalb einer halben Stunde wieder aufgebaut und einsatzbereit.

Gisela Graw

Technisches Hilfswerk

Exportschlager Ehrenamt

THW unterstützt tunesischen Katastrophenschutz

Technik, Gerät und eine fundierte Ausbildung – diese drei Komponenten bilden die Grundlage für erfolgreiche technisch-logistische Hilfe. Das Technische Hilfswerk (THW) baut auf diesen Grundsteinen auf und gibt seine Standards in Fortbildungen an den tunesischen Katastrophenschutz weiter.



Während der Fortbildungen trainierten die Teilnehmenden unter anderem das Arbeiten mit Leinen und Spanngurten. (Foto: THW / Georgia Pfeleiderer)

Mit dieser Maßnahme unterstützt das THW im Auftrag des Auswärtigen Amtes den Aufbau ehrenamtlicher Struk-



Neben der Theorie stand die praktische Wissensvermittlung im Fokus der Weiterbildung. (Foto: THW/OV Sinzig Frank Schule)

turen des Bevölkerungsschutzes in Tunesien. Im Rahmen von zweiwöchigen Weiterbildungen trainierten die tunesischen Katastrophenschutztrainer und -ausbilderinnen unter Anleitung von THW-Kräften zwischen Februar und April in drei Ortsverbänden den richtigen Umgang mit Werkzeugen und Geräten.



Der richtige Umgang mit Werkzeugen und Geräten gehörten für die tunesischen Katastrophenschutztrainer und -ausbilderinnen zu den Lehrinhalten. (Foto: THW/Georgie Pfeleiderer)

Darüber hinaus lernten die Teilnehmenden, worauf es bei der Ausbildung Ehrenamtlicher im Katastrophenschutz ankommt. Ein wichtiger Schwerpunkt lag dabei

auf dem Bereich der Arbeitssicherheit. Den Auftakt der Weiterbildungen machte der Ortsverband Sinzig, danach folgten Dessau und Dresden. Die THW-Helferinnen und Helfer hatten bei der Wissensvermittlung immer die lokalen Voraussetzungen und Bedürfnisse der Tunesier im Blick. Die Inhalte wurden im Vorfeld mit der tunesischen Katastrophenschutzbehörde ONPC (Office National de la Protection Civile) gemeinsam geplant und die Ausbildung entsprechend angepasst. Während der Weiterbildungen wurden insgesamt 36 tunesische Ausbilderinnen und Ausbilder trainiert. Das Gelernte geben sie in der nächsten Etappe unter Mitwirkung des THW an die bislang mehr als 200 Freiwilligen an den Standorten Ben Arous, Sidi Bouzid und Jendouba weiter und bereiten die tunesischen Ehrenamtlichen für Einsätze nach Überschwemmungen, Erdbeben und Explosionen vor.

Das ehrenamtliche Pilotprojekt hat bisher große Resonanz gefunden. Das macht sich auch am hohen Frauenanteil bemerkbar, der derzeit von 30 bis 50 Prozent reicht. Neben der Ausbildung unterstützt das THW den tunesischen Katastrophenschutz mit ausgebildeten Fahrzeugen und Geräten. Die ersten 18 THW-Fahrzeuge wurden im Dezember 2012 offiziell in Tunis übergeben. Weitere 25 Fahrzeuge folgten im Frühjahr 2013. Das THW verbindet mit Tunesien eine langjährige Zusammenarbeit, die 1970 durch den Bau von Straßen-Behelfsbrücken nach Regenfällen begann. Es folgten weitere Einsätze, wie 1988 nach

Überschwemmungen und zuletzt im März 2011. Zehntausende Menschen suchten 2011 nach Unruhen in Libyen Zuflucht im benachbarten Tunesien. Daraufhin unterstützte das THW mit Fachleuten für Logistik die Hilfsmaßnahmen der Vereinten Nationen. Außerdem organisierte es, finanziert durch das Auswärtige Amt, Evakuierungsflüge von Djerba (Tunesien) nach Kairo (Ägypten) und brachte mehr als 1.000 Ägypter wieder in ihre Heimat.



Internationale Gutachten

Rotes Banner für mehr Sicherheit an Badestellen

Um weiter erfolgreich gegen die noch immer viel zu hohen Ertrinkungszahlen in Europa ankämpfen zu können, hat die International Life Saving Federation of Europe (ILSE) Risikoanalysen der Badestellen (Risk Assessment) ins Leben gerufen und in den vergangenen Jahren weiterentwickelt und optimiert.



Banner Lifeguarded Beach – Bewachter Strand.

Das Risk Assessment liefert ein fundiertes Gutachten, gibt Sicherheitsempfehlungen für die Betreiber der Badestellen, zertifiziert diese bei Einhaltung beziehungsweise Verbesserung aller notwendigen Sicherheitsvorkehrungen mit dem Prädikat „Lifeguarded Beach“ – „Bewachter



Risk Assessoren bei der Arbeit.

Strand“. Das Gutachten ist ein von der ILSE international entwickeltes Dokument, in dem der Assessor (Gutachter) eine Bestandsaufnahme und anschließende Sicherheitsbewertung des Strandes oder der Badestelle vornimmt. Diese erfolgt unter Berücksichtigung der Größe, Beschaffenheit und Ausstattung des Badegebietes.



Der Report ist die Basis für das Gutachten.

Gefahrenanalysen zertifizieren Badestellen

Der Betreiber der Badestelle stellt bei der DLRG einen Antrag auf eine Gefahrenanalyse. Diese sucht und stellt einen qualifizierten Assessor, der sich mit dem Betreiber in Verbindung setzt. Die Datenerhebung vor Ort wird hierbei in der Badesaison vorgenommen. Nach acht Wochen wird das Gutachten fertiggestellt.

Werden im Gutachten Unzulänglichkeiten festgestellt, müssen diese – um die Auszeichnung erhalten zu können – zunächst behoben werden. Erst dann kann der Betreiber das „Rote Banner“ bei der ILSE über die DLRG beantragen.

Die Analyse des betrachteten Gebietes ist insgesamt in acht Einheiten aufgeteilt:



Rotes Banner geht an Borkum

- Die Größe und die gesamte Beschaffenheit des Gebietes
- Alle vorhandenen Wasser- und Strandaktivitäten im bewerteten Gebiet
- Die schnelle und gute Erreichbarkeit des Gebietes durch den Rettungsdienst
- Die Verfügbarkeit von öffentlichen Rettungsmitteln und -einrichtungen
- International verständliche Signale/Zeichen nach DIN und ISO, die auf vorhandene Gefahren hinweisen
- Erforderliche öffentliche Informationen über Sicherheitseinrichtungen und deren Platzierung
- Gefahren und Risiken
- Gefahren und Risiken im Gebiet und deren Einschätzung unter Berücksichtigung vorhandener Sicherheitsmaßnahmen
- Wasserrettungsdienstleistungen
- Notwendiges Personal, Einrichtungen und Ausrüstungen für den Wasserrettungsdienst

Unter Berücksichtigung all dieser Kriterien wird das Gutachten erstellt und den Badebetreibern zur Verfügung gestellt. Bei Sicherstellung aller notwendigen Aspekte wird das Banner „Bewachter Strand“ verliehen. Um die Sicherheit auch dauerhaft gewährleisten zu können, wird eine Neuzertifizierung nach vier Jahren erforderlich.

Das Prädikat ist für jeden Strand und jede Badestelle ein wirksames Werbemittel für Badegäste, Urlauber und

Familien und macht das Badegebiet in jedem Fall attraktiver. Sicherheit ist die höchste Auszeichnung für eine Badezone.

Cordula Dietrich



Übergabe des roten Banners an die Gemeinde Großenbrode. (Fotos: DLRG)



„Miteinander reden“ fördert Interkulturellen Dialog

Integrationsprojekt des DFV

Kommunikationskampagne, Schulungsmodul, Handreichung, Materialset und Regionalkonferenzen: Das Integrationsprojekt „Miteinander reden!“ des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) bietet eine breite Informationsbasis.



Mit dem durch den Europäischen Integrationsfonds geförderten Projekt knüpft der DFV an die Ergebnisse des Projekts „Deine Feuerwehr – Unsere Feuerwehr! Für ein offenes Miteinander!“ an. Im Mittelpunkt des einjährigen Projekts steht nun der Interkulturelle Dialog. „Kommunikation ist eine der Grundbedingungen menschlichen Miteinanders. Um mein Gegenüber zu verstehen, muss ich offen für den Dialog sein“, erläutert DFV-Vizepräsident Ulrich Behrendt: „Hierbei soll das Projekt des Deutschen Feuerwehrverbandes Hilfestellung leisten – mit unterschiedlichstem Handwerkszeug je nach Bedarf.“

„Es kommen immer mehr Anfragen von Feuerwehren, aber auch Migrantenselbstorganisationen, die sich mit der Thematik beschäftigen wollen“, berichtet Orhan Bekyigit, DFV-Fachberater Integration. „Teils herrscht Unkenntnis über die Struktur des Gegenübers, die auch zu Desinteresse führen kann – hier wollen wir mit diesem Projekt ansetzen“, erklärt der türkischstämmige Feuerwehrmann.

So stehen die Bereiche Information über die Feuerwehr, Prävention und Mitgliedergewinnung im Mittelpunkt einer Kommunikationskampagne, deren Materialien als Feuerwehr-Jahresaktion bundesweit verbreitet werden sollen. Eine Handreichung wird Praxistipps für den Interkulturellen Dialog nicht nur in Einsatzsituationen geben. Bereits erarbeitetes Schulungsmaterial wird um den Schwerpunkt von „Miteinander reden!“ erweitert. Ein Schulungsmodul zum Thema „Interkultureller Dialog und Konfliktmanagement“ wird erarbeitet und in interessierten Feuerwehren in der Praxis ausgebildet. Die Schulungsmaterialien sollen in einem Set zur Verfügung gestellt werden.

Direkt miteinander in den Dialog kommen Feuerwehrangehörige mit Migrationshintergrund oder Interesse an der Thematik bei zwei Regionalkonferenzen in Kas-

sel (27. bis 29. September 2013) und Koblenz (Herbst 2013). Hier stehen Netzwerkbildung mit Feuerwehrmännern und -frauen aus ganz Deutschland, praktische Feuerwehr-Ausbildung zu interessanten Themen sowie die Inhalte des DFV-Integrationsprojekts im Mittelpunkt. Die „Miteinander reden!“-Abschlusskonferenz findet am 6./7. Dezember 2013 in Berlin statt.

„Die Vielfalt, mit der die Feuerwehren ihren Alltag bewältigen, ist auch unser Ziel für das Miteinander aller Kulturen: Gemeinsamer Einsatz; gleichberechtigt, weltoffen und engagiert. Wir sind auf Ihren Einsatz angewiesen, um diesen Dialog fortzuführen – bitte beteiligen Sie sich!“, appellieren Behrendt und Bekyigit. Aktuelle Informationen zum Projekt gibt es auf der Website des Deutschen Feuerwehrverbandes unter www.feuerwehrverband.de/miteinander.

Politische Agenda

Berliner Abend der deutschen Feuerwehren, Sitzungen im Bundestag, in Gremien, Anhörungen und Ausschüssen: In ganz Deutschland sind der Deutsche Feuerwehrverband und seine Mitglieder regelmäßig präsent, um die Positionen des deutschen Feuerwehrwesens zu vertreten. Ein wichtiges Hilfsmittel im Jahr der Bundestagswahl ist hierbei die Politische Agenda des DFV, die durch die De-



miteinander

legiertenversammlung als oberstes Verbandsorgan beschlossen wurde.

An diesen politischen Wegpunkten orientiert sich nun die Lobbyarbeit – nicht nur im Jahr der Bundestagswahl. Das Programm beinhaltet folgende Punkte:

Innen

- KatS-Beschaffungen
- Warnung der Bevölkerung
- Selbsthilfe
- EU-Gemeinschaftsverfahren bei Katastrophen

Soziales

- EU-Arbeitszeit-Richtlinie
- Ermächtigungen G 26
- Gesetz über den Notfallsanitäter
- Unfallverhütungsvorschrift „Feuerwehren“

Jugend

- Kinder- und Jugendplan
- Kinder in der Feuerwehr
- Ganztagschulen

Bürgerschaftliches Engagement

- Behandlung von Aufwandsentschädigungen
- Integration
- Demografie
- Gemeinnützigkeitsrecht

Die komplette Politische Agenda steht im Internet unter www.feuerwehrverband.de/agenda.html zum Download zur Verfügung.



Sturmwarnungen effektiv gestalten

DKKV beteiligt sich an Forschungsprojekt zur Verbesserung von Warnungen bei extremen Windereignissen.

Das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge untersucht aktuell im Projekt „WEXICOM-Berlin“ mit dem Institut für Meteorologie der Freien Universität Berlin und dem Forschungsforum Öffentliche Sicherheit den Warnprozess bei Extremwetter, beginnend bei der meteorologischen Simulation bis zur Kommunikation und Nutzung der Warnung.

Projektrahmen

Gefördert wird das interdisziplinäre Projekt vom Deutschen Wetterdienst (DWD) im Rahmen des Hans-Ertel-Zentrums für Wetterforschung (HErZ), wo es in den Themenbereich 5 „Optimale Anwendung von Wettervorhersagen“ fällt. Als Laufzeit ist zunächst der Zeitraum von 2011 bis 2014 geplant. Das Projekt ist unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Ulbrich an der Freien Universität angesiedelt. Es wird von Wissenschaftlern aus dem Bereich der Meteorologie und der Gesellschaftswissenschaften in enger Zusammenarbeit mit dem DWD, betroffenen Institutionen und gesellschaftlichen Akteuren gemeinsam bearbeitet und dabei von externen nationalen sowie internationalen Beratern aus Wissenschaft und Praxis, wie etwa des Deutschen Technischen Hilfswerks, unterstützt.

Ziele

In enger Zusammenarbeit mit dem DWD, den Akteuren des Bevölkerungsschutzes, dem privaten Sektor und internationalen Forschungsaktivitäten sollen – aufbauend auf einer Analyse des Ist-Zustands – Vorschläge zur Verbesserung der Kommunikation von Wetterwarnungen modellhaft entwickelt und getestet werden. Damit wird eine Praxisumsetzung vorbereitet, die Grundlage für den Bevölkerungsschutz verbessert und zugleich auch der Schutz der Bevölkerung erhöht. Der Fokus der jetzigen Projektphase liegt auf Stürmen und konzentriert sich auf vor allem auf das Stadtgebiet von Berlin.

Arbeitsbereiche

Um die Erstellung, die Kommunikation und die Nutzung der dazu gehörenden Warnungen umfassend analysieren und Verbesserungsvorschläge vorlegen zu können, befassen sich mehrere Arbeitsbereiche mit eigenen Schwerpunkten und unterschiedlichen Perspektiven mit dieser Gesamtaufgabe. Dazu gehört beispielsweise die Erforschung der Wahrnehmung von Warnungen, der Vermittlung in den Medien und die Erstellung neuer Warnungskonzepte.

Für das DKKV bearbeitet Diplom Geograph Tobias Heisterkamp die Warninformationen für Behörden und Bevölkerung mit dem Schwerpunkt der Nutzungsanalyse von räumlichen und zeitlichen Warninformationen für die Katastrophenvorsorge.

Innovativ dabei ist die Kombination der Daten verschiedenster sogenannter „Stakeholder“ aus allen beteiligten Bereichen. Eine hohe zeitliche und räumliche Auflösung dieser Daten ermöglicht es tiefer nach den eigentlichen Problemstellen in der Warnung oder der Warnkette zu suchen. Weiterhin wird so auch geprüft ob eine höhere Auflösung ebenfalls eine höhere Effizienz der Warnungen nach sich zieht. In einem ersten Schritt erfolgt eine grundlegende Risikoanalyse. Aufbauend auf der Analyse von Na-

tureignis, Vulnerabilität von Risikoelementen, und vorliegenden, bestimmenden Strukturen basieren alle weiteren Arbeitsschritte dieses Bereiches. Damit kann die Situation in Berlin deutlich differenzierter betrachtet werden.

Diese Analyse liefert insbesondere ‚hot spots‘, die Schwerpunkte für den zweiten Arbeitsschritt, die Fokussierung auf Fallstudien, bilden. Die forensische Untersuchung dieser in hoher Detailierung durchgeführten Fallstudien der letzten etwa 10 Jahre zeigt noch weitere ‚hot spots‘ systemischer Natur auf.

Nur durch die Nutzung von Daten aus unterschiedlichsten Bereichen wird ein möglichst vielseitiges Gesamtbild der Situationen gezeichnet. Eine Kombination der unterschiedlichen Daten erlaubt zugleich eine Überprüfung von Interpretationen der Datensätze. Vor diesem Hintergrund werden dann die Warnungen selbst sowie deren konkrete Nutzung durch die Einsatzkräfte nachvollzogen. Erkenntnisse zur die Effektivität beeinflussenden Faktoren werden anschließend in Empfehlungen festgehalten, wie Warnungen weiterentwickelt werden und bedarfsgerecht auf die Erfordernisse zugeschnitten werden könnten.

Ausführliche Informationen unter <http://www.geo.fu-berlin.de/met/wexicom/>

Tobias Heisterkamp, DKKV



12. DRK-Rettungskongress – 1. Jugendparlament des JRK

Medizinische Versorgung 2030: Wir brauchen die Weichenstellung – jetzt!

Fehlender medizinischer Nachwuchs, weniger Helfer im Ehrenamt, immer längere Wege für den Rettungsdienst, drastische Einbrüche im Blutspendewesen bei gleichzeitig steigendem Bedarf an Blutkonserven: Der demographische Wandel wird gravierende Folgen für das Rettungswesen, den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz und die medizinische Versorgung haben.

Am vergangenen Samstag kamen 76 Jugendrotkreuzler nach Berlin. Beim 1. Jugendparlament im Rahmen des DRK-Rettungskongresses diskutierten sie im Anhörungssaal des Bundestages mit Vertretern des DRK und der Politik über die Zukunft der medizinischen Versorgung. Das Jugendparlament wurde in Kooperation mit dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages und dem Deutschen Landkreistag organisiert. Das Votum des JRK:



Diskussion im Anhörungssaal des Bundestages mit Vertretern des DRK und der Politik



Teilnehmer am 12. DRK-Rettungskongress und Jugendparlament 2013 in Berlin
(Fotos: DRK)

Um die medizinische Versorgung der Zukunft zu sichern, müssen jetzt die Weichen gestellt werden.

Am Samstagmorgen ging es zunächst ins dbb-Forum. Gut vorbereitet erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in fünf Workshops ihre Beiträge für die Plenardiskussion. Die Themen: Das Ehrenamt in der medizinischen Versorgung, die Erhaltung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung, zukunftsfähige Strukturen des Rettungsdienstes, Versorgungsengpässe im ländlichen Raum und die Sicherung eines funktionsfähigen Blutspendewesens. Begleitet wurden die fachlich anspruchsvollen Auseinandersetzungen von den Fachbeauftragten des Generalsekretariats und erfahrenen JRK-Moderatoren.

Kompetent und engagiert brachten die JRK-lerinnen und JRK-ler ihre Erfahrungen aus der eigenen ehrenamtlichen Arbeit ein. Viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind schon heute in medizinischen oder sozialen Berufsbildern tätig – auch davon profitierte die Diskussion.

Der Nachmittag war der Plenardiskussion gewidmet. Zurück im Anhörungssaal des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses begrüßte DRK-Bundesarzt Prof. Peter Sefrin die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Mit denkwürdigen Zahlen verlieh er der rechtzeitigen Weichenstellung der medizinischen Versorgung Nachdruck: 2030, so Sefrin, müsse man damit rechnen, dass alleine 56.000 Ärzte und 140.000 medizinische und pflegerische Fachkräfte fehlen würden. Lutz Stroppe, Staatssekretär im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Ju-

gend, nutzte die Gelegenheit, die Beteiligung des Jugendrotkreuzes einem großen Zukunftsthema zu würdigen.

„Ihre Partizipation sowohl im eigenen Verband als auch in der Politik macht sichtbar, dass sich junge Menschen sehr wohl einbringen können und das auch wollen. Wenn es Sie nicht gäbe, müssten Sie erfunden werden.“, sagte Stroppe.

In der anschließenden Plenardiskussion stellten die Sprecher der Workshops die Ergebnisse vor: einen umfangreichen Ideenfundus von der Implementierung innovativer Versorgungssysteme wie den Einsatz der Telemedizin, von flexiblen Arbeits-Familien und Freizeitmodelle, die ein Engagement im Ehrenamt möglich machen, über den Ausbau von Bildungsangeboten in Erster Hilfe, z.B. in der Grundschule, bis hin zu nicht-monetären Anreizen zur Gewinnung von Blutspendern.

Die insgesamt 14 Thesen der Workshops fasste Bundesleiter Thomas Grochtdreis in einem Votum zusammen. Die Forderungen werden in den kommenden Wochen vom JRK und dem Fachreferat Rettungsdienst des DRK-Generalsekretariates aufbereitet und in den 18. Deutschen Bundestag gegeben.

Gudrun Greiling

DIE JOHANNITER



Betreuungseinheiten unterstützen Flüchtlinge

Johanniter als Teil des nordrhein-westfälischen Katastrophenschutzes

Der Anstieg von Flüchtlingen aus Mazedonien, Serbien, Georgien, Armenien und dem Kosovo sowie aus Syrien und mehreren afrikanischen Staaten im Herbst 2012 traf die zuständigen Behörden unerwartet. Die regulären Unterkünfte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen (NRW) waren schnell überlastet. In kurzer Zeit war eine Situation entstanden, bei der sich zwar nicht um eine „klassische Krise“ im Sinne des Katastrophenschutzes handelte, die jedoch die Kompetenz der Einsatzeinheiten NRW, der fakultativ vorgehaltenen Sonderkomponenten (z. B. zusätzliche Versorgungs- und Betreuungskomponenten) der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (JUH) in NRW sowie der Krisenstäbe erforderte. Insgesamt 115 Einsatzkräfte der Johanniter waren ab dem 12. Oktober rund zwei Wochen lang in mehreren Notunterkünften in NRW im Einsatz. Im Auftrag des nordrhein-westfälischen Innenministeriums (MIK), der Bezirksregierung und der Stadt errichteten die Helfer an mehreren Orten Notunterkünfte für die Flüchtlinge und versorgten sie medizinisch und sozial. Besondere Aufmerksamkeit galt den vielen Kindern, die mit ihren Familien nach strapazierter Reise häufig erschöpft und entmutigt in NRW ankamen.



Registrierungsstelle 2 – Heike Broschiet, Christian Lorch und Christopher Tomaszik (Foto: JUH)

Dortmund

Die Johanniter aus dem Regionalverband Östliches Ruhrgebiet betreuten ab dem 9. Oktober gemeinsam mit befreundeten Hilfsorganisationen über eine Woche täglich bis zu 150 Flüchtlinge in einer Notunterkunft in Dortmund. Dafür hatten sie in kurzer Zeit in einem Sporthallenkomplex eine Notunterkunft mit medizinischer Sichtung und Unterkunft mit Feldbetten, sanitären Anlagen und Spielecken für Kinder eingerichtet. Am 16. Oktober wurden zusätzlich Einsatzeinheiten der Johanniter aus dem Regierungsbezirk Arnsberg im Auftrag des Landes NRW angefordert, da die Stadt Dortmund – so wie die Johanniter – mit einem längeren Einsatz rechneten. Die zuständige Berufsfeuerwehr übergab am 16. Oktober im Auftrag der Bezirksregierung Arnsberg die Dortmunder Unterkunft an den JUH-Landesverband NRW, um diese für zunächst mindestens zwei Wochen zu betreiben. Am gleichen Tag übernahmen die Johanniter aus dem Regionalverband Südwestfalen die Betreuungsstelle, um die örtlichen Einheiten des Katastrophenschutzes zu entlasten. Die südwestfälische Einsatzeinheit mit Sitz in Lüdenscheid sorgte rund um die Uhr mit 35 Helfern pro Tag im Zweischichtbetrieb für die Erfassung, ärztliche Eingangssichtung sowie die medizinische und soziale Betreuung von bis zu 150 Flüchtlingen täglich. Einige Flüchtlinge wurden in Krankenhäuser verlegt, da sie meldepflichtige Infektionen als Verdachtsdiagnose aufwiesen.

Bielefeld

Im Auftrag der Zentralen Ausländerbehörde der Stadt Bielefeld betreuten 40 Johanniter des Regionalverband Ostwestfalen vom 9. Oktober bis zum 3. November 2012 in Zusammenarbeit mit ASB und DRK rund 120 Flüchtlinge in einer dafür eingerichteten Notunterkunft. Die Helferinnen und Helfer der Betreuungsgruppen und der Technik & Sicherheit-Gruppen unterstützten den Aufbau der Infrastruktur, indem sie die Turnhallen mit Betten, weiteren Duschen und Spielecken für Kinder ausstatteten. Neben der sozialen Betreuung versorgten die Johanniter die Menschen rund um die Uhr mit sechs Helfern in drei Schichten über rund zwei Wochen mit Essen und Getränken.

Zusätzlich etablierte das Technische Hilfswerk eine für 150 Flüchtlinge ausgelegte Notunterkunft in seiner Fahrzeughalle. Johanniter, ASB und DRK waren hier täglich mit vier Sanitätskräften vor Ort. Zusätzlich koordinierten drei JUH-Führungskräfte den Einsatz in der Einsatzleitung mit. Besondere Herausforderungen ergaben sich, wenn die Zahl der eintreffenden Flüchtlinge sprunghaft anstieg: Kurzfristig musste dann das Sichtungsteam für zwei Durchläufe präpariert werden. Neben 20 Helferinnen und Helfern von ASB, DRK und JUH standen ein Notfall-Krankenwagen des Typ B, zwei Notärzte der SEG und eine Ärztin des Gesundheitsamtes der Stadt Bielefeld zur Ver-

fügung. Bei der medizinischen Sichtung wurde ein erster Gesundheitsstatus der Flüchtlinge erhoben. Manche waren mehrere Tage auf der Reise gewesen. Festgestellt wurden immer wieder Fieber, Durchfallerkrankungen, Anhaltspunkte für Infektionskrankheiten oder andere allgemeinmedizinische Erkrankungen, die teilweise einer klinischen Abklärung bedurften. Auch gab es großen Bedarf an medizinischer Beratung insbesondere für ältere Menschen, Schwangere und Kleinkinder sowie die Weiterversorgung mit Medikamenten für chronisch Kranke.

Teilweise leisteten einige Bielefelder Johanniter über 60 ehrenamtliche Einsatzstunden in diesem Einsatz. So wurden insgesamt in Bielefeld über 1 000 Stunden ehrenamtlichen Engagements von den Johannitern erbracht.



Alte Stofftiere aus dem Johanniter-Fundus waren der Hit
(Foto: Wolfgang Rudolf/JUH)

Berührende Geschichte

Besonders eindrucksvoll schilderte Johanniter Frank Rosendahl auf der Facebook-Seite der ostwestfälischen Johanniter die Situation in den Notunterkünften: „Bei solchen Einsätzen merkt man sehr deutlich, mit welchen Luxusproblemen sich unsere Gesellschaft täglich beschäftigt. Wenn man hunderte Menschen mit Tragetaschen, Plastiktüten und Kleinkindern auf dem Arm aus Bussen steigen sieht, die dich dankbar anlächeln. Wenn Kinder sich über eine Minute Gummibärchen so freuen, dass sie dich am nächsten Tag gleich begrüßen und dir serbische Kinderlieder beibringen wollen, dann weiß man erst, wie gut es einem geht.“

Selbst die alten Stofftiere aus dem Johanniter-Fundus „waren hier der Hit“, so Rosendahl.

Fazit

Die Alarmierung der Johanniter zur Betreuung der Notunterkunft in einigen Städten in NRW hat gezeigt, dass die JUH innerhalb von nur sechs Stunden die Lage übernehmen konnte. Innerhalb von 24 Stunden waren die Johanniter in der Lage, den Nachweis für den Betrieb der Unterkunft für mindestens vierzehn Tage zu gewährleisten. Als besonderes hilfreich erwies sich die Möglichkeit der Johanniter, dank einer GW-Versorgung und zwei zugehöriger Materialfahrzeuge aus dem Regionalverband

Essen, eine Unterkunft in bestehender Infrastruktur (z. B. Sporthalle) innerhalb von drei Stunden in Betrieb nehmen zu können. Nach 24 Stunden wären die „Adhoc-Kräfte“ dann, wie in Dortmund bereits erfolgreich betrieben, durch reguläre Einheiten der JUH NRW abgelöst worden, um nach einer angemessenen Ruhezeit eine erneute Lage übernehmen zu können.

Parallel zu den beschriebenen Lagen in Dortmund und Bielefeld wurden die EinsatzEinheiten NRW der Johanniter in zahlreichen lokalen „Flüchtlingslagern“ gefordert, die unter dem Regiebetrieb der lokalen Hauptverwaltungsbeamten geführt wurden. Dieser Umstand musste durch den Stab der Johanniter in

NRW bei der Personal- und Einsatzplanung für das Land stets beachtet werden, um eine doppelte Verplanung der Einsatzkräfte und des zur Verfügung stehenden Personals auszuschließen. Hierfür war die Unterstützung der Melde- und Informationszentrale (MIZ) der JUH in Köln mit ihrem 24-Stunden-Betrieb hilfreich.

Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann aus Arnsberg stellte abschließend fest, dass diese „humanitäre Not-situation“ der Flüchtlinge „nur durch die für Katastrophen konzipierten Planungen“ gemeistert werden konnte und dankte allen Beteiligten herzlich für Ihren Einsatz.

Tobias Eilers/Magnus Memmeler.



Malteser

... weil Nähe zählt.

Neu in der Ausbildung: „Dynamische Patientensimulation“

Seit Jahresbeginn führen die Malteser sukzessive bundesweit die „Dynamische Patientensimulation“ (dPs) in der Aus- und Fortbildung des Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes an den Malteser Schulen sowie in den Gliederungen ein. Es handelt sich dabei um ein papierbasiertes System, mit dem der Massenansturm von Verletzten oder Erkrankten, Patientenablagen und Behandlungsplätze simuliert werden können.

Ziel ist es, ungewohnte Handlungsabläufe und Führungsstrukturen auf einfache Art zu üben. Zur dPs-Ausstattung gehören laminierte DIN A3-Karten, auf denen sich Zustandsverläufe individueller Patienten darstellen lassen, sowie Aufkleber für das zur Verfügung stehende Material im Notfallkoffer. Für die Entscheidungen und medizinischen Maßnahmen der Übenden sind Zeitparameter hinterlegt, die sich realitätsnah an den Belastungen echter Einsätze orientieren.



Mit diesen Karten lässt sich, je nach Entscheidung und gewählter medizinischer Maßnahme des Übenden, der Verlauf des Zustandes eines Patienten darstellen (Foto: MHD)

Rolf Schmidt, Referent Katastrophenschutz/PSNV im Generalsekretariat, zu den Vorteilen des Systems: „Die Übungen zum simulierten ‚Schadensereignis‘ können unabhängig vom Wetter, mit geringen Kosten sowie hoher Detailtiefe durchgeführt werden und sind geeignet für eine breite Zielgruppe – für die Einsatzkräfte im Sanitäts- und Rettungsdienst, vom Sanitäter über den Notarzt bis zu allen Personen mit Führungsfunktionen.“ Daniel Kalff von den Maltesern Euskirchen, der die Verbreitung des Systems im Bundesamt für Bevölkerungsschutz

und Katastrophenhilfe (BBK) koordiniert, ergänzt: „Damit setzen die Malteser die Grundidee des BBK um, allen Ebenen des medizinischen Bevölkerungsschutzes ein effektives Übungswerkzeug kostenfrei zur Verfügung zu stellen.“ Die Nachfrage nach Schulungen ist groß, daher bieten die Malteser fortlaufend dPs-Seminare für unterschiedliche Zielgruppen an.

Georg Wiest

Schulsanitäter als Lebensretter

Es ist der 4. Oktober, die Klasse 8B der Haupt- und Realschule Sickte in Niedersachsen hat Sportunterricht. Die Stunde hat gerade begonnen und die Schüler laufen sich warm – da bricht die 14-jährige Lena plötzlich zusammen und atmet nicht mehr.



Hilfsdienst-Vizepräsidentin Vinciane Gräfin von Westphalen übergibt Marius Timmler die Ehrenmedaille. (Foto: Rüdiger Wala)

Geistesgegenwärtig greifen der Malteser Schulsanitäter Marius Timmler und Sportlehrer Matthias Petzold ein. Auch die Leiterin des Malteser Schulsanitätsdienstes, Cora Kruse, wird umgehend alarmiert. Gemeinsam reanimieren sie Lena, die an einem angeborenen Herzfehler leidet. Marius drückt auf den Brustkorb seiner Mitschülerin und massiert ihr Herz kräftig und unaufhörlich. Mindestens fünf Zentimeter tief, 100-mal in der Minute. Denn immer wieder hört Lena auf zu atmen. Petzold und Kruse leisten Mund-zu-Mund-Beatmung. Zehn Minuten lang halten die drei Retter Lena am Leben, bis Notarzt und Rettungssanitäter eintreffen.

Lena wird mit Blaulicht ins Krankenhaus gebracht. Einen einzigen Gedanken habe Marius gehabt, als er eingreift: „Ich wollte helfen. Nichts tun bringt doch nichts.“ Die Malteser haben nun Marius Timmler wie auch Sportlehrer Matthias Petzold und Schulsanitäterin Cora Kruse mit Ehrenmedaillen ausgezeichnet.

Rüdiger Wala



Fernmelde- und Führungsdienst des Main-Tauber-Kreises

Im Wandel der Zeit

In den Jahren 1972/ 1973 wurden im heutigen Main-Tauber-Kreis, wie vielerorts in ganz Baden-Württemberg, zahlreiche Katastrophenschutzeinheiten neu aufgebaut. Es waren vor allem Fachdienste und Einheiten, die nicht flächendeckend von Hilfsorganisationen, Feuerwehr oder Technischem Hilfswerk vorgehalten wurden. Die in den Regieeinheiten und -einrichtungen mitwirkenden freiwilligen Helfer waren kraft der geltenden Bundes- und Landesgesetze für den Zivil- und Katastrophenschutz in direkter behördlicher Trägerschaft dem Landrat als Hauptverwaltungsbeamten (HVB) unterstellt.



Fernmelde- und Führungsdienst (Regie) des Main-Tauber-Kreises
(Foto: Thomas Dürr)

Einheiten, wie sie heute schon lange im Kreisgebiet nicht mehr existieren, waren unter anderem ABC- Fach-einheiten wie die ABC-Melde- und Auswertestelle (AMAST) oder Beobachtungs- und ABC-Messstellen (BAMSt), die in der Zeit des „Kalten Krieges“ eine leider durchaus realistische Berechtigung hatten. Weitere Einheiten dieser Zeit

waren Betreuungsleitzüge, deren Aufgabe die Betreuung eventueller Flüchtlingsströme war.

Diese Funktion war auch im Hinblick auf die relative Nähe zur damaligen innerdeutschen (Zonen)Grenze begründet. Weitere Einheiten, die seinerzeit, dem Landrat direkt unterstanden, waren zum Beispiel der Verpflegungstrupp mit Feldküche, der Veterinärzug und die Fernmeldeeinheiten. So existierte bereits ein Fernmeldezug. Neu aufgebaut wurde hingegen die Führungsgruppe Technische Einsatzleitung (TEL) und die damalige Fernmeldezentrale HVB. Diese bestand in der Aufbauphase nur aus drei Helfern, von denen lediglich der langjährige Leiter der Fernmeldezentrale HVB, Peter Bernhardt, auch heute noch als Reservehelfer aktiven Dienst leistet.

Unter seiner Führung wurde vor 40 Jahren die Grundlage für die heute in die örtliche Gefahrenabwehr integrierte Einheit gelegt. Es folgten Zeiten intensiver Schulung, zahlreiche Übungen wechselten sich ab mit vielfältigen Aktivitäten, vor allem im Hinblick auf den Aufbau der Kontakte zu den Einheiten des Rettungsdienstes des DRK, der Feuerwehren, der DLRG und des THW.

Innerhalb weniger Jahren stieg die Helferzahl auf die in der Stärke- und Ausstattungsnachweisung (StAN) vorgesehene Zahl von 12 Helfern. Damit entsprach diese Einheit noch der bundesweiten Vorgabe für eine Fernmelde-

zentrale beim Hauptverwaltungsbeamten eines Landkreises. Auseinandersetzungen mit der Landkreisverwaltung über die Ausstattung und Unterbringung der Einheit waren in der Aufbauphase nicht selten, obwohl der ehrenamtliche Leiter der Einheit sowie auch einige der Helfer auch Mitarbeiter des Landratsamtes waren.

Durch die erfolgreiche Vernetzung mit den weiteren am Standort befindlichen Einheiten sowie durch die erfolgte Mitarbeit auch in der Leitstelle am Ort war die Fernmeldezentrale HVB schon bald als wichtige Komponente der Gefahrenabwehr und -vorsorge im

Verbund mit anderen Hilfsorganisationen anerkannt und geschätzt.

Doch nicht nur die graue Theorie war Alltag im Ausbildungsplan. Schon frühzeitig wurde erkannt, dass neben den „V-Fall“ bedingten Einsatzbereichen, wie sie auf Grund des finanziellen Engagement des Bundes in diesen

Jahren ja Basis der Einheit waren, auch friedensmäßig zivile Einsatzbereiche abgedeckt werden können und müssen. Einsätze, teils weit unterhalb einer Katastrophenschwelle,

Regenfällen der damalige Landrat Georg Denzer erstmalig in der Geschichte des Main-Tauber-Kreises Katastrophalarm auslösen. Zwar gab es auch schon vorher im

Zusammenhang mit dem Absturz eines Militärflugzeuges und der zunächst befürchteten radiaktiven Kontamination eine ähnlich brisante Situation, doch die im Volksmund so genannte „Fronleichnamflut“ war sicherlich für alle Hilfskräfte, vor allem aber für die Fernmeldezentrale eine große Herausforderung die von den eingesetzten Kräften erfolgreich und für die Helfer motivierend bewältigt werden konnte.

Im Laufe der Jahre gab es mehrfach Katastrophenvoralarm wegen starkem Hochwasser oder Bereitschaften im Rahmen von damals in der Region üblichen militärischen Großmanövern. Alle diese Einsätze fanden allerdings dann schon im Rahmen des üblichen Dienstplanes statt.

1990 kam die politische Wende mit dem Ende des Blockdenkens und der Folge eines gravierenden Strukturwandels auch und besonders im Bevölkerungsschutz. Der Bund zog sich in vielen Bereichen aus der Finanzierung des Zivilschutzes und damit auch aus der Verantwortung für den zivilen Bevölkerungsschutz insgesamt zurück. In Trägerschaft der Katastrophenschutzbehörden aufgestellte Regieeinheiten des ABC-,

Betreuungs-, Veterinär-, Fernmelde- und Führungsdienstes wurden durch Wegfall der Bundesfinanzierung teilweise von den kreisfreien Städten und Landkreisen teilweise unter erheblichem Freisetzen von ehrenamtlichen Personal zur Disposition gestellt bzw. aufgelöst.

Marco Zeiner



Hochwasserkatastrophe am 21. Juni 1984
(Foto: Landratsamt Main-Tauber-Kreis)

waren auch unbedingt für die Ausbildung und das Selbstverständnis der Fernmelder wichtig. In Alltagssituationen konnten Funktionen gesichert und Hilfe in zahlreichen Bereichen geleistet werden, die sowohl im Bild der Helfer als auch der Bevölkerung verständlich waren.

Als es dann im Juni 1984 zu der ersten großen Katastrophe im Landkreis kam, war alles im Ablauf der Einsatzfähigkeit vielfach geübte Routine. Am Fronleichnamstag, dem 21. Juni 1984 musste nach wolkenbruchähnlichen

Rettungshubschrauber „Christoph 35“ trainiert neue Methode zur Eis- und Wasserrettung

(Brandenburg an der Havel/Blumberg/Bonn)

Nach einem Rettungseinsatz des Zivilschutz-Hubschraubers (ZSH) Christoph 35 im Februar 2012, bei dem eine im Eis eingebrochene Person nur über das Verfahren Kufenrettung geborgen werden konnte, war dem Team von Christoph 35 klar: Die neue Rettungsmethode war ein Erfolg und zukunftssträftig, aber die Sicherheit aller am Rettungsverfahren Beteiligten musste verbessert werden.

Aus diesem Grund führte die Bundespolizei-Fliegerstaffel Blumberg, die die Piloten stellt, mit Angehörigen der Berufsfeuerwehr der Stadt Brandenburg an der Havel und den am Luftrettungszentrum eingesetzten Rettungsassistenten der Johanniter-

die neue Rettungsmethode auch künftig angewendet werden kann, konnten in Zusammenarbeit mit der Berufsfeuerwehr der Stadt Brandenburg an der Havel Feuerwehrmänner für die Funktion des Luftretters gewonnen werden. Die notwendige persönliche Schutzausstattung für die Angehörigen der Berufsfeuerwehr wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel als Träger der Wasserrettung beschafft.

Über den Zivilschutz-Hubschrauber Christoph 35

Der Zivilschutz-Hubschrauber Christoph 35 ist seit Oktober 1993 am Städtischen Klinikum in Brandenburg an der Havel stationiert. Seitdem stellen die Johanniter-Unfallhilfe (Regionalverband Brandenburg Nordwest) und die brandenburgische Berufsfeuerwehr die Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten die medizinische Besatzung. Die Notärztinnen und Notärzte gehören der Ab-

Feuerwehr und Rettungswesen der Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel. Sobald der ZSH über die Leitstelle Brandenburg an der Havel angefordert wird, setzt diese den Hubschrauber zu Einsätzen in bis zu 70 Kilometer Entfernung ein. Die orangefarbenen Hubschrauber des Zivilschutzes sind Teil des Ausstattungspotentials, das der Bund den Ländern für den Katastrophen- und Zivilschutzfall zur Verfügung stellt. Stellvertretend für das Bundesministerium des Innern betreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) deutschlandweit an 12 Luftrettungszentren 16 Zivilschutz-Hubschrauber, indem es die Maschinen beschafft, ausstattet und die Ausbildung der Notärztinnen und Notärzte und die Qualitätssicherung der ZSH unterstützt. Die ZSH können in Friedenszeiten in der Luftrettung eingesetzt werden. Zur Luftrettung gehören die direkte medizinische Notfallversorgung am Einsatzort und der Transport ins nächstgelegene zuständige Krankenhaus. Der Einsatz von Hubschraubern zum schnellstmöglichen Transport eines Notarztes und eines Rettungsassistenten bei medizinischen Notfällen hat sich mittlerweile seit 1971 bewährt. Seit dem 20. Dezember 2007 ist in Brandenburg an der Havel der neue Zivilschutz-Hubschrauber vom Typ EC 135 T2i stationiert.



Die Besatzung von „Christoph-35“ trainiert neue Methode zur Eis- und Wasserrettung. (Foto: Zimmer/Brandenburg)

Unfall-Hilfe und der Berufsfeuerwehr eine notwendige theoretische und praktische Einweisung zur Eis- und Wasserrettung am Beetzsee in Brandenburg an der Havel durch.

Bei der neuen Methode wird ein Luftretter vom Hubschrauber aus auf dem Eis abgesetzt, um die zu rettende Person im Wasser zu sichern. Damit

teilung für Anästhesie und Intensivtherapie des Städtischen Klinikums Brandenburg an. Die Bundespolizei stellt die Pilotinnen und Piloten sowie Hubschraubermechanikern zur technischen Wartung der Maschinen. Träger von Christoph 35 ist das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg vertreten durch die Fachgruppe

AKNZ trainiert die Krisenstäbe der Stadt und der Polizei Dortmund

Vom 13. bis zum 15. März führte die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) erstmals eine gemeinsame Übung für die Sicherheitsbehörden in der Stadt Dortmund durch. Beteiligte waren der Krisenstab und die Einsatzleitung der Stadt Dortmund sowie der

Ständige Stab als Führungsstab des Polizeipräsidiums Dortmund. Im Rahmen der Übung sollten die drei unter-

BBK, ob das erfolgreiche Übungsmo-
dell auch für andere Städte in NRW in
Frage kommt.



Der Krisenstab und die Einsatzleitung der Stadt Dortmund sowie der Ständige Stab als Führungsstab des Polizeipräsidiums Dortmund übten zum ersten Mal gemeinsam an der AKNZ.
(Foto: Bernstein/BBK)

schiedlichen Stäbe eine Krise unter realistischen Bedingungen bewältigen. Das Szenario: Eine Großveranstaltung mit mehreren zehntausend Besuchern und einem Autokorso. Währenddessen brennt es in der U-Bahn, wodurch es eine große Anzahl von Verletzten gibt, die evakuiert, versorgt und transportiert werden müssen. Dabei standen besonders Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse im Mittelpunkt. Insgesamt trainierten ca. 100 Personen an der AKNZ.

Bereits bestehende Unterlagen zu Einsätzen und Sicherheitskonzepten wurden von der Übungsleitung als Basis verwendet. Expertinnen und Experten der Sicherheitsbehörden steuerten die Übung und übernahmen das Coaching. Entwickelt wurde das Szenario der Übung in einem speziellen Seminar an der AKNZ. Das entsprechende Drehbuch erarbeitete die Übungsleitung in Dortmund.

Durch die Übung konnte die gute Zusammenarbeit zwischen den drei Stäben noch weiter verbessert werden. Vor diesem Hintergrund prüft das

IV. Gemeinsames Symposium von BBK und THW für Einsatznachsorgeteams

Rund 100 Kräfte aus den Einsatznachsorgeteams des Technischen Hilfswerks (THW) kamen vom 22. bis 24. Februar aus allen acht Landesverbänden in der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivil-

schutz des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammen, um sich über ihre Erfahrungen und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse in der Psychosozialen Notfallversorgung auszutauschen und fortzubilden. Die Veranstaltungsreihe wird seit 2009 durchgeführt, sie geht zurück auf ein Abkommen zwischen den beiden Behörden, wonach das BBK dem THW seine fachliche Expertise in psychosozialen Fragen zur Verfügung stellt. Beim diesjährigen Symposium konnten sich die Teilnehmenden in zehn Workshops und zahlreichen interdisziplinären Fachvorträgen einen Überblick über die Weiterentwicklung der psychosozialen Einsatzvorbereitung, -begleitung und Nachsorge verschaffen. So gab beispielsweise Prof. Dr. Irmtraud Beerlage von der Hochschule Magdeburg-Stendal eine Zusammenfassung ihrer Studie über Gesundheit und Engagement im THW-Ehrenamt wider. Zu den Angeboten und Hilfestellungen aber auch den Grenzen der Seelsorge in Bezug auf Einsatzkräfte berichtete Pastorin Erneli Martens der Landesfeuerwehrseelsorge Hamburg aus ihren langjährigen Erfahrungen. Prof. Dr. Harald Karutz von der Medical School Hamburg referierte zu der Problematik der direkten Konfrontation von Einsatzkräften mit persönlich bekannten



Einsatznachsorgeteams beim IV. gemeinsamen Symposium von BBK und THW an der AKNZ
(Foto: Tobias Hahn/BBK)

Notfallopfern und den daraus möglicherweise resultierenden Belastungen sowie Strategien zum Umgang mit solchen Situationen. Neben weiteren Vorträgen aus der Forschung und Erfahrungsberichten anderer Organisationen diskutierten die Teilnehmenden insbesondere über Einsatzerfahrungen sowie die Fortentwicklungen der Einsatznachsorge im THW. Aufgrund des erfolgreichen Verlaufes der Veranstaltung und des ausdrücklichen Wunsches der Teilnehmenden wird in zwei Jahren das fünfte gemeinsame Symposium stattfinden.

Neue Förderrichtlinie „Schutz und Rettung in komplexen Einsatzlagen“

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat am 1. März 2013 die Förderrichtlinie „Zivile Sicherheit – Schutz und Rettung in komplexen Einsatzlagen“ im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit 2012 - 2017“ veröffentlicht.

Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren ist eine der Kernaufgaben staatlichen Handelns. Dies gilt vor allem in Hinblick auf die Bewältigung komplexer Schadenslagen, die zum Beispiel durch Naturkatastrophen oder durch technisches oder menschliches Versagen hervorgerufen werden.

Im Rahmen dieser Förderrichtlinie sollen Konzepte und konkrete Ansätze aufgegriffen werden, die die Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Einsatzkräfte und aller weiteren Akteure mit organisatorischen und technischen Lösungen unterstützen. Relevante Forschungsthemen sind zum Beispiel verbesserte Ausrüstungen für Einsatzkräfte, übergreifende Lageerfassungs-, Kommunikations- und Unterstützungssysteme, Aus- und Weiterbildungskonzepte sowie Risiko- und Krisenkommunikation. Weiterhin sollen Aspekte der Gewinnung und

Förderung ehrenamtlicher Helfer sowie Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Ausgangspunkt der Forschungsprojekte sollen belastbare und möglichst konkrete Schadensszenarien sowie deren Auswirkungen sein. Es wird erwartet, dass isolierte Insellösungen zugunsten ganzheitlicher Ansätze vermieden werden und alle relevanten Akteure in die Konsortien eingebunden werden.

Nähere Informationen finden Sie unter: www.bmbf.de.

Weitere Informationen zum Rahmenprogramm „Forschung für die zivile Sicherheit“ finden Sie unter: www.sifo.de

„Thieme Teaching Award“ für Reanimationstraining an Schulen

Stuttgart – Laut einer Umfrage des Deutschen Roten Kreuzes und des ADAC können 80 Prozent der deutschen Autofahrer keine Herz-Lungen-Wiederbelebung durchführen. Dabei sind schon Kinder und Jugendliche dazu in der Lage, wenn sie entsprechend ausgebildet sind. Das zeigt das Projekt „Schüler werden Lebensretter“, das die Klinik für Anästhesiologie, operative Intensivmedizin und Schmerztherapie des Universitätsklinikums Münster (UKM) unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Hugo Van Aken ins Leben gerufen hat. Geschulte Lehrer und Notärzte bilden Schüler zu Ersthelfern aus. Eine projektbegleitende Studie beschreibt, wie erfolgreich diese Ausbildung ist und wann Kinder damit beginnen können. Für ihre Arbeit erhalten der Erstautor Dr. med. Andreas Bohn und die Co-Autoren jetzt den „Thieme Teaching Award“. Die Deutsche Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI) vergibt den Preis im Rahmen des Deutschen Anästhesiecongresses (DAC) am 20. April 2013 in Nürnberg.

Die Thieme Verlagsgruppe, Stuttgart, stiftet die mit 5 000 Euro dotierte Auszeichnung. Die meisten Deutschen werden spät und meist einmalig im Rahmen des „Erste-Hilfe-Kurses“ zur Führerscheinprüfung auf Wiederbelebungsmaßnahmen im Notfall vorbereitet. Schon kurze Zeit später wissen sie nicht mehr, was zu tun ist, oder haben Angst, etwas falsch zu machen. „Unser Ziel ist es deshalb, bereits Kinder und Jugendliche als Ersthelfer auszubilden“, erklärt Dr. med. Andreas Bohn, Ärztlicher Leiter Rettungsdienst der Stadt Münster, Beauftragter für präklinische Notfallmedizin am UKM und Preisträger des Thieme Teaching Awards 2013. Vor diesem Hintergrund entstand 2006 das ausgezeichnete Projekt „Schüler werden Lebensretter“. In Kooperation mit einem Münsteraner und einem Aachener Gymnasium erhielten seitdem mehr als 430 Schüler der sechsten und neunten Klasse eine theoretische und praktische Ausbildung in Wiederbelebung. Möglich war dies nur durch eine enge Kooperation zwischen dem UKM, dem Aachener Marienhospital sowie den Berufsfeuerwehren in Münster und Aachen. Neben dem geeigneten Schulungsalter untersuchte das Team um Dr. Bohn, inwieweit die Häufigkeit des Unterrichts sich auf die Fertigkeiten der Schüler auswirkt. Ein Teil der Schüler wurde daher jährlich, ein anderer halbjährlich unterrichtet. Zudem schulten Notärzte einen Teil der Schüler, der andere Teil wurde von ausgebildeten Lehrern betreut. Den 433 Teilnehmern stellten die Wissenschaftler eine Kontrollgruppe mit 182 Schülern gegenüber, die keinen Unterricht erhielt. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass bereits Kinder ab zehn Jahren Wiederbelebungsmaßnahmen durchführen können“, erklärt Bohn. Hinsichtlich der praktischen Fertigkeiten unterschieden sich die zehnjährigen Schüler nicht von den 13-Jährigen. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung, dass weder häufigeres Training noch der Unterricht durch Notärzte zu einer Verbesserung von Wissen und Fertigkeiten der Schüler führt. Im Vergleich zur Kontrollgruppe

fürten die geübten Teilnehmer die Wiederbelebnungsmaßnahmen, gemessen an der Intensität der Beatmung und Herzdruckmassage, effektiver durch.

„Die Studie zeigt, wie sinnvoll die feste Einbindung von Erste Hilfe in den Schulalltag wäre und dass geschulte Lehrer in der Lage sind, diese zu unterrichten. Die Schulung motiviert die Jugendlichen, im Notfall zu helfen, reduziert ihre Angst davor und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Rettungskette“, begründet Holger Sorgatz, Geschäftsführer der DGAI, die Entscheidung der Jury. Um den „Thieme Teaching Award“ bewerben sich Mitglieder der DGAI mit Arbeiten auf dem Gebiet der Lehre, Fort- und Weiterbildung in Anästhesiologie, Intensivmedizin, Notfallmedizin und Schmerztherapie. Die Thieme Verlagsgruppe stiftet den Preis in diesem Jahr zum zehnten Mal.

Fahrzeugübergabe in Potsdam: Brandenburg erhält sieben Gerätewagen Sanität des Bundes

Am 27. April übergaben Ministerialdirektor Norbert Seitz vom Bundesministerium des Innern und Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), sieben Gerätewagen Sanität des Bundes (GW San) an Brandenburgs Innenminister Dr. Dietmar Woidke. Der Festakt fand auf dem Luisenplatz in Potsdam statt.

Fünf MTF-Einheiten für Brandenburg

Die sieben GW San sind für die Medizinische Task Force des Bundes, kurz MTF, vorgesehen. Als zentraler Bestandteil eines neuen Ausstattungskonzeptes des Bundes für den Zivilschutz und die überörtliche Katastrophenhilfe, ergänzt die MTF den Katastrophenschutz der Länder. (siehe Infokasten) Im Bereich des Sanitätswesens sind von den insgesamt 61 MTF-Ein-

heiten fünf für das Land Brandenburg bestimmt.

Faszination Feuerwehr hautnah erleben

Woche der Helfer im Mercedes-Benz Museum

Stuttgart. Vom 25. bis 30. Juni 2013 findet die zweite Woche der Helfer im Mercedes-Benz Museum statt. Highlight der Veranstaltung ist das Treffen der Besitzer historischer Feuerwehrfahrzeuge aus ganz Deutschland. An sechs ereignisreichen Tagen dreht sich im Mercedes-Benz Museum alles um die Feuerwehr. Zu dem unterhaltenden und informativen Programm gehören neben selten gezeigten Ausstellungsexponaten auch Oldtimerzertifizierungen und Aktionen für Kinder mit Unterstützung der Jugendfeuerwehr.



Das Mercedes-Benz Museum in Stuttgart. (Foto: Daimler AG)

Angemeldete Teilnehmer, die an diesem Wochenende mit einem historischen Feuerwehrfahrzeug anreisen, erhalten eine besondere Museumsplakette. Rund um das Museum können Besitzer historischer Feuerwehrfahrzeuge ihre Schätze präsentieren.

Aktuelle Feuerwehrfahrzeuge gewähren einen Blick in die Gegenwart der Löschpumpen und Einsatzfahrzeuge. Gezeigt werden auch Unimog Neufahrzeuge, die außergewöhnliche grasgrüne Unimog Designstudie U60 und historische Unimog Modelle.

IMPRESSUM

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK),
Provinzialstraße 93, 53127 Bonn
Postfach 1867, 53008 Bonn
redaktion@bbk.bund.de
http://www.bbk.bund.de

Redaktion:

Ursula Fuchs (Chefredakteurin),
Tel.: 022899-550-3600
Nikolaus Stein,
Tel.: 022899-550-3609
Margit Lehmann,
Tel.: 022899-550-3611
Petra Liemersdorf-Strunk,
Tel.: 022899-550-3613
Layout: Nikolaus Stein

Bevölkerungsschutz erscheint vierteljährlich (Februar, Mai, August, November), Redaktionsschluss ist jeweils der erste Werktag des Vormonats.

Auflage:

30.000 Exemplare

Vertrieb:

Bevölkerungsschutz wird kostenfrei geliefert. Bestellungen und Adressänderungen bitte an: margit.lehmann@bbk.bund.de

Druck, Herstellung und Versand:

BONIFATIUS Druck · Buch · Verlag
Karl Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn
Postf. 1280, 33042 Paderborn
Tel.: 05251-153-0
Fax: 05251-153-104

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Heute: Fagus-Werk, Niedersachsen



Vor über 100 Jahren in der Provinz Alfeld in Niedersachsen entstand eines der ersten Industriebauten der architektonischen Moderne. Im Jahre 1911 beauftragte der Schuhleisten-Fabrikant Carl Benscheidt den damals erst 28-jährigen Architekten Walter Gropius mit dem Bau eines modernen Fabrikgebäudes zur Herstellung von Schuhleisten. Der funktionalistische Industriekomplex wurde in drei Bauabschnitten in den Jahren von 1911 bis 1925 errichtet, eine letzte Erweiterung wurde im Jahre 1938 von Peter Neufert ausgeführt. Mit der Konstruktion aus Glas und Stahl und den stützenlosen, vollständig verglasten Gebäudeecken, die zum Markenzeichen des

Neuen Bauens wurden, verlieh Gropius dem dreistöckigen Fassadengebäude seine schwerelose Eleganz, die damals für Fabriken außergewöhnlich war. Durch die Glasfassade wird die Produktionshalle mit Licht durchflutet, sodass die Arbeiterwerkstätten mit natürlicher Helligkeit versorgt werden. Die Fabrik liegt direkt an der Eisenbahnlinie Hannover-Alfeld-Kassel und wurde im Jahre 1946 unter Denkmalschutz gestellt. Der Name „Fagus“ ist lateinisch und bedeutet Buche. Buchenholz war damals der Rohstoff, aus dem die Schuhleisten im Fagus-Werk hergestellt wurden. Heute sind die Schuhleisten überwiegend aus Kunststoff. 360 Mitarbeiter sind noch in der Fabrik beschäftigt, allerdings nur noch 40 davon im Schuhleistenbereich. Im Jahre 1984 wurde die Fabrik umfangreich restauriert und seit dem Jahr 2006 ist die Ausstellung Fagus-Gropius für Besucher geöffnet. In der Produktionshalle – dem Herzstück des Fagus-Werkes – ist heute auch ein Ausbildungszentrum untergebracht. Zudem beher-



Das Hauptgebäude des Fagus-Werkes mit seinen revolutionären „offenen“ Gebäudeecken, die am Beginn der modernen Skelettbauweise stehen.
(Foto: Carsten Janssen/cc-by-sa-2.0-de/wikipedia)

bergt die Fabrik ein Schuhmuseum und ein Fagus-Gropius-Café. Die Schuhleistenfabrik Fagus-GreCon in Alfeld ist die jüngste und einzige Welterbestätte, in der noch gearbeitet wird. Zum UNESCO-Welterbe wurde sie im Juni 2011 ernannt.

www.fagus-gropius.com

ml

Bevölkerungsschutz

Bundesamt
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
Postfach 1867, 53008 Bonn
PVSt, Deutsche Post AG,
Entgelt bezahlt, G 2766



Die Kompetenz im Bevölkerungsschutz